

Freie Demokraten

Nordrhein-
Westfalen **FDP**

Landtagswahlprogramm 2017

Beschluss des Landesparteitages am 19. und 20. November 2016 in Neuss
(vorbehaltlich des Vergleichs mit dem Protokoll)

1 Einleitung

2
3 Wir sehen es täglich auf dem Weg zur Arbeit: marode Straßen, gesperrte Brücken, kilometerlanger
4 Stau. Unsere Kinder sehen es: baufällige Toiletten in ihrer Schule, Lücken im Stundenplan. Unsere Be-
5 triebe sehen es: immer höhere bürokratische Anforderungen und Dokumentationspflichten. Und wir
6 können es an den offiziellen Zahlen sehen: Egal ob Wirtschaftswachstum, Bildungsqualität, Investitio-
7 nen oder Arbeitslosigkeit – überall ist unser Land hinten. Nie stand NRW im Vergleich zu den anderen
8 Bundesländern so schlecht da wie heute. Für jeden Einzelnen heißt das: gestohlene Lebenszeit und
9 weniger Chancen.

10
11 Uns ist das nicht egal. Uns sind die Menschen in NRW nicht egal. Wir finden: NRW ist ein starkes Land.
12 Aber es wird seit Jahren schwach regiert. Wir wollen das ändern.

13
14 Wir glauben: Jeder Einzelne hat das Recht darauf, seinen Traum zu verwirklichen. Und das Recht auf
15 eine Landesregierung, die dabei unterstützt, statt Steine in den Weg zu legen. Uns geht es nicht darum,
16 an der Wahlurne aus Angst vor Veränderungen Kapital zu schlagen. Uns geht es darum, Mut zu machen
17 und dafür zu sorgen, dass Mut sich auszahlt. Denn wir wissen: Jeder Einzelne hat es in der Hand: Ver-
18 änderung, Chancen, Aufbruch. So kann NRW wieder in Bewegung kommen – und zum Spitzenreiter
19 werden.

20
21 Klingt nach Zukunftsmusik? Ist ambitioniert? Sicher. Aber es ist Zeit, dass wir endlich die Herausforde-
22 rungen anpacken und politisch den richtigen Rahmen setzen. Es geht um unser Land. Und so wollen
23 wir es verbessern:

24 Es geht um weltbeste Bildung.

25
26
27 Wir wollen, dass in NRW künftig die beste Bildung der Welt vermittelt wird – und man am Zustand
28 unserer Schulen wieder die Wertschätzung ablesen kann, die wir unseren Kindern entgegen bringen.
29 Wir dürfen uns nicht mit weniger zufrieden geben. Und das brauchen wir auch nicht.

30
31 Es muss schon mit Kitas als qualitativ hochwertigsten Bildungsstätten anfangen. Die in der Betreuung
32 und bei den Öffnungszeiten endlich so flexibel sind wie die Berufswelt der Eltern. Wenn Schüler nach
33 ihrem Talent und nicht nach ihrer Herkunft gefördert werden. Bestmöglich und individuell. Wenn Leh-
34 rerinnen und Lehrer die Ausbildung und den Freiraum erhalten, dass sie Spitzenleistung bringen kön-
35 nen. Wenn wir aus jeder Schulform das Beste rausholen, anstatt etwa das Gymnasium immer weiter
36 zu schwächen. Und wenn Wissenschaft und Bildung ein Maximum an Freiheit genießen.

37 **Vier Kernmaßnahmen für weltbeste Bildung:**

- 38
39
40 1. **Gestaltungsfreiheit für Schulen durch ein Schulfreiheitsgesetz.** Die einzelne Schule weiß
41 selbst am besten, was für ihre Schüler gut ist. Entscheidungen über Organisation, Finanzen,
42 Pädagogik und nicht zuletzt über personelle Gestaltung sollten Schulen deshalb künftig selbst
43 treffen können. Das umfasst für uns auch die Frage, ob das Abitur nach acht oder neun Jahren
44 erreicht wird (G8/G9).
- 45 2. **Bildung ist nationale Kernaufgabe.** Der Bund koordiniert und unterstützt künftig finanziell
46 stärker als bisher. Statt 16 unterschiedlicher Systeme der Bundesländer brauchen wir einen
47 Wettbewerb der einzelnen Bildungseinrichtungen um die besten Ideen.
- 48 3. **Talent-Schulen überwinden soziale Nachteile.**
49 Wir wollen dreißig exzellente Top-Gymnasien mit modernster Pädagogik und bester Ausstat-
50 tung dahin bringen, wo sie am Dringendsten benötigt werden und maximalen Effekt erzielen:
51 In kinderreiche Stadtteile mit den größten sozialen Herausforderungen.
- 52 4. **Praxis-Lehrer sorgen für neue Impulse.**
53 Persönlichkeiten aus Forschung und Wirtschaft sollen künftig ehrenamtlich oder auf Zeit den

54 Unterrichts bereichern. So wird auch die gesellschaftliche Verantwortung für die Bildung unse-
55 rer Kinder konkret.

56

57 Es geht um eine starke Wirtschaft.

58

59 NRW war einmal das wirtschaftliche Herz Deutschlands. Und das soll es auch wieder werden. Zu lange
60 wurden Steuern und Abgaben angehoben, neue Bürokratie geschaffen und die Möglichkeiten für wirt-
61 schaftliche Entwicklung beschnitten. Startups, das Handwerk, der Mittelstand und die Industrie – sie
62 alle sollen wieder durchstarten können. Denn Wirtschaft ist Gesellschaft. Wirtschaft schafft Wachs-
63 tum. Und sie ist kein Selbstzweck: Denn in einer wachsenden Gesellschaft gelingt jedem sozialer Auf-
64 stieg leichter. Unsere Ziele: NRW wird das Gründerland Nr. 1. Und bleibt das Energieland Nr. 1.

65

66 **Drei Kernmaßnahmen für eine starke Wirtschaft:**

67

- 68 1. **Politikwechsel für Wachstum.** Wir wollen eine **wirtschaftsfreundliche Landesentwicklung** –
69 und überflüssige Standards und bürokratische Hürden, die über die Praxis anderer Bundeslän-
70 der hinausgehen, abschaffen.
- 71 2. **Moderne Energiepolitik.** Umweltverträglich, bezahlbar und sicher. Darauf sollen sich Bürge-
72 rinnen und Bürger, Handwerk, Mittelstand und Industrie verlassen können. Die Förderung ef-
73 fizienter Technologien etwa durch Forschung und europäischen Emissionshandel schafft die
74 Zukunftsfähigkeit, die die bloße Subventionierung einzelner Energieträger im deutschen oder
75 NRW-Alleingang nicht erreicht.
- 76 3. **Bürokratiefreies Jahr.** In der kritischen Start-Phase sollen Gründer sich ganz auf ihr Unterneh-
77 men konzentrieren können. Daher gilt: minimale Hürden, maximaler Gestaltungsspielraum.
78 Zudem brauchen wir **finanzielle Starthilfe für Gründer:** Wir wollen Gründern besseren Zugang
79 zum Kapital schaffen. Sie sollen Mittel zur Verfügung haben, um ihre Ideen verwirklichen zu
80 können.

81

82 Es geht um den digitalen Alltag.

83

84 Die Digitalisierung schafft neue Chancen und Möglichkeiten. Wir wollen, dass die Menschen in NRW
85 davon profitieren können. Wir sind überzeugt: Neue Geschäftsmodelle wie zum Beispiel Mitfahrdienst-
86 leister, Übernachtungsvermittler oder Portale zur gemeinsamen Nutzung von Fahrzeugen können un-
87 ser Leben verbessern. Damit Innovationen nicht an veralteten Regeln scheitern und ein fairer Wettbe-
88 werb für neue wie etablierte Unternehmen gleichermaßen besteht, müssen wir unser Regelwerk mo-
89 dernisieren. Unsere Aufgabe ist: Die Soziale Marktwirtschaft und die Menschen fit zu machen für die
90 neuen Möglichkeiten.

91

92 NRW soll Vorreiter werden für innovative Technologien. Selbstfahrende Autos, modernste Telemedi-
93 zin oder digitales Lernen sollen weltweit mit unserem Land verbunden werden.

94

95 **Drei Kernmaßnahmen für den Digitalen Alltag.**

96

- 97 1. **Internet ist Chefsache.** Ein leistungsstarkes Breitbandnetz ist unabdingbar für die Anforderun-
98 gen einer digitalen Gesellschaft. Der Auf- und Ausbau dieser Infrastruktur ist essentiell. Fragen
99 rund um die digitale Transformation sollen gebündelt in einem Ministerium und einem Land-
100 tagsausschuss vorangetrieben werden.
- 101 2. **Digitale Verwaltung.** Offene W-LAN-Zugänge in Landeseinrichtungen sollen selbstverständlich
102 sein. Ebenso wie ein **Bürgeramt**, in dem man alles **von zu Hause** erledigen kann. Einfache, le-
103 bensnahe und digitale Dienstleistungen für alle Belange von Bürgerinnen und Bürgern. Damit
104 vermeiden wir: lange Wartezeiten, unbesetzte Schalter und in Folge verschenkte Lebenszeit.
- 105 3. **Schubkraft für neue Ideen.** Wer forscht und entwickelt, der muss unterstützt werden. Etwa durch
106 steuerlicher Anreize. Das kommt mittel- und langfristig allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute.

107

108 **Es geht um solide Finanzen.**

109

110 Junge Generationen sollen reich an Chancen sein, nicht an Hypotheken. Die Politik hat genug Geld –
111 die Steuereinnahmen sind auf Rekordniveau. Sorgen wir dafür, dass sie effizient eingesetzt werden.
112 Wir wollen einen Staat, der rechnen kann. Und der keine Schulden macht.

113

114 **Drei Kernmaßnahmen für solide Finanzen.**

115

- 116 1. **Alles auf den Prüfstand.** Öffentliche Ausgaben, Subventionen, Programme und Staatsbetriebe
117 werden auf ihre Wirksamkeit geprüft.
- 118 2. **Schulden machen wird bestraft.** Wir wollen, dass in der Landesverfassung ein Schuldenverbot
119 verankert und dieses mit einem klaren Sanktionsmechanismus ergänzt wird.
- 120 3. **Finanziellen Spielraum für Bürgerinnen und Bürger.** Die Hebel sind da: Abmilderung der kal-
121 ten Progression und ein Auslaufen des Solidaritätszuschlags sind nur zwei Beispiele. Vor allem
122 wollen wir jungen Familien erleichtern, eine Immobilie zu erwerben. Möglich macht das ein
123 Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer in Höhe von 500.000 Euro für das Eigenheim.

124

125 **Es geht um sicheres Zusammenleben.**

126

127 Sicherheit ist ein elementares Grundbedürfnis. Die Bürgerinnen und Bürger wollen sich zu jeder Zeit
128 und in jedem Winkel unseres Landes darauf verlassen können, dass der Rechtsstaat funktioniert. Ohne,
129 dass sie groß darüber nachdenken müssen

130

131 **Drei Kernmaßnahmen für sicheres Zusammenleben.**

132

- 133 1. **Mehr Polizei.** Wir wollen dafür sorgen, dass die Polizei in NRW ihre Arbeit bestmöglich machen
134 kann und sich auf das Wesentliche konzentriert: Zum Beispiel Einbrecherbanden jagen statt
135 Blitzermarathons zu veranstalten. Durch wirksam aufgestellte Polizeibehörden mit zeitgemä-
136 ßer Ausstattung und mehr Personal.
- 137 2. **Richtige Schwerpunkte.** NRW ist Salafisten-Hochburg. Es kann nicht sein, dass in unserem Land
138 Terroristen rekrutiert werden. Dagegen müssen wir mit allen Mitteln des Rechtsstaats vorge-
139 hen, zum Beispiel durch gezielte Überwachung von bekannten Gefährdern.
- 140 3. **Starke Bürgerrechte.** Der Rechtsstaat wird nicht verteidigt, wenn wir zu gläsernen Bürgern
141 werden. Wir sind gegen die anlasslose und massenhafte Überwachung und wir wollen dem
142 Einzelnen die Möglichkeit geben, vor dem Landesverfassungsgericht gegen die Verletzung sei-
143 ner Rechte klagen zu können. Durch ein NRW-Datenschutzsiegel wollen wir die Datenschutz-
144 standards in Unternehmen verbessern.

145

146 **Es geht um Mobilität.**

147

148 Bewegung ist ein Grundbedürfnis unserer Gesellschaft. Mehr denn je und kaum irgendwo stärker aus-
149 geprägt als in NRW, dem Pendlerland Nr. 1. Unsere Prämisse ist ganz einfach: Jeder soll zügig und
150 unkompliziert an sein Ziel kommen. Egal, mit welchem Verkehrsmittel, Hauptsache ohne Stau.

151

152 **Drei Kernmaßnahmen für mehr Bewegung.**

153

- 154 1. **Vorhandene Mittel nutzen.** Wir wollen durch schnellere Planung effizient und wirkungsvoll
155 endlich alle Gelder in NRW nutzen, die ohnehin zur Verfügung stehen aus Bundesmitteln.
- 156 2. **Zukunft auf den Weg bringen.** Investitionen in Landesstraßen sind dringend notwendig. Wir
157 räumen ihnen Priorität ein und sichern dauerhaft die Leistungsfähigkeit des Wirtschafts- und
158 Ballungsraums Nordrhein-Westfalen.
- 159 3. **Mobilität der Zukunft – made in NRW.** Innovative Instrumente können Verkehrsströme opti-
160 mieren und unsere Sicherheit erhöhen. Im Austausch mit Wissenschaft, Entwicklung und Un-
161 ternehmen wollen wir NRW zum führenden Standort der Mobilität 4.0 machen

162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215

Es geht um eine freie Gesellschaft.

In NRW leben Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft zusammen. Wir wollen diese Vielfalt schützen. In einem liberalen Miteinander, geprägt von gegenseitigem Respekt und Anerkennung. Wir wollen NRW nicht nur zum Treiber des technologischen sondern auch des gesellschaftlichen Fortschritts machen.

Drei Kernmaßnahmen für eine freie Gesellschaft.

1. **Modernes Einwanderungsgesetz.** Unser Land braucht endlich ein Einwanderungsgesetz, das zwischen zeitweiligem humanitären Schutz für Flüchtlinge und dauerhafter Einwanderung von Talenten unterscheidet. Damit wollen wir Weltoffenheit und Rechtsstaatlichkeit stärken und Transparenz für gesteuerte Einwanderung schaffen. Durch klare Regeln zur Integration und ihrer Durchsetzung wollen wir gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.
2. **Frischer Wind.** Überholte Vorschriften, etwa bei der Ladenöffnung an Sonntagen oder beim Namensrecht, wollen wir liberalisieren.
3. **Denken an morgen.** Wir wollen Kinder und Jugendliche stärker an der Politik beteiligen. In einer älter werdenden Gesellschaft dürfen die Interessen der Enkel-Generation nicht vernachlässigt werden.

Kurzum: Wir wollen NRW zum modernsten Land Deutschlands machen. Damit wir nicht mehr so oft im Stau stehen. Damit unsere Kinder auf Schulen gehen, auf die wir selbst gerne wieder gehen würden. Damit jeder Mensch an jedem Ort in NRW sicher ist. Damit wir Behördengänge schnell und einfach online erledigen können. Damit NRW Gründer- und Breitbandland Nummer 1 wird.

Sorgen wir am 14. Mai 2017 dafür, dass NRW seine Chancen wieder nutzen kann. Es geht um unser Land.

216	Wir wollen ein NRW, das Chancen für alle durch weltbeste Bildung bietet	S. 06
217	Frühkindliche Bildung	S. 06
218	Schule	S. 07
219	Ausbildung	S. 11
220	Hochschule	S. 12
221	Innovation und Forschung	S. 14
222		
223	Wir wollen ein NRW, in dem man durch eigene Leistung vorankommen kann	S. 16
224	Arbeit, Weiterbildung und Lebenslaufhoheit	S. 16
225	Wirtschaft und Industrie	S. 18
226	Handwerk, Mittelstand und Freie Berufe	S. 19
227	Gründerland NRW	S. 21
228	Bauen und Wohnen	S. 22
229		
230	Wir wollen ein NRW, das weltoffen und tolerant ist	S. 24
231	Einwanderung und Integration	S. 24
232	Flüchtlinge	S. 25
233	Pluralismus und Medien	S. 26
234	Staat und Religion	S. 27
235		
236	Wir wollen ein NRW, das Selbstbestimmung in allen Lebenslagen ermöglicht	S. 27
237	Sicherheit	S. 27
238	Bürgerrechte und Datenschutz	S. 30
239	Familie	S. 31
240	Gesundheit	S. 32
241	Gesellschaftliche Teilhabe	S. 34
242	Sport	S. 35
243	Kultur	S. 36
244		
245	Wir wollen ein NRW, in dem die Politik rechnen kann	S. 37
246	Generationengerechtigkeit	S. 37
247	Privat vor Staat	S. 37
248	Faire Steuern	S. 38
249	Energie	S. 39
250	Umwelt	S. 40
251		
252	Wir wollen ein NRW, das unkompliziert und mobil ist	S. 41
253	Unkomplizierter Staat – Bürokratieabbau	S. 41
254	Verbraucherschutz	S. 42
255	Moderne und bürgerfreundliche Verwaltung	S. 43
256	Digitale Infrastruktur	S. 44
257	Mobilität	S. 45
258	Handlungsfähige Kommunen	S. 48
259		
260		
261		
262		
263		
264		
265		
266		
267		
268		
269		

270 **Wir wollen ein NRW, das Chancen für alle durch weltbeste Bildung** 271 **bietet**

272

273 **Frühkindliche Bildung**

274

275

276

277

278

279

280

281

282

283

284

285

286

287

288

289

290

291

292

293

294

295

296

297

298

299

300

301

302

303

304

305

306

307

308

309

310

311

312

313

314

315

316

317

318

319

320

321

Wir wollen beste Bildung für alle – von Anfang an. Von guter frühkindlicher Bildung profitieren alle Kinder und deren Familien. Studien zeigen, dass hier der größte Hebel für Bildungserfolg und Chancengerechtigkeit liegt. Viele Eltern wünschen sich aber **mehr Qualität bei der frühkindlichen Bildung, flexiblere Öffnungszeiten** in den Kindertagesstätten und ein vielfältigeres Betreuungsangebot für ihre Kinder. Außerdem brauchen wir in vielen Kommunen mehr Betreuungsplätze insbesondere für Kinder unter drei Jahre. Mit einem bedarfsgerechten Ausbau des Bildungs- und Betreuungsangebotes wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit verbessern.

- Wir wollen eine **Qualitätsoffensive für Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege** auf den Weg bringen. Durch bessere Rahmenbedingungen, eine bessere Ausstattung der Einrichtungen, bessere Betreuungsrelationen und mehr Flexibilität wollen wir die frühkindliche Bildung stärken. Wir wollen die chronische Unterfinanzierung bekämpfen und **mehr Qualität durch eine bessere finanzielle Ausstattung** (indexbasierte, also an Kostensteigerungen orientierte Pauschalen pro Kind („Kindpauschale“)) erreichen.
- Die **Betreuungs- und Öffnungszeiten** müssen sich nach den Wünschen der Eltern richten und zur heutigen beruflichen Realität passen. Dazu sind flexible Betreuungszeiten bis hin zur **24-Stunden-Kita** bei Schicht- und Nachtarbeit sowie verstärkte Profilbildungen nötig.
- **Kindertageseinrichtungen sind Orte des Spielens** und der Selbstentfaltung. Kinder lernen und entdecken ihre Kreativität spielend und können dabei individuell gefördert werden. Das altersgerechte Spielen soll als Aufgabe der Kindertageseinrichtungen im Kinderbildungsgesetz verankert werden.
- Wir wollen auch den **Bildungscharakter unserer Kindertagesstätten stärken** und dafür die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher weiterentwickeln. Kernpunkt ist eine **duale Ausbildung mit angemessener Vergütung**. Außerdem sollen Fachkräfte aus der Logopädie, Ergotherapie sowie an Hochschulen ausgebildete Kindheitspädagoginnen und -pädagogen stärker in den Kitas eingesetzt werden.
- Sprache ist der Schlüssel für Bildungserfolg: Unabhängig von der Betreuungsform wollen wir allen Kindern mit Sprachdefiziten frühzeitig eine **qualitativ hochwertige Sprachförderung** bieten.
- Wir wollen den **Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz** mit Leben füllen: Die Eltern sollen frei darüber entscheiden können, ob ihr Kind in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege betreut wird.
- Die Zahl der Betreuungsplätze muss sich mit dem Betreuungsbedarf der Eltern decken. Sowohl U3- als auch Ü3-Plätze müssen ausgebaut werden.
- Langfristig streben wir beitragsfreie Kindergärten an, die **Verbesserung der Betreuungsqualität hat für uns** jedoch eindeutig **Priorität**. Zur Entlastung der Eltern sollen bis zur Umsetzung einer allgemeinen Elternbeitragsfreiheit landesweit nach Einkommen gestaffelte, faire Höchstgrenzen für **Elternbeiträge** gelten.
- Wir wollen die **Finanzierung der Kindertagespflege sichern**. Analog zum Pauschalensystem zur Finanzierung der Kindertageseinrichtungen sollen künftig Land und Kommunen durch Einführung dynamisierter und ausreichender Pauschalen pro Kind auch für die Finanzierung der Kindertagespflege gemeinsam aufkommen.
- Die **unterjährige Aufnahme** eines Kindes in einer Kita sowie die Betreuung in einer Nachbarkommune müssen erheblich vereinfacht werden.
- Wir wollen die **Angebotsvielfalt** bei den Kitas erhöhen. Auch **gewerbliche und private Träger** sowie Betriebskindergärten sollen staatliche Förderung erhalten, wenn sie die Qualitätsstandards einhalten.
- **Tageseltern** sollen ihre Kapazitäten und Möglichkeiten optimal nutzen können: Wie bisher sollen

- 322 nur maximal fünf Kinder gleichzeitig betreut werden dürfen. Die Höchstgrenze von acht Betreu-
 323 ungsverträgen ist jedoch verzichtbar.
- 324 • **Wir wollen, dass Eltern besser unterstützt werden.** Dafür benötigen wir Bildungsangebote wie
 325 Elternkurse, die beständig weiterentwickelt werden.

326

327 Schule

328

329 **Unser Ziel ist, dass die Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen in den besten Schulen der**
 330 **Welt unterrichtet werden.** Wir wissen: Das Ziel ist ambitioniert. Wir halten es aber für erforderlich.
 331 Würden wir uns heute mit mittelmäßiger Bildung zufrieden geben, so würde es für die Schülerinnen
 332 und Schüler morgen auch ein Leben in Mittelmaß bedeuten.

333

334 Wir wollen, dass jeder, **unabhängig von Einkommen und Herkunft der Eltern, bestmöglich und indi-**
 335 **viduell gefördert** wird, damit jeder einen erfolgreichen Lebensweg einschlagen und sich seine Wün-
 336 sche und Träume erfüllen kann. Unser Anspruch an die Leistungsfähigkeit der Schulen ist hoch, weil
 337 auch die Herausforderungen, denen sich junge Menschen im (Berufs-) Leben stellen müssen, kontinu-
 338 ierlich wachsen. Dazu gehört etwa eine immer höhere Erwartung an das Erlernen von Fremdsprachen,
 339 von mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Fächern ebenso wie der kompetente
 340 Umgang mit digitalen Medien.

341

342 Eine **umfassende Modernisierung unserer Schulen kommt einem „Mondfahrtprojekt“ gleich.** Wir
 343 brauchen die am besten ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer, motivierte Eltern, technisch gut aus-
 344 gestattete Schulen, mehr Autonomie für die Schulen vor Ort und exzellente Leuchtturmprojekte, die
 345 auf die Qualitätsentwicklung aller Schulen eine positive Wirkung entfalten.

346

347 Diese Modernisierung wird einige Zeit in Anspruch nehmen und muss in Schritten erfolgen. Umso wich-
 348 tiger ist, dass wir beginnen. Damit der schulischen Bildung ab sofort eine noch höhere politische Prio-
 349 rität eingeräumt wird ist unverzichtbar, dass mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden und
 350 auch der Bund stärker in die finanzielle und koordinierende Verantwortung genommen wird.

351

352 Für das „Mondfahrtprojekt“ beste Bildung wollen wir neue Wege gehen

353

- 354 • Wir wollen, dass die Schulen vor Ort stärker eigenverantwortlich handeln können, weil **mehr Frei-**
 355 **heit und Autonomie** auch zu mehr Kreativität, Motivation und Bildungsqualität beitragen. Mit ein-
 356 nem **Schulfreiheitsgesetz** wollen wir den Schulen mehr organisatorische, finanzielle, pädagogische
 357 und personelle Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Dies wollen wir mit den Schulen Schritt für
 358 Schritt in die Wege leiten: Auf freiwilliger Basis soll es den Schulen viel stärker ermöglicht werden,
 eigenständig ihre pädagogischen Konzepte, ihr Personal und ihr Budget zu verantworten.

359

- 360 • Mit einem Flickenteppich aus 16 Schulsystemen in den verschiedenen Bundesländern sind wir in-
 361 ternational nicht mehr konkurrenzfähig. Unsere Schülerinnen und Schüler stehen nicht mehr nur
 362 im Wettbewerb mit jungen Menschen aus anderen Bundesländern, sondern mit gut ausgebildeten
 363 Schülerinnen und Schülern aus der ganzen Welt. **Bildung ist für uns eine nationale Kernaufgabe.**
 364 **Bund und Länder sollen deshalb in der Schulpolitik besser zusammenarbeiten.** Den Bund wollen
 365 wir dabei stärker in die finanzielle und koordinierende Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir
 366 das Grundgesetz ändern und mehr Bundesmittel für die Modernisierung der Schulen zur Verfü-
 gung stellen.

367

- 368 • Dabei muss die **Qualität des Unterrichts** gesichert und eine bessere **bundesweite Vergleichbarkeit**
 369 der Schulen hergestellt werden. Wir wollen nicht länger einen Wettbewerb der 16 Bildungssys-
 370 teme der Bundesländer, sondern einen Wettbewerb der einzelnen Bildungseinrichtungen um die
 371 besten Ideen. Erforderlich sind **gemeinsame Bildungsstandards**, bundeseinheitliche Abschlussprü-
 372 fungen und eine **transparente Evaluation** der einzelnen Schulen. Die Ergebnisse der Qualitätsana-
 lyse und der Lernstandserhebungen sollen durch die Schulen im Internet veröffentlicht werden.

373

- 374 • Schulen bieten nicht nur Unterricht – sie sollen sich zu einem **Bildungszentrum in ihrem Sozial-**
 raum weiterentwickeln. Neben den Lehrerinnen und Lehrern sollen auch verstärkt Eltern, Vereine

375 und Betriebe in den schulischen und außerschulischen Bildungsalltag einbezogen werden, damit
 376 Bildung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen in der Gesellschaft eine höhere Bedeutung erlan-
 377 gen können. Dazu schlagen wir etwa vor, dass die Schulen vermehrt **Persönlichkeiten aus der be-**
 378 **ruflichen und akademischen Praxis in den Unterricht einbeziehen können.** Schülerinnen und
 379 Schülern sollen damit neue Perspektiven auf den Lernstoff und Einblicke ins Berufsleben vermittelt
 380 werden, die sie im klassischen Schulunterricht nicht erhalten. Wir wollen daher unbürokratisch
 381 ergänzende Möglichkeiten etwa für den ehrenamtlichen Einsatz oder temporäre Beschäftigung
 382 von so genannten **Praxis-Lehrern** schaffen. Auch den dauerhaften und pädagogisch begleiteten
 383 Seiteneinstieg in den Lehrberuf sowie das Anwerben geeigneter ausländischer Lehrkräfte wollen
 384 wir stärker fördern.

- 385 • Wir schlagen vor, in den kinderreichsten Stadtteilen des Landes mit den größten sozialen Heraus-
 386 forderungen **30 Top-Gymnasien** mit der modernsten Pädagogik, der besten personellen Ausstat-
 387 tung und der modernsten digitalen Infrastruktur zu errichten. In diesen Stadtteilen soll die indivi-
 388 duelle Förderung von Kindern bereits in den Kindergärten und Grundschulen in besonderer Weise,
 389 insbesondere mit hoch qualifiziertem und zusätzlichem Personal, gefördert werden. In der Grund-
 390 schule soll eine systematische Förderung von Talenten erfolgen, die sich für den Besuch dieser so
 391 genannten Talent-Schulen qualifizieren können.
- 392 • Damit wollen wir erreichen, dass mehr Kinder aus finanziell schwierigeren Verhältnissen schulische
 393 und berufliche Erfolge erzielen können. Mit den größtenteils naturwissenschaftlich-technisch ori-
 394 entierten **Talent-Schulen** in den Stadtteilen mit besonderem sozialem Erneuerungsbedarf wollen
 395 wir eine neue Form der Integration ermöglichen und heutige Abwanderungsprozesse vom Kopf
 396 auf die Füße stellen: Leistungsstarke Kinder aus wohlhabenderen Familien treffen auf leistungs-
 397 starke ärmere Kinder. Die Errichtung der Talent-Schulen soll in einem landesweiten Wettbewerb
 398 ausgeschrieben werden, an dem sich Konsortien aus Kommunen, freien Trägern, der Wirtschaft
 399 und den regionalen Schulen beteiligen können.

400

401 **Beste Bildung im digitalen Klassenzimmer 4.0**

- 402 • Alle Kinder und Jugendliche sollen durch die Schule frühzeitig und kompetent zu einer souveränen
 403 und verantwortungsvollen **Nutzung digitaler Medien** befähigt werden sowie Grundlagen der In-
 404 formatik und des Programmierens vermittelt bekommen. Gleichfalls wollen wir die Lehr- und Lern-
 405 methoden im schulischen Alltag durch den Einsatz digitaler Bildungsmedien modernisieren.
- 406 • Es muss sichergestellt werden, dass jede Schule über eine schnelle Internetverbindung, ein leis-
 407 tungsfähiges W-LAN-Netz sowie über interaktive Smartboards, Laptops und Tablets verfügt, die im
 408 schulischen Alltag eingesetzt werden. Digitales Lehren und digitales Lernen müssen feste Bestand-
 409 teile aller Schulen und aller Schulfächer sowie der Lehreraus- und -fortbildung werden.
- 410 • Alle Schulen sollen ein **digitales Medienkonzept** in den Schulalltag integrieren. Auch der Fachun-
 411 terricht in Informatik muss ausgeweitet werden.
- 412 • Zur Ausstattung der naturwissenschaftlich-technischen Fachräume (MINT) und der IT-Infrastruktur
 413 an den Schulen sollen Bund und Länder ein gemeinsames **Sonderprogramm** auflegen.

414

415 **Starke Schulen brauchen starke Lehrer**

- 416 • Voraussetzung für weltbeste Bildung ist, dass der Unterricht tatsächlich stattfindet. Wir fordern
 417 deshalb eine **Unterrichts-Garantie für alle Schulen**. Dazu benötigen wir auch eine schulscharfe
 418 Erfassung des Unterrichtsausfalls und eine transparente Definition von entfallendem Unterricht.
 419 Damit in Zukunft keine Stunde mehr ausfällt, wollen wir den Schulen in einem ersten Schritt eine
 420 mindestens 105-prozentige, mittelfristig eine 108-prozentige Lehrerversorgung als Vertretungs-
 421 und Gestaltungsreserve zur Verfügung stellen.
- 422 • Mehr Bildungsqualität ist insbesondere durch eine **bessere Schüler-Lehrer-Relation** zu erreichen.
 423 Wir wollen die Klassengrößen in allen Schulformen schrittweise reduzieren.
- 424 • Weltbeste Bildung braucht **weltbeste Lehrer**. Daher setzen wir auf ein „AAA“- Programm für die
 425 besten Pädagogen: Anreiz, Auswahl und Ausbildung. All das muss stimmen, um die richtigen Lehrer
 426 zu gewinnen. Anwerbung, Ablauf der beruflichen Karriere und Bezahlung müssen dazu grundle-
 427 gend neu geregelt werden.

- 428 • **Die Fortbildung für Lehrkräfte muss deutlich ausgebaut werden.** Insbesondere für die Umsetzung
429 der Inklusion, zur Sprachförderung und für den Umgang mit digitalen Medien fordern wir ein Fort-
430 bildungs-**Sonderprogramm** des Landes, um Lehrkräfte bestmöglich zu unterstützen und sie für Ge-
431 genwart und Zukunft fit zu machen.
- 432 • Wir fordern die Weiterentwicklung des Lehramtsstudiums, um im Studium neben der Vermittlung
433 von theoretischen Grundlagen auch vermehrt den Bezug zur Praxis der Lehrertätigkeit herzustellen.
434 Die Vermittlung didaktischer und pädagogischer Fähigkeiten muss mehr in den Vordergrund
435 des Lehramtsstudiums gerückt werden.
- 436 • Wir wollen dafür sorgen, dass sich die Pädagoginnen und Pädagogen auf ihre Kernaufgaben kon-
437 zentrieren können: Das Unterrichten und Erziehen junger Menschen. Wir wollen die Lehrkräfte
438 von überbordenden Dokumentationspflichten entlasten und schlagen darüber hinaus vor, Schul-
439 leitungen und Lehrkräfte zukünftig verstärkt durch **Schulverwaltungsassistenzen** zu unterstützen,
440 die ihnen bei organisatorischen Verwaltungsaufgaben zur Seite stehen. Lehrkräfte sollen sich best-
441 möglich auf die Förderung der Schülerinnen und Schüler konzentrieren können statt Zeit für reine
442 Verwaltungsaufgaben zu verwenden. Gerade die Leitung von **Grundschulen** muss von sachfrem-
443 den Aufgaben entlastet werden. Dafür muss auch an kleineren Schulen ein **vollwertiges Sekretariat**
444 vorhanden sein.
- 445 • Wir wollen, dass jeder Schule die **Unterstützung durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen** er-
446 möglicht und langfristig gesichert wird. Multiprofessionelle Teams aus Schulsozialarbeit und Schul-
447 psychologie vernetzen sich mit der Jugendhilfe und sind als Ansprechpartner für alle Schülerinnen
448 und Schüler Hilfeinstanz, sowie unterstützen die Umsetzung der Inklusion und die Betreuung, För-
449 derung und Integration etwa von Flüchtlingskindern.
- 450 • Für eine erfolgreiche und **zügige Integration von Flüchtlingskindern** müssen für Schulen vielfältige
451 Gestaltungsmöglichkeiten sichergestellt werden, so zum Beispiel auch übergangsweise die Bildung
452 externer Klassen, in denen Kinder und Jugendliche etwa ohne ausreichende Deutschkenntnisse
453 bestmöglich auf den Unterricht in Regelklassen vorbereitet werden.

454 **Für ein vielfältiges und faires Bildungssystem**

- 455 • **Einzelne Schulformen dürfen nicht länger diskriminiert werden.** Mit Grundschulen, Förderschulen,
456 Sekundarschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, Berufs- und Wei-
457 terbildungskollegs verfügt NRW über ein vielfältiges Schulangebot. Wir wollen diese **Vielfalt erhalten**,
458 die **Qualität steigern** und die **Wahlfreiheit der Eltern** sichern. Diese Vielfalt ermöglicht Kin-
459 dern und Jugendlichen, die für sie individuell bestmögliche Schullaufbahn mit vielfältigen Ab-
460 schluss- und Anschlussmöglichkeiten zu durchlaufen. Dazu muss eine hohe Durchlässigkeit zwi-
461 schen den Schulformen gewährleistet sein. An allen Schulformen müssen hohe Leistungsstandards
462 gesichert werden. Leistungsneuvellierung und einen schleichenden Weg zur leistungslosen Schule
463 lehnen wir ab. Realschulen und Gymnasien müssen erhalten bleiben.
- 464 • Bei allen Überlegungen zu G8 und G9 muss die **Qualität gymnasialer Bildung** im Zentrum stehen.
465 Wir wollen alle Gymnasien qualitativ, personell, und organisatorisch besser unterstützen. Die ge-
466 zielte Vernachlässigung der Gymnasien durch SPD und Grüne ist wichtiger Beweggrund für die viel-
467 fältige Kritik an G8. Der verkürzte gymnasiale Bildungsgang (G8) wird aber auch von manchen Schü-
468 lerinnen und Schülern sowie von Eltern als Belastung empfunden, weil bestmögliche Rahmenbe-
469 dingungen für eine individuelle Förderung von der Landesregierung bisher nicht zufriedenstellend
470 umgesetzt wurden. Einige Familien beklagen einen Zeitmangel etwa für Freizeit oder außerschuli-
471 sche Aktivitäten. Diese Sorgen der Familien nehmen wir ernst.
- 472 • Viele Gymnasien haben in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um G8
473 bestmöglich umzusetzen. Diejenigen Gymnasien, die G8 fortsetzen wollen, müssen diesen Weg
474 mit bestmöglichen Rahmenbedingungen und fairer Unterstützung durch das Land weiter gehen
475 können. Deshalb **lehnen wir einen Zwang zur Rückkehr aller Gymnasien zu G9 entschieden ab.**
- 476 • Wir wollen aber sicherstellen, dass in dieser Frage auch regionale Gegebenheiten sowie die ver-
477 schiedenen Bedürfnisse und Wünsche vor Ort berücksichtigt werden können. Deshalb wollen wir
478 den **Gymnasien vor Ort ermöglichen, selbst zu entscheiden, ob sie ihr Angebot vom bisher acht-
479 jährigen (G8) auf einen neunjährigen Bildungsgang (G9) bis zum Abitur umstellen oder auch um**
480

- 481 **einen solchen ergänzen.** Eine derart gestärkte Autonomie für die Schulen unterstützt auch den
482 Gedanken eines liberalen Schulfreiheitsgesetzes.
- 483 • Wir wollen einen **Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz** für alle Schulformen einführen.
484 Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass die Qualität der Ganztagschulen angehoben wird, etwa
485 durch Festlegen verbindlicher Qualitätsstandards für eine bessere sächliche und personelle Aus-
486 stattung. Uns ist jedoch wichtig, dass Wahlmöglichkeiten der Eltern für einen Besuch ihrer Kinder
487 auf Halbtagschulen erhalten bleiben. Daher wollen wir den Ganztag auch bedarfsgerecht flexibi-
488 lisieren.
 - 489 • Einem qualitativ hochwertigen **Unterricht an Grundschulen** kommt für die weitere Schullaufbahn
490 der Kinder eine zentrale Rolle zu. Gerade an Grundschulen sind die Rahmenbedingungen gegen-
491 wärtig vollkommen ungenügend. NRW zählt zu den Bundesländern mit den geringsten Investitio-
492 nen in die Grundschulen. Auch die finanziellen Rahmenbedingungen und die entsprechenden Ent-
493 lastungs- und Unterstützungsmöglichkeiten sind für die Lehrkräfte unattraktiv. Das wollen wir än-
494 dern. Genauso wie an anderen Schulformen müssen die Anstrengungen bei der Besetzung von
495 Leitungspositionen durch finanzielle Anreize und Entlastung von Bürokratie verstärkt werden.
 - 496 • Besonders der Vermittlung der Kernkompetenzen **Lesen, Schreiben und Rechnen** kommt für eine
497 zukünftige, selbstbestimmte Lebensgestaltung der Kinder eine zentrale Rolle zu. Diese Kernkom-
498 petenzen sind gerade auch für die berufliche Bildung besonders wichtig. Wissenschaftlich fragwür-
499 dige Experimente zulasten vieler Kinder wie „Lesen durch Schreiben“ lehnen wir ab.
 - 500 • **Schulen in freier Trägerschaft** bereichern unser vielfältiges Schulsystem und stärken Wahlmög-
501 lichkeiten für Eltern. Die Politik rot-grüner Nadelstiche gegen diese Schulen wollen wir beenden.
 - 502 • Wir schlagen vor, **in der Sekundarstufe I ein Schulfach „Politik, Wirtschaft, Recht“ einzuführen.**
503 Junge Menschen benötigen im Alltag sowie in jeder beruflichen Tätigkeit ökonomische Grund-
504 kenntnisse. In diesem ordentlichen Unterrichtsfach sollen u. a. auch Verbraucherkenntnisse ver-
505 mittelt werden.
 - 506 • Wir unterstützen die vielfältigen Angebote des bekenntnisorientierten **Religionsunterrichts.** Dar-
507 über hinaus müssen gleichberechtigt auch nichtreligiöse Überzeugungen berücksichtigt werden.
508 Daher fordern wir, dass auch an Grundschulen zwischen konfessionellen Angeboten und Ethikun-
509 terricht gewählt werden kann.
 - 510 • **Berufskollegs** bilden mit ihrem vielfältigen Angebot einen zentralen Pfeiler unseres Schulsystems.
511 Neben der Möglichkeit zum Erwerb der Hochschulreife und der Förderung leistungsschwächerer
512 Schülerinnen und Schüler sind Berufskollegs von zentraler Bedeutung für unser erfolgreiches dua-
513 les Ausbildungssystem. Wir wollen das Schattendasein der Berufskollegs unter Rot-Grün beenden,
514 Stellenstreichungen rückgängig machen und sie bei der Beschulung von Flüchtlingskindern sowie
515 der Inklusion besser unterstützen. Auch die Weiterbildungskollegs als eigenständige Schulform der
516 zweiten Chance müssen stärker gefördert werden.
 - 517 • Die Schule als Bildungszentrum kann in der Zusammenarbeit verschiedener Akteure auch wichtige
518 Unterstützungsfunktionen übernehmen. Die **Vernetzung mit Jugendhilfe-Angeboten** wollen wir
519 daher ausbauen. Kooperationen der Schulen mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sollen
520 dabei gleichrangig („auf Augenhöhe“) ausgestaltet werden.
 - 521 • Der Anspruch auf weltbeste Bildung gilt auch für **Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogi-**
522 **ischem Förderbedarf.** Das Ziel, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf weitgehend in Re-
523 gelschulen zu integrieren, ist richtig. Das radikale Verständnis einer kompromisslosen „Inklusion“,
524 wie es die rot-grüne Landesregierung betreibt, nimmt aber auf den Förderbedarf jedes einzelnen
525 Kindes zu wenig Rücksicht. Das Wohl des Kindes muss im Mittelpunkt stehen – auf das einzelne
526 Kind kommt es an. Deshalb lehnen wir die massive, zum Teil flächendeckende Schließung von För-
527 derschulen ab. Wir missbilligen außerdem, dass die Inklusion überstürzt, ohne Qualitätsstandards
528 und mit einer mangelnden Sachausstattung sowie fehlenden sonderpädagogischen Fachkräften
529 umgesetzt wird.
 - 530 • Für eine **bestmögliche Gestaltung des gemeinsamen Unterrichts** fordern wir verbindliche Ba-
531 sisstandards. Kann diesen qualitativen Standards an Schulen zum Beispiel durch fehlendes Fach-
532 personal oder mangelnde Ausstattung nicht entsprochen werden, dürfen dort zukünftig keine in-
533 klusiven Lerngruppen mehr gebildet werden. Gleichzeitig soll verstärkt mit **Schwerpunktschulen**

- 534 gearbeitet werden, um sonderpädagogische Fachexpertise zu bündeln und Elternwünschen best-
 535 möglich entsprechen zu können. Auch in Zukunft sollen den Eltern erreichbare Wahlmöglichkeiten
 536 zwischen Regelschulen und spezialisierten Förderschulen erhalten bleiben. Für Eltern muss zukünf-
 537 tig eine unabhängige Beratung gewährleistet werden.
- 538 • Die bestmögliche **Förderung leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler** ist ein zentrales An-
 539 liegen unserer Bildungspolitik. In gleichem Maße soll die Schule aber auch **besonders begabte Kin-
 540 der fördern** und diesen einen auf sie zugeschnittenen individuellen Bildungsweg ermöglichen.
 541 Hierzu zählt eine gezielte personelle Unterstützung bei der Förderung und Forderung begabter und
 542 hochbegabter Schülerinnen und Schüler ebenso wie die Stärkung diagnostischer Kompetenzen der
 543 Lehrkräfte. Trotz aller bisherigen Bemühungen der Lehrerinnen und Lehrer hat sich die individuelle
 544 Förderung bisher nicht flächendeckend in den Schulen durchsetzen können. Es ist daher auch un-
 545 ser Ziel, neben verstärkter Fortbildung an mindestens zwei Universitäten in Nordrhein-Westfalen
 546 nach dem Vorbild anderer europäischer Länder einen Masterstudiengang zu etablieren, in dem
 547 begleitend zum fachbezogenen Lehramtsstudium ein Schwerpunkt auf die Begabungs- und Hoch-
 548 begabtenförderung gelegt wird.
 - 549 • Bei dem zentralen Anspruch für eine Wissensgesellschaft kommt neben der schulischen Bildung
 550 auch unserer **Weiterbildungslandschaft** eine bedeutsame Rolle zu. Hier leisten die Träger eine
 551 herausragende Arbeit – ob z.B. beim Kampf gegen Analphabetismus, bei der kulturellen oder poli-
 552 tischen Bildung oder aber auch bei der beruflichen Weiterbildung. Die gemeinwohlorientierte Wei-
 553 terbildung muss sich an alle Menschen richten, um Defizite abzubauen, aber auch um Stärken zu
 554 stärken. Wir wollen die Weiterbildung bei den Chancen der Digitalisierung bestmöglich unterstüt-
 555 zen. Auch benötigt die Weiterbildungslandschaft mehr Beistand, zum Beispiel bei der Flüchtlingsin-
 556 tegration oder dem Nachholen von Schulabschlüssen. Weiterbildungseinrichtungen müssen stärke-
 557 rer in regionale Bildungslandschaften eingebunden werden, weil sie mit ihrer Kompetenz und Ver-
 558 netzung eine bedeutende Rolle als regionales Kraftzentrum wahrnehmen können. Für die Weiter-
 559 bildungslandschaft muss eine verlässliche Förderung gewährleistet werden.

560

561 **Ausbildung**

562

563 **Wir wollen erreichen, dass jedem der Einstieg in Ausbildung und Arbeit gelingt.** Noch immer finden
 564 in einigen Regionen des Landes tausende Jugendliche im Jahr keinen Ausbildungsplatz und werden
 565 beruflich abgehängt. Das darf so nicht bleiben. Wir müssen dafür sorgen, dass auch die schwächeren
 566 Schülerinnen und Schüler bereits in der Schule das Rüstzeug für eine berufliche Ausbildung erlernen
 567 und die Mobilität der Auszubildenden zunimmt. Schulisch schwächere Jugendliche sollen aber auch
 568 während der Berufsausbildung besser unterstützt werden.

569

570 Die **duale Ausbildung** soll auch für Jugendliche mit höheren Bildungsabschlüssen attraktiver werden.
 571 Dazu gehört, dass die Berufsausbildung mit anschließender Fort- und Weiterbildung als gleichwertige
 572 Säule neben der akademischen Ausbildung gestärkt wird. So schaffen wir auch wieder **mehr Anerken-
 573 nung für das erfolgreiche deutsche Ausbildungsmodell, um das uns die Welt beneidet.** Diesem ver-
 574 danken wir nicht zuletzt eine der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union.

575

- 576 • Die **berufliche Ausbildung muss schon bei der Berufsorientierung in der Schule eine zentrale
 577 Rolle spielen.** Bei der Berufsinformation sollen nicht nur Studienfächer, sondern gleichwertig auch
 578 stets konkrete Ausbildungsgänge vorgeschlagen werden. Um dies umzusetzen, sind dauerhaft
 579 funktionierende Netzwerke zu etablieren: Denn eine erfolgreiche Bildungs- und Berufsberatung
 580 braucht Kompetenzen aus Unternehmen, Verbänden, Arbeitsagenturen und Schulen.
- 581 • Nach dem Vorbild der Schweiz wollen wir als Angebot ein **Berufsabitur erproben:** Durch die
 582 Verknüpfung des Abiturs mit einer Berufsausbildung können wir mehr Jugendliche für eine duale
 583 Ausbildung in Handwerk, Industrie und Mittelstand gewinnen.
- 584 • Die hohe **Qualität der Berufsschulen** (duales System der Berufsausbildung) und der weiteren viel-
 585 fältigen Angebote der Berufskollegs wie z. B. Berufliche Gymnasien und Berufsfachschulen gilt es

- 586 zu erhalten und zu stärken. Dafür müssen überbordende bürokratische Aufgaben verringert, Bil-
 587 dungsgänge zielgerichtet weiterentwickelt und neue Berufsbilder etabliert werden.
- 588 • Die **Chancen der Digitalisierung** müssen auch in der berufsschulischen Ausbildung stärker genutzt
 589 werden. Hierzu gehören eine moderne IT-Ausstattung sowie die Qualifikation und Unterstützung
 590 der Lehrkräfte.
 - 591 • Wir wollen mehr **Eigenverantwortung** für die Schulen durchsetzen, **auch für die Berufskollegs**. Wir
 592 regen deshalb an, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Innungen zu er-
 593 möglichen, die Trägerschaft von Berufskollegs zu übernehmen.
 - 594 • Jugendliche mit schulischen und ausbildungsbezogenen Defiziten sollen besser unterstützt
 595 werden. Dazu können z. B. mehr „**assistierte Ausbildungen**“ und zertifizierte Teilqualifikationen
 596 beitragen. Betriebe sollen gefördert werden, wenn sie Jugendlichen mit Defiziten einen
 597 Ausbildungsplatz anbieten. So können diese Betriebe Unterstützung von Ausbildungshelfern er-
 598 halten, die neben dem Betrieb und der Berufsschule eine individuelle Förderung gewährleisten.
 - 599 • Wir wollen **für mehr Berufsbilder zweijährige Ausbildungsabschlüsse** schaffen, die auf eine
 600 spezialisierte dreijährige Ausbildung anrechenbar sind. So wollen wir Chancen zum Erwerb von
 601 zertifizierten Qualifikationen auch für diejenigen bieten, die mit einer vollständigen dreijährigen
 602 Ausbildung zunächst noch überfordert sind.
 - 603 • Wir setzen uns für die **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung** ein. Denn der
 604 Gesellen- und Meisterbrief sind Ausweis von Qualität, Qualifikation und Exzellenz. Dazu gehört,
 605 dass Bund und Länder neben dem Hochschulpakt, dem Pakt für Forschung und Innovation und der
 606 Exzellenzstrategie für universitäre Spitzenforschung auch einen **Pakt für berufliche Bildung** ins Le-
 607 ben rufen, der dieses Ziel auf ein gesichertes Fundament stellt. Bestandteil davon muss auch die
 608 **Vereinheitlichung der Anerkennung von Abschlüssen** der beruflichen Bildung auf Studienleistun-
 609 gen sein. Es darf keinen Unterschied ausmachen, wo in NRW ein bestimmter Abschluss erworben
 610 wurde.
 - 611 • Auch bei der Unterbringung junger Menschen am Ausbildungs- oder Studienort soll die Gleichwer-
 612 tigkeit von beruflicher und akademischer Bildung stärker berücksichtigt werden. Analog zur öffent-
 613 lichen Förderung etwa von Studentenwohnheimen sollte deshalb die **wohnortferne Unterbrin-
 614 gung von Auszubildenden** ebenfalls unterstützt werden. Als Alternative zur früher geleisteten di-
 615 rekten Förderung der Jugendlichen wäre dabei nach dem Vorbild der Studierendenwerke die
 616 Schaffung von Auszubildendenwerken in Zusammenarbeit etwa mit den Handwerks- sowie den
 617 Industrie- und Handelskammern denkbar.
 - 618 • Die **Meisterqualifizierung sollte aufgewertet werden**, z. B. durch doppelqualifizierende duale
 619 Bachelorstudiengänge, die mit einem Bachelor und einem Meisterbrief abschließen.
 - 620 • Neben Studierenden sollten auch Auszubildende von Erfahrungen in anderen Ländern profitieren
 621 und sich auf den internationalen Arbeitsmarkt vorbereiten können. Dazu sollen die **EU-
 622 Austauschprogramme wie Erasmus+ verstärkt auf Auszubildende ausgerichtet werden**. Auch
 623 innerhalb Deutschlands sollte die Mobilität gefördert werden, um Bewerber und offene
 624 Ausbildungsplätze besser zusammenzubringen, etwa durch überregionale Ausbildungsplatzbörsen
 625 und eine Anpassung der Fördermöglichkeiten der Berufsausbildungsbeihilfe.
 - 626 • Eine **Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab**. Wir wollen die Belastung der Betriebe durch immer
 627 neue Abgaben und zusätzliche Bürokratie reduzieren.

628

629 Hochschule

630

631 **Studentinnen und Studenten sollen an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen exzellente Studien-**
 632 **bedingungen vorfinden.** Die Hochschulen in unserem Land sollen an die akademische Qualität der
 633 besten Hochschulen in der Welt heranrücken. Neue Ideen, weltverändernde Entdeckungen und revo-
 634 lutionäre Erfindungen und Modelle entstehen nur dort, wo talentierte Köpfe frei denken können und
 635 darin bestärkt werden, ungewöhnliche Wege einzuschlagen statt ausgetretenen Pfaden zu folgen.

636

637 Beste Lernbedingungen für Studierende verlangen eine Abkehr von Massenvorlesungen in überfüllten
 638 Hörsälen und vergriffenen Fachbüchern in den Bibliotheken. Für ein erfolgreiches Studium müssen

639 Studierende praktische Einblicke in Forschung und Anwendung bekommen, aber auch individuelle Be-
640 treuung und Kritik erfahren, um nicht nur Scheine zu sammeln, sondern Fortschritte zu machen. **Un-**
641 **sere Hochschulen brauchen** außerdem **wieder mehr Freiheit**, bessere Rahmenbedingungen und eine
642 verlässliche auskömmliche Finanzierung, damit sie für Spitzenforscher und akademische Lehrer aus
643 der ganzen Welt an Attraktivität gewinnen.

644

645 • **Die Hochschulen sollen wieder mehr Autonomie und mehr Gestaltungsfreiheiten erhalten.** Die
646 Beschlüsse von SPD und Grüne, Hochschulen wieder stärker zentral durch das Wissenschaftsmi-
647 nisterium zu führen, lehnen wir ab. Hochschulen sollen ohne Gängelung eigene Profile bilden, die
648 Personalhoheit haben, Drittmittel einwerben und mit Partnern aus der Wirtschaft kooperieren
649 dürfen. Wir wollen das **Hochschulfreiheitsgesetz**, das in den Hochschulen enorme Kreativität und
650 produktive Energie freigesetzt hat, **wieder in Kraft setzen und weiterentwickeln.**

651

652 • Wir möchten erreichen, dass die **Studienbedingungen** für jeden einzelnen besser werden. Voraus-
653 setzung ist, dass die sächliche und personelle Ausstattung der Hochschulen einen Qualitätssprung
654 erfährt. Die Hochschulen sollen in die Lage versetzt werden, in eigener Verantwortung die Studien-
655 bedingungen bezüglich akademischer Betreuungsrelation und die Ausstattung der Bibliotheken
656 und Labore zu verbessern. Hierzu sind die Mittel des Hochschulpaktes treffsicher und zeitnah ein-
657 zusetzen.

657

658 • Durch die Verbesserung der Studienbedingungen während des Studiums sowie durch zusätzliche
659 **Informationsangebote in der Studieneingangsphase** soll auch die relativ hohe Abbrecherquote an
660 den nordrhein-westfälischen Hochschulen gesenkt werden.

660

661 • Unsere Hochschulen sollen gemeinsam mit Studierenden und Lehrenden die modernen Methoden
662 digitaler Wissensvermittlung in der akademischen Lehre einbinden und die darin liegenden Chan-
663 cen zur Internationalisierung, Individualisierung und Flexibilisierung stärker nutzen können.

663

664 • Studierende sollen die Möglichkeit erhalten, einen **stärkeren Praxisbezug** im Rahmen Ihres Studi-
665 ums zu erhalten, und zwar nicht nur an den Fachhochschulen, die hier traditionell leistungsstark
666 sind, sondern auch an den Universitäten.

666

667 • Zur Bekämpfung des Ärztemangels auf dem Land und zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes
668 Ostwestfalen-Lippe wollen wir auch am Standort Bielefeld eine medizinische Fakultät errichten.

668

669 • Wir wollen **mehr Studienplätze an den Fachhochschulen** und auch eine bessere Zusammenarbeit
670 zwischen Berufsausbildung und akademischem Studium schaffen. Eine Möglichkeit dazu bieten
671 **duale oder auch triale Studiengänge**. Diese Ausbildungsformen wollen wir verstärkt ausbauen.

671

672 • Wir setzen auf die **Eigenverantwortung und Selbstorganisation der Studierenden**. Das erfordert
673 auch Flexibilität und Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung der Studien- und Prüfungsordnun-
674 gen, die auch unterschiedlichen Studien- und Lebensentwürfen Rechnung tragen sollen, beispiels-
675 weise durch Wahlpflichtmodule. Auch sollte vermieden werden, dass Kurse oder Prüfungen nur
676 einmal im Jahr angeboten werden.

676

677 • Wir möchten, dass jeder Studierende die Chance zur Teilnahme an einem **internationalen Aus-**
678 **tauschprogramm** hat. Dazu müssen auch Stipendienprogramme weiter ausgebaut werden. Inter-
679 nationale Kooperationen und eine unbürokratische Anerkennung von im Ausland abgelegten Lei-
680 stungen sollen unterstützt werden.

680

681 • **Studierende sollen finanziell besser unterstützt werden.** Das bisherige BAföG-System wollen wir
682 durch einen elternunabhängigen Zuschuss für alle in Höhe von 300 Euro monatlich ersetzen. Diese
683 Förderung fasst alle bisher an die Eltern gezahlten Leistungen und gewährten Vergünstigungen
684 zusammen und kommt nunmehr direkt den Studierenden zu Gute. Der Anspruch auf Ausbildungs-
685 unterhalt gegenüber den Eltern in der Höhe entfällt im Gegenzug. Darüber hinaus sollen alle Stu-
686 dierenden Zugang zu einem zinsgünstigen und zinsstabilen Studiendarlehen in Höhe von bis zu 500
687 Euro monatlich erhalten, das im Lauf des Erwerbslebens unter Berücksichtigung der wirtschaftli-
688 chen Leistungsfähigkeit zurückgezahlt wird.

688

689 • Im Rahmen einer **Flexibilisierung des Studiums** und der Möglichkeit neben Ausbildung oder Beruf
690 zu studieren, wollen wir eine **Ausweitung der Teilzeit- und Fernstudienangebote** auch an Hoch-
691 schulen, die sich nicht auf diese Art von Studienangeboten spezialisiert haben, erreichen. Des Wei-

- 691 teren soll auch die abgeschaffte Anwesenheitspflicht durch Live-Streams und verpflichtende Onli-
 692 neangebote der Vorlesungsinhalte in die gelebte Praxis umgesetzt werden. Weiterhin wollen wir
 693 prüfen, inwiefern online im Rahmen eines MOOC (Massive Online Open Course) erworbene Zertifi-
 694 kate, die häufig von renommierten internationalen Universitäten angeboten werden, als Studien-
 695 leistung anerkannt werden können.
- 696 • Wir wollen dafür sorgen, dass die Hochschulen wieder die Möglichkeit erhalten, **Studienbeiträge**
 697 einzuführen. Die Hochschulen sollen daher eigenständig darüber entscheiden können, ob sie mit
 698 Studierenden so genannte Studienverträge abschließen. In den Studienverträgen sichern die Hoch-
 699 schulen den Studierenden **exzellente Studienbedingungen und verbindliche Förderangebote** zu.
 700 Die Einnahmen sind zweckgebunden für Qualitätsverbesserungen der Studienbedingungen wie
 701 etwa zusätzliche Tutorien zu verwenden. Nach dem erfolgreichen Studium entrichten die Absol-
 702 ventinnen und Absolventen eine zu vereinbarende Erfolgsprämie an die Hochschule. Diese kann
 703 auch prozentual auf das Einkommen in den ersten Berufsjahren bezogen ausgestaltet sein. Dabei
 704 darf die Erfolgsprämie einen Beitrag von 500€ je abgeschlossenem Studiensemester nicht über-
 705 schreiten.
 - 706 • Wir wollen erreichen, dass ein Studium und eine akademische Beschäftigung mit den spezifischen
 707 Herausforderungen einer Familie besser vereinbart werden kann. Dazu müssen u. a. auch **mehr**
 708 **Plätze für Kinderbetreuung** auch an Hochschulen geschaffen werden.
 - 709 • Im neuen Hochschulfreiheitsgesetz erhalten auch Fachhochschulen das Promotionsrecht für for-
 710 schungsstarke Fachrichtungen.
 - 711 • **Forscherinnen und Forscher mit Kindern** sollten darin unterstützt werden, die Lehrverpflichtun-
 712 gen zu reduzieren und den Arbeitsschwerpunkt für einen gewissen Zeitraum auf die Forschung
 713 legen zu können. Auf diese Art können auch Eltern ihre wissenschaftliche Karriere weiter voran-
 714 bringen.
 - 715 • Die Hochschulen sollen außerdem dabei unterstützt werden, **Doppelkarrieren für Top-Forscherin-**
 716 **nen und -forscher sowie deren Lebenspartner** an oder im Umfeld der Hochschule zu ermöglichen.
 - 717 • Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler wollen wir zudem durch die Anstellung auf
 718 Basis von „**tenure-track**“ unterstützen. Mit diesem Einstellungsverfahren, nach dem auf eine be-
 719 fristete Bewährungszeit eine unbefristete Professur folgen kann, sollen aber nicht nur bestehende
 720 Verträge entfristet werden. Damit sollen auch zusätzliche **Möglichkeiten zum Karriereeinstieg und**
 721 **-aufstieg** geschaffen werden.
 - 722 • **An unseren Hochschulen sollen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Weltrang lehren**
 723 **und forschen**. Attraktivere Arbeitsbedingungen für sie aber auch für ihre Familien sind entschei-
 724 dende Voraussetzung, ebenso eine angemessene Vergütung der Spitzenforscherinnen und
 725 -forscher. Veraltete Grundsätze der Vergütungsstrukturen sind aufzubrechen, viele Regelungen
 726 des Beamtenrechts sind nicht mehr passend. Deshalb sollte für Professuren künftig **Angestellten-**
 727 **recht** gelten und eine Vergütung analog der Regelungen zur W-Besoldung erfolgen. Eine verlässli-
 728 che Finanzierung durch Land und Bund ist dabei unabdingbar.

730 Innovation und Forschung

731
 732 **Nordrhein-Westfalen soll das Innovationsland Nummer eins in Deutschland werden.** Unser Land hat
 733 die besten Voraussetzungen dazu. Die 42 staatlichen Hochschulen, 28 privaten Hochschulen, fast 60
 734 außeruniversitären Forschungseinrichtungen und unzähligen forschenden Unternehmen und Institute
 735 bilden eine vielfältige und profildreiche Wissenschaftslandschaft. Daraus wollen wir die **führende Wis-**
 736 **sensregion Europas** machen. Unser Land ist auf Innovationen angewiesen. Wir brauchen neue Impulse
 737 aus der Wissenschaft, damit wir den Wohlstand von morgen, Arbeitsplätze und wirtschaftliches
 738 Wachstum in der Zukunft sichern können.

739
 740 Außerdem stellen der Klimawandel, die steigende Erdbevölkerung, knapper werdende natürliche Res-
 741ourcen und die Alterung in den westlichen Industriestaaten die **Menschheit vor gewaltige Herausfor-**
 742 **derungen**. Mit exzellenter Forschung und Innovationen können für diese Herausforderungen **neue Lö-**
 743 **sungen** und Antworten gefunden werden, die verantwortungsbewusst und fair sind. Wir wollen, dass

744 diese Entwicklung von uns angetrieben wird. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie die for-
 745 schenden Unternehmen brauchen dazu mehr Freiheit und keine Denkverbote. Ebenso wichtig sind
 746 eine bessere finanzielle Ausstattung und eine leistungsfähige Infrastruktur.

747

748 **Nordrhein-Westfalen braucht neue Ideen und Initiativen**, um im internationalen Wettbewerb um die
 749 besten Köpfe und um die großen finanziellen Ressourcen auf Bundes- und EU-Ebene den Anschluss an
 750 die Spitze zu finden. Wir wollen in NRW Spitzenforschung unterstützen. Aber gute Forschung allein
 751 reicht nicht, auf den Transfer kommt es an. Pfiifige und marktfähige Ideen sollen nicht in der Schublade
 752 landen, sondern Märkte erschließen und für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für die wirt-
 753 schaftliche Entwicklung des Landes einen Nutzen bringen.

754

- 755 • **NRW soll das Land mit den meisten Erfindungen in Deutschland werden.** Zudem wollen wir, dass
 756 hier die renommiertesten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten und die höchsten
 757 Investitionen für Forschung und Entwicklung getätigt werden. Zu häufig münden neue Technolo-
 758 gien nicht in Innovationen oder liegen Patente ungenutzt brach. Deshalb wollen wir es Hochschu-
 759 len und Forschungseinrichtungen einfacher machen, Patente zu verwerten, mit Unternehmen zu
 760 kooperieren oder eigene Unternehmen zu gründen.
- 761 • **Nordrhein-Westfalen steht mit der Energiewende, dem demografischen Wandel, den zuneh-**
 762 **menden Ansprüchen an Mobilität und der Digitalisierung vor großen gesellschaftlichen Heraus-**
 763 **forderungen.** Das Land muss deshalb insbesondere bei der Energieforschung, der Nano- und
 764 Mikrotechnologie sowie bei Werkstoffen, der Medizinforschung, Informations- und Kommunikati-
 765 onstechnologien als auch bei Biotechnologien Spitzenreiter werden.
- 766 • **Dabei gilt es, die von den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in eigener Verantwortung**
 767 **entwickelten und profilierten Forschungsschwerpunkte gezielt weiter zu stärken.** Dazu gehört
 768 etwa der Bereich Maschinenbau in Aachen, Bochum/Dortmund und in Ostwestfalen-Lippe und der
 769 Bereich Lebenswissenschaften, Medizin und Altersforschung in Köln, Bonn, Aachen, Jülich, Bo-
 770 chum und Düsseldorf. Wir wollen das im Ruhrgebiet bestehende Engagement in den Bereichen
 771 Material- und Energieforschung stärker unterstützen sowie aus dem bestehenden Knowhow im
 772 Bereich neuer Medien im Rheinland einen Treiber der Digitalisierung machen.
- 773 • Wir wollen gemeinsam mit den Hochschulstandorten und weiteren regionalen Akteuren erreichen,
 774 den **Forschungsschwerpunkt Maschinenbau/Robotik in Ostwestfalen-Lippe** durch die Gründung ei-
 775 nes Fraunhofer-Instituts in Paderborn sowie eines Max-Planck-Instituts in Bielefeld zu stärken.
- 776 • **Wissenschaft muss frei sein.** Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen Zukunftsfelder in
 777 eigener Verantwortung ohne vorherige Einschränkungen erforschen können. Pauschale For-
 778 schungsverbote etwa in den Bereichen grüne Gentechnik, Atomforschung, Fracking und Stamm-
 779 zellforschung lehnen wir ab. Neue Erkenntnisse und Forschungsergebnisse in diesen Feldern kön-
 780 nen einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschritt, zum Kampf ge-
 781 gen Krankheiten und zur Bewältigung anderer großer Herausforderungen leisten. Denn exzellente
 782 Forschung und echte Offenheit für die Ergebnisse sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir wollen
 783 Rahmenbedingungen, die exzellente Forschung ermöglichen und fördern, anstatt sie zu be- oder
 784 verhindern. Dazu setzen wir uns dafür ein, dass forschungsrelevante Gesetze (z.B. Gentechnikge-
 785 setz, Stammzellgesetz) überarbeitet, und unter Erhaltung der biologischen Sicherheit sowie ethi-
 786 scher Aspekte, bürokratische und administrative Hürden für Wissenschaftlerinnen und Wissen-
 787 schaftler soweit wie möglich abgebaut werden.
- 788 • **Zivilklauseln** greifen massiv in die Forschungsfreiheit ein. Wir wollen diesen forschungs- und frei-
 789 heitsfeindlichen Zwang in Nordrhein-Westfalen deshalb wieder abschaffen.
- 790 • Zu viele Forschungsprojekte werden auch durch eine **überbordende Bürokratie** gelähmt. Die Bü-
 791 rokratie ist auf das Nötigste zu beschränken.
- 792 • Das **Forschungsland NRW soll attraktiver werden** für Hochqualifizierte aus dem Ausland und für
 793 internationale Forschungsoperationen. Hierzu wollen wir das sehr erfolgreiche „NRW-Rück-
 794 kehrerprogramm“ für herausragende Wissenschaftler aus dem Ausland ausbauen. Bei internatio-
 795 nalen Forschungsoperationen sind die darauf ausgerichteten Förderverfahren so einfach wie
 796 möglich zu gestalten, Hindernisse in der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit müssen

- 797 abgebaut werden.
- 798 • Das **Forschungsförderprogramm** „Fortschritt NRW“, dass von der rot-grünen Landesregierung ein-
- 799 geführt wurde, findet derzeit bei Wirtschaft und Wissenschaft kaum Akzeptanz. Das liegt auch an
- 800 den engen bürokratischen und ideologisch geprägten Vorgaben und an der völlig unzureichenden
- 801 finanziellen Unterfütterung im Landeshaushalt.
- 802 • Wir setzen uns deshalb auch für eine **mittelstandsorientierte, bürokratiearme und technologie-**
- 803 **offene Forschungsförderung** ein, damit sich auch kleine und mittlere Unternehmen im Wettbe-
- 804 werb um die besten Köpfe und Ideen behaupten können. Ein Beispiel für eine gelingende For-
- 805 schungsförderung des Mittelstandes ist das Programm „Mittelstand.Innovativ!“, welches deshalb
- 806 mit den Mitteln aus Fortschritt.NRW reaktiviert und ausgebaut werden sollte.
- 807 • Die Projektförderung ist auf Bundesebene um eine unmittelbar wirkende und **unbürokratische**
- 808 **steuerliche Forschungsförderung** zu ergänzen. Davon könnten vor allem mittelständische Unter-
- 809 nehmen und Startups profitieren.
- 810 • Um mit den knappen Landesmitteln möglichst wirkungsvoll Forschungsförderung betreiben zu
- 811 können, müssen diese vor allem zur **Ko-Finanzierung für die weitaus finanzstärkeren Bundes- und**
- 812 **EU-Förderprogramme** zum Einsatz kommen. Damit NRW bei der Einwerbung dieser Mittel gemes-
- 813 sen an der Größe des Landes erfolgreich sein kann, müssen verlässliche Ko-Finanzierungsstrate-
- 814 gien entwickelt und im Landeshaushalt abgesichert werden. Niemals dürfen wissenschaftlich er-
- 815 folgreich begutachtete und auf Bundes- oder EU-Förderungen abzielende Forschungsinitiativen an
- 816 der fehlenden Mitfinanzierung des Landes scheitern. Vor allem muss die Förderentscheidung
- 817 schneller fallen und umgesetzt werden: Oft sind Innovationen schon in anderen Ländern vorange-
- 818 trieben worden, bis die Gremien und Institutionen in NRW über eine Förderung entschieden ha-
- 819 ben.
- 820 • Wir wollen, dass sich die Hochschulen des Landes erfolgreich an der Fortsetzung der **Exzellenzini-**
- 821 **tiative** beteiligen können und werden hierzu die seitens des Landes notwendige Unterstützung
- 822 leisten.
- 823 • Spitzenleistungen in der Forschung und damit die entsprechende internationale Wettbewerbsfä-
- 824 higkeit werden in kürzester Zeit ganz entscheidend davon abhängen, ob die Hochschulen des Lan-
- 825 des sowie die mit ihnen kooperierenden Forschungseinrichtungen über die notwendige **digitale**
- 826 **Infrastruktur** verfügen. Auf diesem Feld besteht ein gewaltiger Nachholbedarf und Investitions-
- 827 stau. Notwendig ist ein treffsicheres Sofortprogramm zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur
- 828 für den Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen.
- 829
- 830

831 **Wir wollen ein NRW, in dem man durch eigene Leistung vorankom-**

832 **men kann**

833

834 **Arbeit, Weiterbildung und Lebenslaufhoheit**

835

836 Wir Freien Demokraten stehen für eine Gesellschaft ein, in der jeder echte, faire Chancen hat – unab-

837 hängig von Herkunft und Umfeld. Wir wollen in NRW die Rahmenbedingungen setzen, um diese Chan-

838 cen für alle zu gewährleisten. Wir wollen den Menschen die begründete Hoffnung auf sozialen Aufstieg

839 wiedergeben. **Jeder soll die Chance erhalten, einer ausfüllenden beruflichen Tätigkeit nachgehen zu**

840 **können.** „Lebenschancen“ im Sinne von Selbstverwirklichung und Teilhabe erfordern eine Partizipa-

841 tion am Arbeitsleben und umfassende Lebenslaufhoheit. Denn Arbeit ist mehr als Broterwerb.

842

843 Neben dem demografischen Wandel und der Globalisierung ist die **Digitalisierung** ein **prägender Fak-**

844 **tor für die Arbeitswelt.** Unsere Jobs werden sich weiterhin stark verändern, viele Berufe wird es in

845 Zukunft vielleicht gar nicht mehr geben. Gleichzeitig entstehen aber auch zahlreiche neue Berufsbilder

846 – die Arbeit wird uns dabei auch diesmal nicht ausgehen. Die Welle der digitalen Gründungen zeigt

847 schon heute, welche großen Jobpotenziale bestehen. In der digitalisierten Arbeitswelt entstehen neue

848 Tätigkeitsfelder, deren Existenz wir noch gar nicht ahnen. Arbeitsteilung nimmt zu. Präsenz an einem

849 festen Arbeitsplatz verliert tendenziell an Bedeutung. Betriebliches Wachstum und Wünsche von Be-
850 schäftigten können viel besser in Einklang gebracht werden. Es wird leichter, die eigene Arbeit und
851 Arbeitszeit sowie die Anwesenheit im Büro oder im Homeoffice selbst zu gestalten. Die Möglichkeiten
852 zu flexiblen Wechseln zwischen Anstellung, Selbständigkeit und Unternehmertum werden sich meh-
853 ren. Digitale Arbeitswelten eröffnen Menschen also mehr Auswahl, wie, wo, wann und was sie arbeiten
854 wollen. All das **kann ein Zukunftsmodell mit Chancen auf mehr Freiheit für alle sein, wenn wir poli-
855 tisch den richtigen Rahmen setzen.**
856

- 857 • Die Möglichkeit zum **Einstieg in den Arbeitsmarkt** ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Nur wer
858 diesen erstmals oder wieder geschafft hat, kann **durch fortlaufende Qualifikation** auch **aufsteigen**
859 und vorankommen. Deshalb verteidigen wir einen **flexiblen Arbeitsmarkt**. Die aktuelle Politik der
860 Großen Koalition im Bund und der rot-grünen Landesregierung in NRW bedeutet hingegen eine
861 Trendumkehr. Durch die Einschränkung u. a. von Zeitarbeit und Werkverträgen wird die Dynamik
862 des Arbeitsmarktes ausgebremst. Wir setzen stattdessen auf Vereinbarungen der Tarifpartner zur
863 Verhinderung von Missbrauch und zur Regelung etwa zu „Equal pay“ in der Zeitarbeit. Wie bei der
864 Lohnfindung ist die **Tarifautonomie** auch hier ein Erfolgsmodell.
- 865 • „Lebenslanges Lernen“ muss vom Schlagwort zur Realität werden. Dies muss auch auf dem Ar-
866beitsmarkt gezielt unterstützt werden, etwa durch **Bildungssparen, Weiterbildung in den Unter-
867nehmen** sowie eine Steuer- und **Arbeitsmarktpolitik**, die Weiterbildung auch von Beschäftigten
868 und Selbständigen fördert. Das schafft Aufstiegschancen für jeden jederzeit. Gemeinsam mit den
869 Partnern aus der vielfältigen Weiterbildungslandschaft wollen wir das bestehende Angebot aus-
870bauen und alle Menschen zu kontinuierlicher Weiterbildung ermuntern.
- 871 • Digitale Arbeitswelten eröffnen neue Freiheiten und Flexibilität. Das muss auch durch deutlich we-
872niger gesetzliche Detailvorgaben abgebildet werden. Maßstab müssen individuelle Lebens- und
873Arbeitskonzepte sein – und nicht Ideologie und Bürokratie. Wir wollen das **Arbeitszeitgesetz flexi-
874bilisieren** und die bisherige Grenze der täglichen Höchstarbeitszeit von 8 bzw. 10 Stunden, sowie
875die 11 stündige Ruhezeit aufheben. Stattdessen soll nur die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48
876Stunden vorgegeben sein, so wie es auch die Europäische Arbeitszeitrichtlinie vorsieht. Gesetzliche
877Regelungen und faktische Hürden für mobiles Arbeiten, etwa durch veraltete Vorschriften der Ar-
878beitsstättenverordnung halten wir nicht für sinnvoll.
- 879 • **Digitale Arbeitswelten ermöglichen Zeitsouveränität:** Langzeitkonten (auch Wertguthaben– oder
880Zeitwertkonten genannt) könnten hier ein entscheidendes Element für mehr Freiheit, eine bessere
881Vereinbarkeit von Familie und Beruf, lebenslanges Lernen, das Aussetzen im Rahmen eines Sabbat-
882icals und die Hoheit über die Gestaltung des eigenen Lebenslaufes sein. Dafür ist ein großer Wurf
883notwendig: Wir wollen einen Rechtsanspruch auf steuer- und abgabenfreie Entgeltumwandlung,
884praktikable Mitnahmemöglichkeiten bei Wechsel der Beschäftigung und Vereinfachungen für die
885Unternehmen.
- 886 • **Moderne Altersvorsorge:** Rente muss künftig als modularisierter Baukasten begriffen werden, in
887dem unterschiedliche Elemente aus dem gesamten Leben kombiniert und mitgenommen werden.
888Da hierzu auch private Vorsorge gehört, muss hier künftig jeder gleich gefördert werden – egal ob
889angestellt oder selbstständig. Ein Onlineportal sollte jederzeit unkompliziert Transparenz über die
890Summe der eigenen Ansprüche schaffen. Wann man in Rente geht, sollte durch die Einführung
891eines flexiblen Renteneintrittsalters künftig jeder selbst entscheiden können. Je später, desto
892mehr Rente. Wer wie so viele nach Renteneintritt doch wieder arbeiten will, muss jederzeit die
893volle Freiheit dazu haben, Zuverdienstgrenzen wollen wir abschaffen.
- 894 • Wir wollen, dass **Freelancer nicht unter den Generalverdacht** einer Scheinselbständigkeit gestellt
895werden. Insbesondere Selbständige, die aufgrund der Höhe ihrer Einnahmen nicht schutzbedürftig
896sind, sollten nicht intensiven Prüfungen unterzogen werden. In der Gesetzlichen Krankenversiche-
897rung wollen wir die Beitragsbemessung für Selbständige an den tatsächlichen Einnahmen und nicht
898wie derzeit an einem fiktiven Mindesteinkommen orientieren.
- 899 • Im **öffentlichen Dienst müssen fachliche Qualifikation und erbrachte Arbeitsleistung entschei-
900dend für Aufstiegschancen** sein. Die ungerechte und Verfassungsgrundsätzen der Beförderung

- 901 nach Eignung, Leistung und Befähigung widersprechende verschärfte Frauenquote im Beamten-
 902 recht wollen wir wieder abschaffen.
- 903 • Statt auf Quoten setzen wir auf Strategien, die Vielfalt in der Arbeitswelt fördern und wertschätzen
 904 (Diversity Management). Auf dem Arbeitsmarkt soll Leistung zählen. Beschäftigte sollen sich un-
 905 abhängig von Geschlecht, Migrationshintergrund, sexueller Orientierung, Alter oder Behinderung
 906 entsprechend ihrer Potenziale entfalten können. Maßnahmen für eine offene Unternehmenskul-
 907 tur stärken Kreativität, Innovation und somit die Wirtschaft in NRW.
 - 908 • Die **Arbeitsmarktpolitik** muss grundsätzlich auf den **Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt** ausge-
 909 richtet sein. Auf Dauer angelegte öffentlich geförderte Beschäftigung ist dabei eine Barriere. Nur
 910 für einen eng begrenzten Personenkreis mit vielfachen Vermittlungshemmnissen kann eine Förde-
 911 rung auch über einen längeren Zeitraum sinnvoll sein. Für diesen besonders weit vom Arbeitsmarkt
 912 entfernten Kern der Langzeitarbeitslosen sind passgenaue Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegra-
 913 tion nötig. Ziel muss immer die Annäherung an den ersten Arbeitsmarkt sein. Wir treten dabei
 914 grundsätzlich für **Entscheidungsfreiheit der Jobcenter** ein, sich beim Einsatz der Förderungsinstru-
 915 mente am regionalen Arbeitsmarkt orientieren zu können. Diese Freiheit muss an bundesweite
 916 Transparenz und Vergleichbarkeit der Erfolge gekoppelt sein.
 - 917 • Wir wollen erreichen, dass sich **eigene Anstrengungen auch finanziell lohnen**. Freibeträge und
 918 Anrechnungssätze für eigenes Einkommen sollten im Arbeitslosengeld II neu gestaltet werden. Es
 919 muss motivierend sein, die Bedürftigkeit Schritt für Schritt zu verlassen und finanziell wieder auf
 920 eigenen Beinen zu stehen.
 - 921 • Wir wollen eine möglichst **unbürokratische Unterstützung für Bedürftige und Arbeitslose**. Dazu
 922 wollen wir mit dem Zielbild eines liberalen Bürgergeldes Schritt für Schritt möglichst viele geeig-
 923 nete Sozialleistungen zusammenfassen und – wie schon heute bei den Kosten der Unterkunft –
 924 stärker pauschalisieren. Möglichst viele behördliche Leistungen sollen vor Ort an einer Stelle zu er-
 925 halten sein.

927 **Wirtschaft und Industrie**

928
 929 **Nordrhein-Westfalen braucht neue wirtschaftliche Dynamik.** Es muss wieder aufwärts gehen, damit
 930 jeder seine Chancen am Arbeitsmarkt nutzen kann, damit Unternehmen wieder in NRW investieren
 931 und Arbeitsplätze sichern können. Seit Jahren aber büßt NRW wirtschaftliche Stärke ein. Die Wirtschaft
 932 wächst im Deutschlandvergleich unterdurchschnittlich. Im Jahr 2015 war NRW mit Nullwachstum so-
 933 gar das Schlusslicht aller Bundesländer. Das hat Gründe: Ein wirtschaftsfeindlicher Landesentwick-
 934 lungsplan macht Investitionen in bestehende und neue Standorte nahezu unmöglich. Die sinkende In-
 935 vestitionsquote beschleunigt den Deindustrialisierungsprozess. Der Mittelstand wird von Bürokratie
 936 erdrückt.

937
 938 Nordrhein-Westfalen benötigt deshalb neue Impulse für Investitionen, Wertschöpfung und Wachs-
 939 tum. Insbesondere der **Mittelstand in Industrie und Handel, im Handwerk, in den Freien Berufen, in
 940 der Landwirtschaft oder im Dienstleistungssektor muss wieder mehr Freiraum erhalten**. Der Standort
 941 NRW muss für etablierte kleine, mittlere und große Unternehmen wieder attraktiver gestaltet werden,
 942 neue Betriebe und Investitionen anziehen und das Entstehen neuer Ideen befördern.

943
 944 Dazu benötigen wir leistungsstarke Digital- und Verkehrsinfrastrukturen, Entlastungen von Kosten und
 945 Bürokratie und wachstumsfreundliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen.

946
 947 **Mehr zu dem Thema Wirtschaft** finden Sie auch in den Kapiteln **Faire Steuern, Energie, Ein unkompli-
 948 zierter Staat – Bürokratieabbau, Digitale Infrastruktur und Mobilität**.

- 949
 950 • Wir wollen die **Soziale Marktwirtschaft und die wirtschaftliche Freiheit in Nordrhein-Westfalen
 951 wieder stärken**. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell, das Chancen und Perspektiven
 952 für alle schafft. Zunehmende staatliche Eingriffe in die Marktwirtschaft würgen wirtschaftliche Ak-

- 953 tivitäten ab. Ordnungspolitik und Wettbewerb müssen wieder Vorrang vor staatlicher Bevormun-
 954 dung und Staatswirtschaft haben.
- 955 • Technologischer Fortschritt, Digitalisierung, und Entwicklungen im Bereich der „**Sharing Economy**“
 956 können allen Menschen **mehr Wahlmöglichkeiten**, mehr Chancen und mehr Freiheit bringen. Sie
 957 befördern den Wettbewerb und führen zu Innovationen. Diese Chancen wollen wir nutzen. Neue
 958 Angebote wie etwa Mitfahrdienstleister, ubernachtungsvermittler oder Portale zur gemeinsamen
 959 Nutzung von Fahrzeugen dürfen sich nicht durch Rechtsbrüche Wettbewerbsvorteile schaffen. In-
 960 novationen dürfen aber auch nicht an veralteten und protektionistischen Gesetzen scheitern. Wir
 961 wollen nicht nur, dass neue Ideen in NRW Fuß fassen und die Bürgerinnen und Bürger davon pro-
 962 fitieren können. Wir wollen auch, dass NRW zum Treiber von neuen Ideen, innovativen Geschäf-
 963 tsmodellen und gesellschaftlichem Fortschritt wird. Deshalb wollen wir bestehende Regelungen
 964 etwa zur Personenbeförderung oder zur Nutzung von Wohnraum zeitgemäß gestalten. Chancen
 965 zur Liberalisierung müssen zügig genutzt werden, um mehr Freiheit, mehr Fortschritt und mehr
 966 Perspektiven zu ermöglichen.
 - 967 • Wir wollen dafür sorgen, dass **Investitionen in Industrie-, Gewerbe- und Wohnbauflächen** sowie
 968 in Straßen und Verkehrsinfrastruktur wieder vorankommen. Dazu gehören die Ausweisung neuer
 969 Flächen genauso wie die zügige Wiedernutzung und Modernisierung von brachliegenden oder
 970 nicht genutzten Flächen. Der Landesentwicklungsplan (LEP) muss ein grundlegendes positives Be-
 971 kenntnis zur Industrie und zu wirtschaftlichen Investitionen beinhalten und den Betrieben Entwick-
 972 lungsflachen und -perspektiven ermöglichen. Der Glaube, man könne den Gewerbeflächenbedarf
 973 der Kommunen mathematisch aus der Vergangenheit herleiten, ist ein planwirtschaftlicher Irr-
 974 glaube. Bedarfe entwickeln und zeigen sich am Markt, nicht im Plan. Daher ist die Systematik des
 975 aktuellen Landesentwicklungsplans in Gänze in Frage zu stellen. Das Land benötigt dringender
 976 denn je wirtschaftspolitische Regelungen, die Ausdruck umwelt- und zugleich wirtschaftsfreundli-
 977 cher Standortpolitik sind. Nur so lässt sich ein Abwandern von Investitionen verhindern, Wert-
 978 schöpfung hierzulande halten und damit Beschäftigung sichern.
 - 979 • **Wirtschaft braucht Freihandel.** Die Exportquote z. B. des nordrhein-westfälischen Verarbeitenden
 980 Gewerbes ist im Deutschlandvergleich unterdurchschnittlich. Vom Abschluss internationaler Frei-
 981 handelsabkommen, dem Abbau von Handelshemmnissen und den sich dadurch ergebenden
 982 neuen Absatzmöglichkeiten könnte daher die nordrhein-westfälische Wirtschaft besonders profi-
 983 tieren. Deshalb liegt es im existentiellen Interesse des Landes, Freihandelsabkommen etwa zwis-
 984 chen der Europäischen Union und den USA zügig zu einem Abschluss zu bringen.
 - 985 • Politische Markteingriffe wie das Instrument der **Ministererlaubnis** können zu erheblichen Wett-
 986 bewerbsverzerrungen oder Marktmachtkonzentrationen führen. Wir wollen uns daher dafür stark
 987 machen, dieses Instrument grundlegend zu **reformieren**.
 - 988 • Gute Wirtschaftspolitik basiert auf guten Informationen. Die Abschaffung der jährlichen **NRW-**
 989 **Konjunkturberichte** durch die rot-grüne Landesregierung hat zum fortgesetzten Ignorieren wirt-
 990 schaftlicher Probleme und Defizite beigetragen. Deshalb wollen wir die Praxis jährlicher Konjunk-
 991 turberichte wieder aufnehmen.

992

993 **Handwerk, Mittelstand und Freie Berufe**

994

995 Wir wollen die **Arbeitsplätze im Mittelstand und im Handwerk** sichern und zukunftsfest machen. Dazu
 996 müssen die Bedingungen besser werden: weniger Bürokratie, weniger staatliche Vorgaben sowie eine
 997 Entlastung von zu hohen Steuern und Abgaben.

998

999 Wir wissen, dass **Handwerk und Mittelstand tragende Säulen unserer Sozialen Marktwirtschaft** sind.
 1000 Sie sorgen für Ausbildung und Beschäftigung und erwirtschaften einen großen Teil unseres
 1001 Wohlstands. Die duale Ausbildung im Handwerk ist gemeinsam mit der darauf aufbauenden
 1002 Qualifizierung gerade für den nicht-akademischen Nachwuchs der Weg zu einer eigenständigen Exis-
 1003 tenz sowie zu gesellschaftlichem Aufstieg und Ansehen. Handwerker und Mittelständler stehen für
 1004 Werte, denen wir Freie Demokraten uns besonders verbunden fühlen, weil die ganze Gesellschaft von
 1005 ihnen profitiert. Sie tragen Verantwortung für sich und für andere. Sie repräsentieren

- 1006 Unternehmergeist, Risiko- und Haftungsbereitschaft. Sie sind verlässliche Arbeitgeber vor Ort. Sie
1007 bürgen über die duale Ausbildung und das Meistersystem für Qualität und leisten damit einen Beitrag
1008 zum Verbraucherschutz.
1009
- 1010 • **Handwerk und Mittelstand müssen von Bürokratie entlastet werden.** Dazu gehören etwa das
1011 Tariftreue- und Vergabegesetz, die sogenannte „Hygieneampel“ sowie die
1012 Dokumentationspflichten durch das Mindestlohngesetz. Allein dadurch entstehen den Betrieben
1013 laut Nationalem Normenkontrollrat unnötige Kosten in Höhe von mindestens 10 Milliarden Euro.
1014 Die Gebühren für obligatorische Lebensmittelkontrollen bei Betrieben wie Bäcker und Metzgern
1015 zu erlassen. Wir fordern auch, die Vorverlegung der Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen
1016 zurückzunehmen. Unser Ziel ist es den finanziellen und zeitlichen Bürokratieaufwand für Unter-
1017 nehmen zu halbieren.
 - 1018 • Die Überprüfung von Gesetzesvorhaben auf bürokratische Auswirkungen auf den Mittelstand
1019 durch die „**Clearingstelle Mittelstand**“ darf nicht mehr vom Wohlwollen des federführend zustän-
1020 digen Ministeriums abhängen. Wir wollen, dass jede einzelne an der Clearingstelle beteiligte Or-
1021 ganisation eine Überprüfung initiieren kann.
 - 1022 • **Zusätzliche Belastungen wie etwa eine Ausbildungs- bzw. Praktikumsumlage** oder eine Diskus-
1023 sion um die Abschaffung des Handwerker-Steuerbonus **lehnen wir ab.**
 - 1024 • Junge Erwachsene können im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes ein Freiwilliges Soziales Jahr
1025 – etwa in einer sozialen oder politischen Einrichtung – oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr –
1026 etwa auf einem Bio-Bauernhof – ableisten. Wir wollen, dass ihnen auch ein „**freiwilliges Jahr in**
1027 **Handwerk und Mittelstand**“ ermöglicht wird.
 - 1028 • Die **Digitalisierung im Handwerk** muss unterstützt werden. Dazu ist erforderlich, die betriebliche
1029 Beratung vor Ort praxisnah auszubauen. Wir wollen die regionalen Handwerksbildungszentren hin-
1030 zu digitalen Kompetenzzentren vom und für das Handwerk weiterentwickeln. Und wir setzen uns
1031 für eine flächendeckende Breitbandversorgung ein.
 - 1032 • Wir wollen das duale **Ausbildungssystem und den Meisterbrief erhalten** und stärken. Grundlagen
1033 dafür sind das ehrenamtliche Engagement etwa im Prüfungswesen und das Prinzip der Selbstverwal-
1034 tung der Wirtschaft. Europäische Harmonisierungen dürfen nicht zu einer Aufweichung der weltweit
1035 anerkannten und qualitativ hochwertigen Ausbildung in Deutschland führen.
 - 1036 • Die **Gründungsförderung** und die **Förderung betrieblicher Nachfolgen** müssen vereinfacht und ef-
1037 fizienter werden. Dafür soll die große Anzahl von Förderangeboten gestrafft und enger mit den
1038 Programmen des Bundes, inklusive der KfW, verzahnt werden. Außerdem sollen bewährte Ber-
1039 atungsstellen wie die Startercenter gestärkt werden. Alternative Modelle der Mitarbeiterbeteili-
1040 gung sind zu entwickeln und voranzutreiben, um neue Chancen bei der Betriebsübergabe zu ent-
1041 wickeln. Ideologische Fördervorgaben und politische Einflussnahme auf die Förderpraxis lehnen
1042 wir strikt ab.
 - 1043 • **Die Freien Berufe** sind ein wichtiger Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft und des Gemeinwe-
1044 sens. Ihre Selbstverwaltungsstrukturen und ihre Versorgungswerke haben sich bewährt und wir-
1045 ken stabilisierend. Einer Aufweichung dieser Strukturen treten wir daher genauso entgegen wie
1046 einer Absenkung der hohen Ausbildungsstandards.
 - 1047 • Wir wollen einen **starken und vielfältigen Einzelhandel** als Bestandteil lebendiger und attraktiver
1048 Städte, Kommunen und Quartiere. Im digitalen Zeitalter benötigen wir dafür auch „**Online-Cities**“:
1049 Chancen durch mehr Freiräume für den stationären Einzelhandel bei gleichzeitiger Unterstützung
1050 von digitalen Konzepten und Geschäftsmodellen. Dafür wollen wir die Vernetzung erfolgreicher
1051 lokaler und regionaler Modelle unterstützen und die digitalen Infrastrukturen in den Städten und
1052 Kommunen des Landes verbessern. Die Wirtschaftsförderung des Landes wollen wir stärker auf
1053 das Zusammenspiel digitaler und stationärer Geschäftsmodelle einerseits und Kooperationen zwi-
1054 schen verschiedenen Handelsbranchen in Kommunen andererseits ausrichten.
 - 1055 • Das allgemeine Verkaufsverbot für den **Einzelhandel an Sonntagen** wollen wir aufheben. Der Ein-
1056 zelhandel soll vollumfänglich über die Öffnungszeiten auch an Sonntagen selbst entscheiden – aus
1057 6x24 im Ladenöffnungsgesetz wollen wir 7x24 machen.

- 1058 • Wir wollen auch andere Verbote, wie Dienstleistungen an Sonn- und Feiertagen anzubieten, auf-
 1059 heben.
 1060 • **Forschung und Entwicklung im Mittelstand müssen steuerlich gefördert werden.** Davon
 1061 profitieren auch kleine und mittelständische Betriebe, die keine direkte Förderung beantragen,
 1062 weil sie keine Kapazitäten dafür haben oder vor dem Aufwand zurückschrecken. Außerdem sollte
 1063 eine lokale praxisnahe Beratungsstruktur zur Verfügung gestellt werden, um dem Handwerk den
 1064 Zugang zu Programmen der Forschungsförderung zu erleichtern.
 1065

1066 **Gründerland NRW**

1067 **Wir wollen, dass NRW Gründerland Nummer eins wird.** Zwar bringen viele mutige Menschen Unter-
 1068 nehmen Gründungen und Startups schon heute auf den Weg. Dennoch sind die Selbständigen- und die
 1069 Gründerquote in NRW schlechter ausgeprägt als im – ebenfalls schwachen – deutschen Durchschnitt.
 1070 Studien zufolge scheitern im Vergleich mit anderen Bundesländern überdurchschnittlich viele Gründer-
 1071 innen und Gründer in NRW an bürokratischen Hürden sowie an mangelnden kaufmännischen und
 1072 fachlichen Qualifikationen. Auch bei der öffentlichen Förderung landet NRW auf den hinteren Rängen.
 1073

1074 Dabei bräuchte gerade Nordrhein-Westfalen mehr Dynamik, mehr Innovationen, **mehr neue Ideen.**
 1075 Deshalb muss NRW wieder mehr **Lust auf diese machen**, und nicht jedem Freelancer oder Gründer das
 1076 Leben durch einen bürokratisierten und unflexiblen Arbeitsmarkt schwermachen. Die Politik darf auch
 1077 nicht weiter dabei zusehen, wie zahlreiche Ideen und Technologien woanders vorangetrieben werden
 1078 und wie zahlreiche **Startups** ihr Glück in anderen Bundesländern oder im Ausland finden. Wir wollen,
 1079 dass mehr Erfolgsgeschichten von morgen in NRW geschrieben werden. Deshalb brauchen wir eine
 1080 Gründungsoffensive durch bessere Rahmenbedingungen, gezielte Investitionen in Köpfe und die Akti-
 1081 vierung von Kapital.
 1082

- 1083 • Unternehmensgründungen müssen unkomplizierter werden. Deshalb wollen wir ein **bürokratie-**
 1084 **freies Jahr für Startups** schaffen. Gerade zum Start sollen Existenzgründerinnen und Existenzgrün-
 1085 der mehr Zeit für ihre Ideen, Innovationen und Geschäftsmodelle haben – und nicht für Behörden
 1086 und Formulare verschwenden müssen.
 1087 • Für eine Gründung sind nach wie vor zu viele Behördengänge notwendig. Behördliche Zuständig-
 1088 keiten sind zersplittert. Wir wollen, dass in „**One-Stop-Shops**“ mehrsprachige Mitarbeiterinnen
 1089 und Mitarbeiter als zentrale Ansprechperson zur Verfügung stehen und dass durch bürgernahe E-
 1090 Government-Angebote der **gesamte Gründungsprozess digital** durchgeführt werden kann. „One-
 1091 Stop-Shop“ bedeutet Gesamtverantwortung für das jeweilige Anliegen an einer Stelle. Im „One-
 1092 Stop-Shop“ laufen behördenübergreifend alle für eine Gründung notwendigen Antragsverfahren
 1093 zusammen und sind gegenüber dem Antragsteller als Gesamtergebnis zu vertreten.
 1094 • Die Wachstumsfinanzierung und der Zugang zu größeren Summen Fremdkapital stecken in
 1095 Deutschland noch immer in den Kinderschuhen. Venture-Capital-Investitionen fallen bedeutend
 1096 geringer aus als z. B. in den USA. Auch Crowdfunding hat in Deutschland nach wie vor nur eine
 1097 Außenseiterrolle. Aus NRW heraus wollen wir daher die **Rahmenbedingungen für Crowdfunding**
 1098 **und Venture-Capital-Investitionen in Startups verbessern.** Denn das Kapital, das aus guten und
 1099 innovativen Ideen weltweite Erfolge werden lässt, ist durchaus vorhanden. Es wird häufig nur nicht
 1100 bei uns investiert. Einen wesentlichen Beitrag würden hier ein **Börsensegment für Startups, zeit-**
 1101 **gemäße Rahmenbedingungen für Kapitalsammelstellen** und ein **Steuerrecht** leisten, das **Wagnis-**
 1102 **kapital** anzieht – und nicht abstößt.
 1103 • Wir wollen, dass gute Ideen nicht am dünnen Geldbeutel der Gründerinnen und Gründer scheitern.
 1104 Deshalb schlagen wir die Konzeption eines **Gründungs-BAföGs** vor, mit dem z. B. die finanzielle
 1105 Unterstützung durch Studien- oder Meister-BAföG bei einem konkreten Gründungsvorhaben auch
 1106 nach einem Abschluss fortgesetzt werden kann. Auch ein **Gründungsdarlehen** analog zu existie-
 1107 renden zinsgünstigen Studienkrediten sowie die bessere **Berücksichtigung einer Gründung in der**
 1108 **Einkommenssteuererklärung** können das Gründerklima verbessern. Zudem wollen wir das erfolg-
 1109 reiche Instrument des **Gründungszuschusses von der Arbeitslosigkeit entkoppeln.** Die Vergabe
 1110

- 1111 findet dann nicht mehr durch die Bundesagentur für Arbeit statt, sondern beispielsweise durch die
 1112 KfW. Die Förderbanken werden dabei in Bezug auf die Gründungsförderung zur Neutralität ver-
 1113 pflichtet. Ideologische Fördervorgaben und politische Einflussnahme auf die Förderpraxis lehnen
 1114 wir ab.
- 1115 • Viele **Förderprogramme** richten sich nur an bestimmte Zielgruppen, zum Beispiel Akademikerin-
 1116 nen und Akademiker. Das ist zu kurz gedacht. Wir wollen diese Programme **auch für Menschen**
 1117 **ohne Hochschulabschluss öffnen**.
 - 1118 • Neben finanziellen Aspekten ist das Thema „Qualifikation“ laut einschlägiger Studien das größte
 1119 Gründungshemmnis in Deutschland. Zu geringe kaufmännische Kenntnisse, fehlende fachliche
 1120 Qualifikationen und ein Mangel an geeigneten Teampartnern hemmen die Gründungskultur. Des-
 1121 halb müssen die Themen „Wirtschaft“, „Selbständigkeit“ und „Unternehmertum“ im Rahmen ei-
 1122 ner Ausweitung des bisherigen Fachs Sozialwissenschaften zu einem neuen Fach „Politik, Wirt-
 1123 schaft, Recht“ stärker vermittelt werden. Wir wollen auch **mehr Kooperationen von Schulen mit**
 1124 **der Wirtschaft vor Ort** ermöglichen, etwa durch eine Neukonzeption der Schülerpraktika und in-
 1125 novative Modelle wie „Business Breakfasts“.
 - 1126 • **Hochschulen und Meisterschulen müssen stärker zu Gründungsschmieden ausgebaut werden.**
 1127 Dafür sollten z. B. **finanzielle Anreize für erfolgreiche Gründungen** aus diesen Einrichtungen her-
 1128 aus ausgebaut werden. Das Engagement für eine erfolgreiche Startup-Geschichte sollte dem für
 1129 einen Forschungspreis nicht nachstehen. Außerdem benötigen wir **zusätzliche Lehrstühle für Ent-**
 1130 **repreneurship** an unseren Hochschulen.
 - 1131 • Neue Ideen und innovative Startups können überall und jederzeit entstehen. Trotzdem ist es sinn-
 1132 voll, neben allgemeiner Gründungsförderung auch spezifische Fördercluster zu bilden, in denen
 1133 Neugründungen und etablierte Unternehmen von starken Netzwerkeffekten, Synergien und Ko-
 1134 operationen profitieren. Deshalb wollen wir **Startup-Cluster bilden**, die an die Stärken ihrer Region
 1135 anknüpfen und zu Technologie-Schwerpunktzentren ausgebaut werden können. Für Koordinie-
 1136 rung, Netzwerke und Synergien zwischen den Clustern sollte darüber hinaus ein Clustermanage-
 1137 ment geschaffen werden, das auch die **internationale Vermarktung des Gründerstandortes NRW**
 1138 **stärkt**.

1139

1140 **Bauen und Wohnen**

1141

1142 Wohnen gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen der Menschen – deshalb sollte die Politik die
 1143 Menschen dabei unterstützen, ihre Vorstellungen vom Wohnen zu erreichen. Die meisten Menschen
 1144 wünschen sich preiswerten und attraktiven Wohnraum. Dazu gehört insbesondere auch, sich den
 1145 Traum eines Eigenheims verwirklichen zu können.

1146

1147 Fakt ist aber, dass es in vielen Großstädten und Ballungszentren von Nordrhein-Westfalen an preis-
 1148 wertem Wohnraum mangelt. Gleichzeitig sind vielerorts Leerstände, Sanierungsstau und Mängel im
 1149 Infrastruktur- sowie Dienstleistungs- und Kulturangebot zu beklagen. Der Staat ist der Kostentreiber
 1150 Nummer eins. Bürokratie, Auflagen und Rekordsteuern (Grunderwerbsteuer) bremsen private Investi-
 1151 tionen in Wohnungsbau und machen es den Menschen immer schwieriger, selbst Eigentum zu erwer-
 1152 ben. Gerade jungen Familien mit Kindern fällt es immer schwerer, passenden Wohnraum in den Groß-
 1153 städten zu finden oder ein Eigenheim zu finanzieren. Wir setzen uns für eine liberale Bau- und Woh-
 1154 nungspolitik ein, die Investitionen in den Wohnungsmarkt und den Erwerb von Eigenheim erleichtert.

1155

- 1156 • Bei der **Grunderwerbsteuer** wollen wir einen **Freibetrag in Höhe von 500.000 Euro beim ersten**
 1157 **Immobilienwerb** einführen. Dies wäre ein wesentlicher Beitrag dafür, dass sich junge Familien
 1158 ein Eigenheim leisten können.
- 1159 • Wir wollen den Neubau und die Instandsetzung von Wohnungen fördern, bürokratische Hemm-
 1160 nisse abbauen und die Verfügbarkeit bebaubarer Flächen erhöhen. Die Mietpreisbremse ist dazu
 1161 nicht geeignet. Sie bremst die Mieten nicht, sie bremst jedoch die Investitionsneigung. Wir wollen
 1162 die **Mietpreisbremse daher außer Kraft** setzen. Denn nur eine Vergrößerung des Angebots trägt
 1163 zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt bei und sorgt für mehr bezahlbaren Wohnraum.

- 1164 Zweckentfremdungsverbote lehnen wir als unzulässigen Eingriff in das Privateigentum ab.
- 1165 • Voraussetzung für den Wohnungsbau ist die ausreichende **Verfügbarkeit von Siedlungsflächen**.
- 1166 Gerade in engen Wohnungsmärkten ist beispielsweise eine leichtere Verfügbarmachung von Woh-
- 1167 nungsbauflächen vor Ort notwendig. **Wohnbauflächen** müssen geschaffen und die vorhandene
- 1168 Infrastruktur genutzt werden. Wir setzen uns daher für eine großzügige Ausweisung von Bauge-
- 1169 bieten, z.B. auch bei geeigneten Konversionsflächen, ein. Die Umnutzung von vorhandenen Flä-
- 1170 chen stellt auch ein großes Potenzial für den **Gewerbebau** dar.
- 1171 • Viele **Genehmigungsverfahren dauern zu lange**. Zeitverluste und höhere Kosten sind die Folge.
- 1172 Deshalb müssen Baugenehmigungsverfahren durch die Einführung verbindlicher Fristen beschleu-
- 1173 nigt werden. Zunächst müssen die eingereichten Unterlagen innerhalb einer Woche verbindlich
- 1174 auf Vollständigkeit geprüft sein. Danach gilt: Vereinfachte Baugenehmigungsverfahren sollen zu-
- 1175 künftig innerhalb eines Monats entschieden werden. Über Bauanträge im so genannten Normal-
- 1176 verfahren soll zwingend innerhalb von zwei Monaten entschieden sein. Werden diese Fristen über-
- 1177 schritten, sollen die eingereichten Anträge als genehmigt gelten. Außerdem müssen die Kommu-
- 1178 nen dabei unterstützt werden, ein zeitgemäßes und einheitliches System zur Einreichung von Bau-
- 1179 anträgen in digitaler Form zu etablieren.
- 1180 • Wir wollen den **Digitalen Wandel in der Wohnungsbaupolitik** vorantreiben. Denn durch intelli-
- 1181 gente digitale Systeme wie etwa das Building Information Modeling (BIM) lassen sich Planungs-,
- 1182 Bau- und Lebenszykluskosten reduzieren und gleichzeitig die Bauqualität weiter verbessern. Wir
- 1183 setzen uns dafür ein, dass diese neuesten Technologien gemeinsam mit dem Expertenwissen von
- 1184 Architekten, Ingenieuren und Stadtplanern in den Behörden schnell in den Alltag der Planungs-
- 1185 und Baupraxis Einzug finden.
- 1186 • Trotz vorhandener Musterbauordnung als Orientierungshilfe ist es bislang nicht gelungen, die ein-
- 1187 zelnen **Bauordnungen der Bundesländer hinreichend zu harmonisieren**. Handwerker, Architekten
- 1188 und Ingenieure, die in verschiedenen Bundesländern tätig sind, müssen sich aufgrund der unter-
- 1189 schiedlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen immer wieder umstellen. Wir setzen uns daher da-
- 1190 für ein, die Landesbauordnungen soweit wie möglich zu vereinheitlichen. Das bedeutet auch, dass
- 1191 jede NRW-spezifische Besonderheit in der Landesbauordnung besonders kritisch hinterfragt wer-
- 1192 den muss, da sie zumeist Kostentreiber beim Wohnungsbau ist. Die Energieeinsparverordnung
- 1193 2016 verteuert Neubauten unverhältnismäßig und muss entsprechend baufreundlicher werden.
- 1194 Hierauf wollen wir durch den Bundesrat hinwirken.
- 1195 • Die **soziale Wohnraumförderung ist ein wichtiger Impulsgeber** und Anreizinstrument, um eine
- 1196 flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum auch in unteren Preissegmenten si-
- 1197 cherzustellen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass sich der Bund weiterhin an der sozialen Wohn-
- 1198 raumförderung beteiligt. Bei der Ausgestaltung der Wohnraumförderpolitik wollen wir, dass end-
- 1199 lich wieder ein **Schwerpunkt auf die Eigentumsförderung** gelegt wird. Denn die Eigentumsförde-
- 1200 rung verhilft nicht nur zahlreichen Menschen zu den eigenen vier Wänden und reduziert dadurch
- 1201 das Risiko der Altersarmut, sondern hat auch Impulswirkung auf unsere Bau- und Handwerksun-
- 1202 ternehmen vor Ort. Die Förderkonditionen der sozialen Wohnraumförderung müssen außerdem
- 1203 auch für private Klein-Investoren, die schließlich weit mehr als die Hälfte der Mietwohnungen be-
- 1204 wirtschaften, attraktiver werden. So können wertvolle Investitionspotenziale gehoben werden.
- 1205 • Die **Regelungen der Wohnraumförderung** müssen **entbürokratisiert** werden. Mithilfe des Wohn-
- 1206 raumförderungsprogramms können sowohl Mietwohnungen, Wohnheimplätze, Studierenden- o-
- 1207 der Flüchtlingsunterkünfte als auch Eigentumsmaßnahmen gefördert werden. Auf Grund der vie-
- 1208 len Vorschriften und der überbordenden Bürokratie solcher Förderprojekte entsteht viel zu wenig
- 1209 bezahlbarer Wohnraum. Die Mittel des Wohnraumförderungsprogramms werden häufig erst gar
- 1210 nicht abgerufen. Hier ist eine Entschlackung dringend geboten.
- 1211 • Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die **degressive Abschreibung auf Wohnimmobi-**
- 1212 **lien** wieder eingeführt wird. Sie ist ein Kernelement zur Stimulierung des Wohnungsbaus.
- 1213
- 1214
- 1215
- 1216

1217 **Wir wollen ein NRW, das weltoffen und tolerant ist**

1218

1219 **Einwanderung und Integration**

1220

1221

1222

1223

1224

1225

1226

1227

1228

1229

1230

1231

Unser Land braucht für die Zukunft eine gesteuerte und qualifizierte Einwanderung, weil in vielen Betrieben gut ausgebildete Fachkräfte fehlen. Einerseits sind wir alleine aus demographischen und ökonomischen Gründen auf qualifizierte Einwanderung angewiesen. Andererseits bekennen wir uns zu unserer humanitären Verpflichtung, politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen vorübergehend Schutz zu gewähren. Durch das Fehlen eines Einwanderungsgesetzes und die phasenweise unkontrollierte Aufnahme von Asylsuchenden durch die Bundesregierung ist international der Eindruck entstanden, das Asylrecht sei eine generelle Einwanderungsmöglichkeit. Daher besteht die **Notwendigkeit, mit einem konsistenten Einwanderungsrecht zwischen Einwanderern, Asylbewerbern und Flüchtlingen zu unterscheiden**. Wie jedes andere Einwanderungsland der Welt wollen wir uns diejenigen, die dauerhaft bei uns bleiben wollen, aussuchen.

1232

1233

1234

1235

1236

1237

1238

1239

1240

1241

Wir brauchen eine gesteuerte Einwanderung in den Arbeitsmarkt, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen. In NRW ist der Anteil der Unternehmen, in denen Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten, mit siebzig Prozent deutlich höher als im übrigen Bundesgebiet. Auch die Gründungsquote von Menschen mit ausländischen Wurzeln liegt deutlich über dem Bevölkerungsschnitt. **Durch die Alterung unserer Gesellschaft sind wir auf gut integrierte Eingewanderte mehr denn je angewiesen und brauchen Fachkräfte** – dies gilt nicht nur für Hochqualifizierte, sondern auch für ganz normale Ausbildungsberufe. Gesteuerte Einwanderung begreifen wir als Chance für unsere Gesellschaft und für die wirtschaftliche Entwicklung, denn mit **neuen Talenten kommen auch neue Ideen** zu uns. Deshalb wollen wir im globalen Wettbewerb auch um die klügsten Köpfe werben.

1242

1243

1244

1245

1246

1247

1248

1249

1250

Wir wollen ein weltoffenes und tolerantes NRW. Individualität, Pluralismus, kulturelle und religiöse Vielfalt bereichern unser Zusammenleben. Wir wollen auch künftig Eingewanderten Chancen eröffnen, sich bei uns Wohlstand zu erarbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Gleichzeitig wollen wir ihnen die Grundwerte und Regeln vermitteln, an die sich jeder in unserem Land halten muss. Für grundlegende Fragen unseres Zusammenlebens **gelten für alle gleichermaßen die Bestimmungen unseres Grundgesetzes**. In unserer offenen und liberalen Gesellschaft ist daher kein Platz für Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres individuellen Lebensstils.

1251

1252

1253

1254

1255

1256

1257

1258

1259

1260

1261

1262

1263

1264

1265

1266

1267

1268

- Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland endlich ein **modernes Einwanderungsgesetz** erhält, das die Einwanderung steuert und klare Kriterien benennt. Dabei wollen wir die bestehende Blue Card verbessern, um Menschen, die bereits ein Arbeitsplatzangebot vorliegen haben, eine zügige Einwanderung zu erlauben. Zudem wollen wir ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild einführen, das mit Kriterien wie Bildungsgrad, Sprachkenntnisse, Alter und Beruf am Fachkräftebedarf unseres Arbeitsmarktes ausgerichtet wird.
- **Grundvoraussetzung für eine Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft sind deutsche Sprachkenntnisse**. Dazu gehören etwa eine Deutschförderung für Fachkräfte, verbindliche Sprachtests und Sprachförderung vor der Einschulung. Ausreichende Deutschkenntnisse sollen auch Voraussetzung für das dauerhafte Bleiberecht – die Niederlassungserlaubnis – sein.
- Wir müssen dafür sorgen, dass **schulische und berufliche Abschlüsse** von Einwanderern bei vorliegend gleichwertiger **Qualifikation schneller, unbürokratischer und bundesweit vergleichbar anerkannt werden**.
- Am einfachsten sind diejenigen Menschen zu integrieren, die **bei uns ihre Ausbildung oder ein Studium erfolgreich abgeschlossen** haben. Diese Eingewanderten sollen daher anderthalb Jahre Zeit bekommen, einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Hierfür sind Beratungs- und Unterstützungsangebote zielgerichtet aufzubauen.
- In der **öffentlichen Verwaltung**, bei der Polizei und in den Schulen wollen wir mit gezielten Anwer-

- 1269 bungskampagnen **mehr Menschen mit Migrationshintergrund gewinnen** und generell die inter-
- 1270 kulturelle Kompetenz staatlicher Stellen erhöhen.
- 1271 • Wer mit uns zusammenlebt, soll auch Mitbürgerin bzw. Mitbürger mit allen Rechten und Pflichten
- 1272 werden können. Deswegen setzen wir uns für die **Ermöglichung von Mehrstaatlichkeit** und die
- 1273 **erleichterte Einbürgerung** ein.
- 1274 • Insbesondere durch die dauerhafte Einwanderung vieler Menschen aus der Türkei seit den 1950er
- 1275 Jahren ist auch der **Islam in Nordrhein-Westfalen** zu einem **gesellschaftlich relevanten Glaubens-**
- 1276 **bekenntnis** geworden. Jeder, der die Werte unseres Grundgesetzes akzeptiert und sich an die Ge-
- 1277 setze hält, soll seinen Glauben gleichberechtigt leben können. Daher setzen wir uns auch **für einen**
- 1278 **flächendeckenden islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache**, unter deutscher Schul-
- 1279 aufsicht und von in Deutschland ausgebildeten Religionslehrerinnen und Religionslehrern in den
- 1280 Schulen ein.
- 1281 • Immer mehr Eingewanderte, die schon seit vielen Jahren bei uns leben, verbringen auch ihren Le-
- 1282 bensabend bei uns. Sie haben aufgrund ihrer Migrationsbiographie eigene Bedürfnisse, auf die die
- 1283 unterschiedlichen Zweige der Seniorenarbeit bisher noch nicht ausreichend vorbereitet sind. **Wir**
- 1284 **brauchen mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der Altenpflege** und entsprechende
- 1285 Schulungen, um dieser Herausforderung gerecht zu werden.
- 1286

1287 **Flüchtlinge**

1288

1289 Es ist für uns eine **humanitäre Verpflichtung, Menschen, die vor individueller Verfolgung, Terror oder**

1290 **Krieg flüchten, Schutz zu bieten**. Dabei wollen wir neben dem Asylrecht des Grundgesetzes **einen ei-**

1291 **genen Rechtsstatus für Kriegsflüchtlinge** einführen, der den **Schutz für die Dauer der Bedrohung** si-

1292 cherstellt, ihn aber auch auf diesen Zeitraum begrenzt. Nach Beendigung des Krieges muss in der Regel

1293 die Rückkehr in das Heimatland erfolgen. Flüchtlingen soll dabei die Möglichkeit offen stehen, sich bei

1294 entsprechender Integrationsleistung und Rechtstreue auf eine dauerhafte Einwanderung zu bewerben

1295 – nach denselben Regeln wie Fachkräfte aus dem Ausland. Das **grundgesetzliche Recht auf Asyl bleibt**

1296 **dabei unberührt**. Wer nachweislich individuell verfolgt ist, erhält auch dauerhaften Schutz.

1297

1298 Um eine geordnete Flüchtlingsaufnahme zu ermöglichen, setzen wir uns für den **besseren Schutz der**

1299 **europäischen Außengrenzen** und strukturierte Erstaufnahme an der Grenze mit humanitären Korri-

1300 doren ein. Nur mit umfassender Fluchtursachenbekämpfung, Hilfe vor Ort und einer fairen Lastenver-

1301 teilung in Europa können Flüchtlingsbewegungen dauerhaft bewältigt, Tragödien und Tod vermieden

1302 und kriminelle Schlepper bekämpft werden. Dazu bedarf es eines **neuen Asylrechts in Europa**. Eine

1303 starke EU kann nur bei geordneten Grenzverhältnissen, Einhaltung des Rechts und einer nachhaltigen

1304 Integrationsstrategie bestehen. Freiheit und Freizügigkeit innerhalb Europas verlangen nach Einhal-

1305 tung von Regeln.

1306

- 1307 • **Wer als Flüchtling oder Asylsuchender zu uns kommt, muss menschenwürdig untergebracht wer-**
- 1308 **den**. Der Bund trägt die Verantwortung für die Entscheidung, wer bleiben darf und wie lange das
- 1309 Asylverfahren dauert. Er soll deshalb auch alle Kosten für die Flüchtlingsunterbringung übernehmen.
- 1310 Bundsmittel für die kommunale Flüchtlingsversorgung sind vollständig an die Kommunen
- 1311 weiterzuleiten.
- 1312 • **Asylsuchende mit geringer Bleibeperspektive** sollen nicht auf die Kommunen verteilt werden.
- 1313 Stattdessen soll in **beschleunigten Verfahren** bereits in den Landeseinrichtungen geklärt werden,
- 1314 ob sie bleiben können oder nicht.
- 1315 • Wir setzen uns für die Aufstellung, Weiterentwicklung und nachhaltige Finanzierung **kommunaler**
- 1316 **Integrationspläne** ein. Denn der Erfolg von Integration entscheidet sich vor Ort in den Kommunen.
- 1317 • Wir wollen, dass das Land **Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren in den Kommunen**
- 1318 finanziert. Bürgerinnen und Bürger, die vor Ort helfen wollen, müssen eine feste Ansprechperson
- 1319 haben. Die bisherigen Stellen bei den Kommunalen Integrationszentren reichen dafür nicht aus.
- 1320 • Unsere Schulen und Kindergärten spielen die Hauptrollen, um junge Flüchtlinge von Anfang an zu

- 1321 integrieren und ihnen schnellstmöglich Grundlagen unseres Zusammenlebens und Sprachkennt-
 1322 nisse zu vermitteln. **Für diese Aufgabe brauchen sie zusätzliche Lehrkräfte und Erzieherinnen und**
 1323 **Erzieher.**
- 1324 • Wir setzen uns für eine **Schulpflicht für Flüchtlinge ohne Berufsausbildung** unter 25 Jahren ein,
 1325 um ihre dauerhafte Integration in unseren Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Denn eine abgeschlos-
 1326 sene Berufsausbildung ist die Grundlage für Zukunftschancen und ein eigenständiges Leben ohne
 1327 staatliche Transferleistungen. Fehlt die für eine Berufsausbildung notwendige Schulbildung, muss
 1328 diese nachgeholt werden.
 - 1329 • Zur gesellschaftlichen Integration wollen wir auch **Kultur- und Sportangebote** ausbauen.
 - 1330 • **Wer bei uns arbeiten möchte und seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, soll nicht daran ge-**
 1331 **hindert werden.** Das Arbeitsverbot für Asylsuchende und die bürokratische Vorrangprüfung wol-
 1332 len wir deshalb aufheben und die Zeitarbeit für Flüchtlinge voll öffnen. Bereits in Erstaufnahme-
 1333 einrichtungen soll eine Überprüfung vorhandener Qualifikationen und notwendiger Qualifizie-
 1334 rungsbedarfe durchgeführt werden, um – dort wo möglich – eine schnelle und zielgerichtete In-
 1335 tegration in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Die Integration von Flüchtlingen muss auch mit
 1336 einer pragmatischen Haltung zu Bildungsabschlüssen erfolgen. Anstelle von Ausbildungswiederho-
 1337 lungen sind Wissensstandüberprüfungen notwendig.
 - 1338 • **Wir brauchen vor Ort „Bündnisse für Integration in Arbeit“**, um Unternehmen, Kommunen und
 1339 Flüchtlingshilfe vor Ort so zu vernetzen, dass möglichst schnell Flüchtlinge in Arbeit vermittelt wer-
 1340 den können. Das Land muss hier mit eigenen Stellen diese lokalen Bündnisse sicherstellen.
 - 1341 • Ein Hauptaugenmerk wollen wir auf die **Integration von Frauen in Arbeit** legen, um deren gleich-
 1342 berechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft langfristig zu gewährleisten, tradierte Rollenbilder zu
 1343 überwinden und Hartz-IV-Karrieren vorzubeugen.
 - 1344 • Die **Werte- und Rechtsordnung unseres liberalen Grundgesetzes ist nicht verhandelbar.** Das gilt
 1345 für jeden Menschen, der zu uns kommt, genauso wie für jeden, der schon jetzt hier lebt. Die kon-
 1346 sequente Vermittlung der Werte, die unsere Gesellschaft prägen, ist das Fundament einer gelun-
 1347 genen Integration. Sie muss von Anfang an erfolgen.
 - 1348 • Gerade unter allein reisenden Männern insbesondere aus Nordafrika gibt es eine relevante Zahl
 1349 von Kriminellen, die schon seit mehreren Jahren zu einer erheblichen gesellschaftlichen Belastung
 1350 geworden sind. Auch eigene Landsleute aus dem Maghreb beklagen Belästigungen durch diese
 1351 Gruppe. Hier müssen von Bund und Land endlich **Voraussetzungen für schnelle Abschiebungen**
 1352 geschaffen werden, um die Akzeptanz für Flüchtlinge in der Gesellschaft nicht zu gefährden.
 - 1353 • **Rechtsextreme und Populisten versuchen, Ängste und Sorgen in der Bevölkerung zu schüren, um**
 1354 **daraus politisches Kapital zu schlagen.** Wir verteidigen die offene Gesellschaft und mit ihr alle, die
 1355 vor Krieg und Verfolgung zu uns geflohen sind.

1356

1357 Pluralismus und Medien

1358

1359 **Wir setzen uns für eine freie und vielfältige Presse- und Medienlandschaft ein.** Ohne sie wäre ein
 1360 demokratisches Gemeinwesen nicht denkbar. Freie Medien sind die Voraussetzung dafür, dass die
 1361 Bürgerinnen und Bürger am Meinungsbildungsprozess teilhaben und sich über gesellschaftliche Ent-
 1362 wicklungen informieren können.

1363

1364 Wir wollen privates Engagement und Refinanzierungsmöglichkeiten von Presse- und Medienangebo-
 1365 ten stärken. Dazu gehört auch, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Beitrag zur Medienviel-
 1366 falt leistet. Er soll dabei allerdings private Angebote und die Entwicklung neuer Medienformen nicht
 1367 durch übermäßige beitragsfinanzierte Konkurrenz abwürgen.

1368

- 1369 • Wir wollen, dass **journalistische Arbeit** als Kernbestandteil der Pressefreiheit als **gemeinnützig** an-
 1370 erkannt werden kann. Dadurch könnten etwa Recherche-teams oder lokalen Presseangeboten, die
 1371 wie bei anderen gemeinnützigen Tätigkeiten ohne die Absicht zur Gewinnerzielung arbeiten, neue
 1372 Finanzierungsmöglichkeiten eröffnet werden. Das würde auch Anreize dafür schaffen, privates En-
 1373 gagement für journalistische Arbeit sowie für die Pressefreiheit und -vielfalt zu aktivieren.

- 1374 • Die Rahmenbedingungen für den **öffentlich-rechtlichen Rundfunk** müssen so gestaltet werden,
 1375 dass dieser sich auf seine **Kernaufgaben konzentriert**. Angebote aus den Bereichen Information,
 1376 Bildung und Kultur müssen gestärkt werden, Unterhaltungssendungen sollen im Gegenzug redu-
 1377 ziert werden. Vorhandene Programmbudgets sollen für Dokumentationen oder andere Auftrags-
 1378 produktionen anstatt für teure Sportrechte eingesetzt werden. Die öffentlich-rechtliche Preistrei-
 1379 berei bei Sportrechten muss beendet werden.
- 1380 • Eine ungebremschte Ausdehnung in den Online-Bereich, die sogar eine vielfaltgefährdende Wirkung
 1381 auf freie Presse- und Medienangebote haben kann, muss verhindert werden. Eine Konzentration
 1382 auf den Kernauftrag und eine aufgabenkritische Überprüfung der Strukturen der öffentlich-recht-
 1383 lichen Rundfunkanstalten sollte sich außerdem **dämpfend auf die Beitragshöhe** auswirken.
- 1384 • Wir wollen das **Finanzierungssystem** des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unbürokratischer und
 1385 gerechter gestalten. Dafür wollen wir zum Beispiel unfaire Doppelbelastungen im Rahmen der
 1386 Haushalts- und Betriebsstättenabgabe abschaffen.
- 1387 • Wir wollen das **Landesmediengesetz NRW reformieren**. Es muss die digitale Entwicklung stärker
 1388 abbilden. Dazu müssen bürokratische Fesseln aus dem analogen Zeitalter gelöst und Zukunfts- und
 1389 Entwicklungschancen für Presse, Medien und private Sender eröffnet werden. Der politischen Ein-
 1390 flussnahme auf die Besetzung der Leitung oder der Medienkommission der Landesmedienanstalt
 1391 wollen wir einen Riegel verschieben.
- 1392 • Wir wollen eine **einheitliche, unabhängige und professionelle Medienaufsicht** schaffen. Den Ein-
 1393 fluss der Politik – insbesondere von Regierungsvertretern – in Aufsichtsgremien des Rundfunks
 1394 wollen wir dabei zurückdrängen.
 1395

1396 Staat und Religion

1397 Die FDP-NRW strebt eine Gesellschaft an, in der Menschen verschiedener Religionen und Weltan-
 1398 schauungen gleichberechtigt miteinander leben. Für uns ist es selbstverständlich, dass jedermann ein
 1399 Anrecht auf positive und negative Religionsfreiheit hat und dies von allen Teilen der Gesellschaft res-
 1400 pektiert wird. Wir wollen einen Staat, der Religion und Religionsgemeinschaften weder privilegiert,
 1401 noch benachteiligt. Unser Ziel ist der weltanschaulich neutrale Staat.
 1402
 1403
 1404

1405 Wir wollen ein NRW, das Selbstbestimmung in allen Lebenslagen er- 1406 möglicht

1407 1408 Sicherheit

1409 **Wir wollen, dass die Menschen selbstbestimmt in Freiheit und ohne Angst leben können.** Dafür brau-
 1410 chen wir einen Rechtsstaat in guter Verfassung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf ver-
 1411 lassen können, dass der Rechtsstaat überall gilt, sich zu verteidigen weiß und in jedem Winkel unseres
 1412 Landes auch durchgesetzt wird.
 1413
 1414

1415 Ob Einbruchskriminalität, organisierte Kriminalität, gewalttätige Clanstrukturen, politischer Extremis-
 1416 mus oder terroristische Bedrohungen: Die Probleme haben in den letztem Jahren beständig zugenom-
 1417 men, einzelne Brennpunkte haben sich zu No-Go-Areas entwickelt, in denen sich die Bürger als auch
 1418 Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst nicht mehr ohne erhöhte Gefahren bewegen
 1419 können. Das darf so nicht bleiben. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen wieder sicher leben
 1420 können und Kriminalität wirkungsvoll bekämpft wird.
 1421

- 1422 • **Die Polizei braucht endlich mehr Personal**, damit sie ihre **Präsenz vor Ort verstärken** kann und
 1423 ihre Einsatzreaktionszeit verbessert wird. Wir wollen eine Bereitschaftspolizei, die verstärkt vor
 1424 Ort im Rahmen von Schwerpunkteinsätzen für Sicherheit sorgt und gegen Straftaten konsequent
 1425 einschreitet.

- 1426 • Den **beruflichen Einstieg bei der Polizei** wollen wir zukünftig auch wieder Realschülerinnen und
1427 Realschülern ermöglichen. Dabei wollen wir die zweigeteilte Laufbahn erhalten und den Beamtin-
1428 nen und Beamten einen späteren Aufstieg in den gehobenen Dienst ermöglichen.
- 1429 • Qualifizierte **Ermittlerinnen und Ermittler müssen sich auf ihre wichtige Ermittlungsarbeit kon-**
1430 **zentrieren können** und sind insoweit von administrativen und banalen Tätigkeiten wie Asserva-
1431 tengängen, Schreib- und Kopierarbeiten sowie rein technischer Datenverarbeitung insbesondere
1432 durch ausreichend Assistenzkräfte freizuhalten.
- 1433 • Neben der Entlastung von Verwaltungsarbeit und nachrangigen Aufgaben ist eine umfassende
1434 **Aufgabenkritik** erforderlich, um kurzfristig dringend notwendige Ermittlungskapazitäten für die
1435 Polizei zu schaffen. Der Schutz von Leib, Leben und Eigentum der Bürger hat immer Vorrang. Es ist
1436 daher zu prüfen, ob die Polizei durch die durch die tatsächliche primäre Aufgabenwahrnehmung
1437 der originär zuständigen Ordnungsbehörden und **Verlagerung der Zuständigkeit** bei Ruhestörungen,
1438 bei der Begleitung von Schwertransporten und des Objektschutzes auf andere Behörden wei-
1439 ter entlastet werden kann und ob es überhaupt einer Erledigung der Aufgaben durch den Staat
1440 bedarf.
- 1441 • Für eine effizientere und effektivere Polizeiarbeit müssen die verfügbaren technischen Möglich-
1442 keiten besser eingesetzt und genutzt werden. Der flächendeckende Einsatz von mobile Devices
1443 (**Smartphones und Tablets**) in den Streifenwagen gewährleistet u. a. einen schnelleren Abgleich
1444 mit Fahndungslisten und -fotos bei Kontrollen oder im Rahmen von erkennungsdienstlichen Maß-
1445 nahmen. Die ausschließliche Arbeit mit Stift und Block vor Ort und späteres Abtippen auf der Wa-
1446 che müssen der Vergangenheit angehören.
- 1447 • Neben einer zeitgemäßen technischen Ausstattung benötigt unsere Polizei auch Einsatzmittel, die
1448 der hochkomplexen Einsatzpraxis Rechnung tragen. Oftmals müssen Polizisten in gefährlichen Si-
1449 tuationen innerhalb von Sekundenbruchteilen über das zweck- und verhältnismäßige Handeln ent-
1450 scheiden. Wir befürworten daher die **Erprobung von Distanzelektroimpulsgeräten**. Diese könnten
1451 als Einsatzmittel die taktische Lücke zwischen Pfefferspray und Schusswaffe schließen.
- 1452 • Geschwindigkeitskontrollen zur Verkehrsunfallbekämpfung müssen nachvollziehbar und nachhal-
1453 tig an Unfallschwerpunkten erfolgen. **Öffentlichkeitswirksame Symbolaktionen mit enormer Per-**
1454 **sonalbindung wie etwa Blitz-Marathons lehnen wir ab.**
- 1455 • Wir sind der Meinung, dass **Polizeibeamtinnen und -beamten mehr Respekt, Wertschätzung und**
1456 **Schutz gebührt**. Wer für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgt, der muss auch selbst
1457 geschützt werden. Beleidigungen und Angriffe sind konsequent und schnell zu verfolgen.
- 1458 • Wir wollen allen Polizistinnen und Polizisten ermöglichen, sich mit ihren Anliegen und ihrer Kritik
1459 zukünftig an eine/n **Polizeibeauftrage/n** wenden zu können. Diese/r soll die Belange der Beamtin-
1460 nen und Beamten gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit unabhängig in Form einer Om-
1461 budsperson vertreten.
- 1462 • **Wir wollen die Justiz stärken und handlungsfähiger machen.** Die Strafe soll der Tat auf dem Fuße
1463 folgen. Um die Voraussetzungen für eine zeitnahe Verurteilung von Straftäterinnen und Straftä-
1464 tern zu schaffen, sind die **überlasteten Straferichte und Staatsanwaltschaften umfassend zu ver-**
1465 **stärken**. Gesetzlich vorgesehene Rechtsinstrumente wie das besonders beschleunigte Verfahren
1466 müssen flächendeckend im Land durchgeführt werden können. Dafür müssen in jeder Kreispoli-
1467 zeibehörde und jedem Gerichtsbezirk die entsprechenden organisatorischen und personellen Vo-
1468 raussetzungen geschaffen werden.
- 1469 • Die **Zusammenarbeit von Polizei und Justiz muss verbessert werden**, etwa mit regelmäßigen Si-
1470 cherheitskonferenzen vor Ort. Auch gegen jugendliche Intensivtäter darf der Staat in seinen Be-
1471 mühungen nicht nachlassen. Den Druck für die Durchsetzung der Schulpflicht und Ausbildungsbe-
1472 mühungen gilt es hochzuhalten. Häuser des Jugendrechts mit spezialisierten Staatsanwälten sind
1473 endlich an allen Brennpunkten mit jugendlichen Intensivtätern bzw. Banden- oder Clanstrukturen
1474 einzurichten. Zudem sind die Auslastung und der Zeitraum zwischen Verurteilung und Ladung zum
1475 Arrestantritt bei den Jugendarrestanstalten spürbar zu optimieren.
- 1476 • „**Therapie statt Strafe**“ soll das Leitprinzip für aufgrund ihrer Sucht straffällig gewordene Personen
1477 sein. Deshalb muss in NRW sichergestellt sein, dass ausreichend Therapieplätze zur Verfügung ste-
1478 hen.

- 1479
- 1480
- 1481
- 1482
- 1483
- 1484
- 1485
- 1486
- 1487
- 1488
- 1489
- 1490
- 1491
- 1492
- 1493
- 1494
- 1495
- 1496
- 1497
- 1498
- 1499
- 1500
- 1501
- 1502
- 1503
- 1504
- 1505
- 1506
- 1507
- 1508
- 1509
- 1510
- 1511
- 1512
- 1513
- 1514
- 1515
- 1516
- 1517
- 1518
- 1519
- 1520
- 1521
- 1522
- 1523
- 1524
- 1525
- 1526
- 1527
- 1528
- 1529
- 1530
- 1531
- **Das Gewaltmonopol liegt allein beim Staat.** Rechtsfreie Räume, No-Go-Areas, Kriminalitätsbrennpunkte in Großstädten, Rocker-Clubs, Verbrecher-Clans und sonstige organisierte und bandenmäßige Kriminalität müssen durch Schwerpunktstaatsanwaltschaften, Sonderdezernate und personalstarke Ermittlungsgruppen konsequent ausgetrocknet werden.
 - **Wir wollen die Einbruchs- und Straßenkriminalität wirksam stoppen.** Dazu soll die Polizei wirksame Bekämpfungsstrategien einsetzen. Ziel muss sein, die Anreise- und Fluchtwege abzuschneiden, Unterschlüpfe und konspirative Wohnungen auszuheben, Tatmuster und Bandenstrukturen systematisch aufzudecken sowie Vertriebskanäle auszutrocknen. Mit einem Sofortprogramm durch Sachfahndung sollen entscheidende Teile der Beute wiedererlangt werden. Dazu braucht es Schwerpunktkontrollen, eine spürbare Kontrolldichte und gezielte Fahndung. Wir setzen uns daher für schlagkräftige Einsatztrupps vor Ort und bei der Autobahnpolizei, personalstarke Ermittlungskommissionen und auf systematische Sachfahndung nach Beute spezialisierte Ermittlerinnen und Ermittler ein.
 - **Wir wollen die Sicherheit in Bussen und Bahnen verbessern.** Obwohl Fahrgäste, Kontrolleurinnen und Kontrolleure sowie Fahrerinnen und Fahrer immer öfter Opfer von Gewaltübergriffen und Diebstählen werden, besteht hier faktisch ein polizeifreier Raum. Die Bundespolizei ist nur für DB-Regionalverkehr und S-Bahnen zuständig. Doch auch in U- und Straßenbahnen sowie in Bussen und an Haltestellen brauchen wir ausreichende Sicherheit durch polizeiliche Sichtbarkeit. Daher gilt es, die Landespolizei in die Lage zu versetzen, auch hier eine wirksame Präsenz zu gewährleisten.
 - **Fußball vor Gewalt schützen, Prävention stärken, Strafverfahren beschleunigen:** Sportereignisse werden immer wieder durch Ausschreitungen weniger gewalttätiger Fans überschattet. Dabei droht der Sport insgesamt in Verruf zu geraten. Deshalb fordern wir ein erfolversprechendes Konzept gegen Gewalt insbesondere im Umfeld von Fußballspielen.
 - **Polizeibekannte Chaotinnen und Chaoten müssen** durch die konsequente Verhängung und Durchsetzung von Meldeauflagen **vom Stadion ferngehalten werden.** Wir sehen im regelmäßigen Dialog zwischen Polizei, Fans und Vereinen das Fundament für friedliche Fußballereignisse. Dabei kommt es auf die richtige Mischung aus Prävention, Kommunikation und Sanktion an.
 - **Videoüberwachung** nach den engen Voraussetzungen des Polizeirechts zur Lageüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten bzw. Gefahrenpunkten soll nur dort genutzt werden, wo Polizeikräfte auch unverzüglich eingreifen können.
 - **Die Keimzellen des Terrorismus müssen trockengelegt werden.** Das Anwachsen einer offen mit dem islamistischen Terrorismus sympathisierenden Szene darf nicht länger hingenommen werden. Werbung für Salafismus und Dschihad in der Öffentlichkeit muss unterbunden werden. Vereinsverbote sind verstärkt anzuwenden, sofern Dschihadisten Organisationsstrukturen aufgebaut haben. Dabei ist auch gegen bloße Tarnvereine vorzugehen, die sich formal etwa als Koranverteiler oder Flüchtlingshilfeorganisationen bezeichnen, in Wirklichkeit aber Kämpfer und Geldmittel für den IS rekrutieren bzw. sammeln.
 - In einzelnen, oft in Hinterhöfen gelegenen autonomen Moscheen werben Hassprediger für den radikalen Islamismus und hetzen gegen Andersgläubige und vermeintlich nicht rechtgläubige Muslimes und Muslime. Auch hier müssen Polizei, Staats- und Verfassungsschutz personell und materiell in die Lage versetzt werden, **konsequent wegen Volksverhetzung** und vergleichbarer Delikte zu ermitteln. Einrichtungen, in denen zu Straftaten aufgerufen wird, müssen geschlossen werden.
 - **Auch gegen den politischen Extremismus und Rassismus muss konsequent vorgegangen werden.** Rechtsextremisten nutzen die derzeitige Debatte über Flüchtlingspolitik, um mit gezielter Agitation gegen Geflüchtete Geländegewinne zu erzielen. Dabei machen sie auch vor konkreten Anschlügen nicht halt.
 - Die erheblich gestiegene Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte ist auch Resultat eines radikalen Meinungsklimas in den Sozialen Netzwerken, wo zum Teil offen zu Gewalt aufgerufen wird. Darum muss diese **Hetze im Netz beobachtet und strafrechtlich verfolgt werden.**
 - Phänomene wie „Pegida“ und „Hogesa“, die mit der Angst vor Fremden eine Brücke von organisierten Rechtsextremistinnen und -extremisten zu unpolitischen Bevölkerungsteilen herstellen, müssen vom **Verfassungsschutz** überwacht werden.

- 1532 • Bei der notwendigen Verfolgung rassistischer und rechtsextremer Straftaten darf der Staat umge-
 1533 kehrt **keine Milde gegenüber linksextremistischen Straftaten** walten lassen. Es ist nicht hinnehm-
 1534 bar, wenn etwa im Hambacher Forst neben Sachbeschädigungen auch Menschen von Linksradika-
 1535 len gezielt angegriffen werden. Auch bei linksextremistischen Krawallen muss die Polizei das Ge-
 1536 waltmonopol des Staates jederzeit durchsetzen.
- 1537 • Wir brauchen eine **lückenlose Überwachung von Gefährderinnen und Gefährdern**, die aus den
 1538 Bürgerkriegsgebieten im Nahen Osten zurückkehren. Die Kapazitäten des Verfassungsschutzes zur
 1539 frühzeitigen Erkennung potenzieller islamistischer Gewalttäterinnen und Gewalttäter, die hier auf-
 1540 gewachsen oder zugereist sind, müssen ausgeweitet werden.

1541

1542 **Bürgerrechte und Datenschutz**

1543

1544 **Wir wollen Bürgerrechte verteidigen und den Schutz personenbezogener Daten gewährleisten.** Pri-
 1545 vatheit gehört für uns zum Kern persönlicher Freiheit. Wegen der terroristischen Bedrohungen und
 1546 den Gefahren, die vom Terrorismus ausgehen, müssen wir effektive und gezielte Sicherheitsvorkeh-
 1547 rungen treffen. Gerade deshalb brauchen wir im gleichen Maße aber auch einen wirksamen Schutz
 1548 unserer individuellen Bürgerrechte. Sicherheitsstreben darf die Freiheit und Privatheit jedes Einzelnen
 1549 nicht über Gebühr beschränken. Wir wollen verhindern, dass überzogene Befugnisse der Sicherheits-
 1550 behörden und zu geringe Datenschutzstandards uns alle zu gläsernen Bürgern machen.

1551

- 1552 • Reflexartige Forderungen nach immer mehr Überwachung der Bürgerinnen und Bürger sowie
 1553 neuen und immer schärferen Eingriffsbefugnissen für die Sicherheitsbehörden lehnen wir ab. Wir
 1554 stehen für eine moderne **Sicherheitsarchitektur mit Augenmaß**. Die Beseitigung von Vollzugsde-
 1555 fiziten, die Ausschöpfung der schon vorhandenen umfangreichen Befugnisse und die Anwendung
 1556 des Rechtsrahmens ziehen wir einem ungezügeltten Gesetzesaktionismus klar vor.

- 1557 • Mit der von den Freien Demokraten eingereichten **Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen**
 1558 **eine anlasslose Überwachung durch die Vorratsdatenspeicherung** wollen wir verhindern, dass die
 1559 Bürgerinnen und Bürger gläsern gemacht werden. Denn durch die erfassten Standort- und Ver-
 1560 kehrsdaten werden hochsensible private Daten wie Bewegungsprofile oder persönliche Kontakte
 1561 permanent aufgezeichnet. Selbst vertrauliche Kontakte zu Berufsgeheimnisträgerinnen und -trä-
 1562 gern aus der Ärzteschaft, Anwaltschaft, Journalismus oder Seelsorge und die Inhalte von SMS wer-
 1563 den erfasst.

- 1564 • Zur Stärkung der Freiheitsrechte jedes einzelnen und zur Beseitigung von Rechtsschutzlücken
 1565 möchten wir die **Individualverfassungsbeschwerde auch auf Landesebene** einführen. Damit stel-
 1566 len wir Symmetrie zwischen der inhaltlichen und der prozessualen Gewährleistung der Landes-
 1567 grundrechte her. Jeder soll zum Akteur werden können, um das für den Schutz unserer Grund-
 1568 rechte zuständige Verfassungsorgan auf Landesebene anzurufen. Außerdem stärken wir die Rolle
 1569 des Landes Nordrhein-Westfalen im föderalen Gesamtstaat: Landesgesetze haben typischerweise
 1570 regionalen, nicht aber bundesweiten Bezug.

- 1571 • Unsere Daten wie etwa Bewegungsspuren unserer Smartphones oder Kommunikations- und Ge-
 1572 schäftsdaten sind für Unternehmen ebenso begehrenswert wie für Kriminelle. **Wir wollen, dass**
 1573 **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Kundinnen und Kunden, insbesondere Kinder und**
 1574 **Jugendliche, letztendlich alle Bürgerinnen und Bürger besser vor Datenmissbrauch geschützt**
 1575 **werden.** In erster Linie brauchen wir dazu breite Aufklärung, gute Prävention und wirksame
 1576 Schutzmaßnahmen für einen sensiblen Umgang mit Daten. Außerdem geht es darum, Transparenz
 1577 zu schaffen und dort, wo es schon ein tatsächlich gewährleistet hohes Datenschutzniveau gibt,
 1578 dieses auch für die Kundinnen und Kunden erkennbar zu machen. Die Medienkompetenz der Bür-
 1579 gerinnen und Bürger wollen wir weiter stärken.

- 1580 • So wie die Digitalisierung alle Lebensbereiche erfasst, muss auch der Schutz unserer Daten einen
 1581 höheren Stellenwert in allen Belangen erhalten. Das gilt insbesondere auch in der Erziehung und
 1582 der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Neben dem Elternhaus müssen Schule
 1583 und außerschulische Jugendarbeit stärker die **Medienkompetenz und einen kompetenten Um-**
 1584 **gang mit persönlichen Daten** von Kindern und Jugendlichen fördern.

- 1585 • **Bildliche Persönlichkeitsrechtsverletzungen** werden per Knopfdruck blitzschnell weiter verbreitet. Zu einem guten Schutzniveau gehört, dass alle Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung in eigener Verantwortung wahrnehmen können. Wer personenbezogene Daten und Bilder über sich aus dem Internet löschen möchte, muss das auch können. Dazu wollen wir dem „**Recht auf Vergessen**“ zur praktischen Wirksamkeit verhelfen.
- 1586
- 1587
- 1588
- 1589
- 1590 • **Das Recht muss auch im Internet durchgesetzt werden.** NRW braucht spezialisierte Internetermittlerinnen und -ermittler, die im Netz präsent sind und Straftaten wie Diebstahl und Nutzung fremder Daten gezielt aufdecken. Hierzu wollen wir flächendeckend **Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Internetkriminalität** aufbauen. Diese könnten beispielsweise an Staatsanwaltschaften angegliedert werden, die bereits im Schwerpunkt Wirtschaftskriminalität verfolgen.
- 1591
- 1592
- 1593
- 1594
- 1595 • Gerade unsere mittelständische Wirtschaft muss vor **virtuellen Angriffen auf Geschäftsgeheimnisse** und Unternehmenswerte wirksam durch fachliche Beratung und Unterstützung geschützt werden. Dazu schlagen wir unter anderem vor, ein **NRW-Datenschutzsiegel** für Unternehmen einzuführen, die vorbildlich bei Datenschutz und Datensicherheit sind.
- 1596
- 1597
- 1598
- 1599 • Wirtschaft, Behörden und die/der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit müssen gemeinsam Wege und Kooperationen zur **Verbesserung der Datenschutzstandards in Unternehmen** erreichen. Auf regelmäßigen NRW-Landesdatenschutzkonferenzen müssen diese fortentwickelt werden.
- 1600
- 1601
- 1602
- 1603 • Die/der Datenschutzbeauftragte muss zugleich als **Anlauf- und Servicestelle** für alle Fragen und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen aufgebaut und gestärkt werden. Effektiver Datenschutz gelingt nicht durch Kontrolle „von oben“, sondern durch Hinweise der Betroffenen.
- 1604
- 1605
- 1606
- 1607 • **Alkoholverbote in der Öffentlichkeit** lehnen wir ebenso entschieden ab wie Verkaufsverbote von Alkohol in bestimmten Zeiten und Sperrstunden für Gaststätten. Das Rauchverbot in Gaststätten soll ebenfalls gelockert werden. Wir wollen die Verschärfungen, die von der rot-grünen Landesregierung eingeführt wurden, wieder zurücknehmen. Grundsätzlich soll es demnach der Entscheidung des Gastwirts obliegen, ob in Gaststätten geraucht werden darf, solange in Gaststätten mit Bewirtung auch ein rauchfreier Speiseraum vorgehalten wird.
- 1608
- 1609
- 1610
- 1611
- 1612
- 1613 • Die im Rahmen der Feiertagsgesetzgebung während sogenannter „stiller Feiertage“ verhängten Einschränkungen unter dem Oberbegriff des „Tanzverbots“ wollen wir deutlich lockern. In einem ersten Schritt sollen Tanzverbote nur noch für die Tage existieren, an denen bundeseinheitlich in allen Bundesländern Tanzverbote bestehen, dies betrifft den Karfreitag, den Volkstrauertag und den Totensonntag. Dabei soll die auch heute schon geübte Praxis weiterverfolgt werden, dass Tanzveranstaltungen auch an diesen Tagen toleriert werden, solange sie nicht zu erheblichen Ruhestörungen führen. In einem zweiten Schritt sollen generelle Tanzverbote durch individuelle Lärmschutzwerte an stillen Feiertagen ersetzt werden, bei deren Überschreitung behördlich eingegriffen werden kann, um die Ruhe der stillen Feiertage zu bewahren.
- 1614
- 1615
- 1616
- 1617
- 1618
- 1619
- 1620
- 1621
- 1622

1623 Familie

1624

1625 **Familien bilden das Fundament unserer Gesellschaft.** Eine glückliche Partnerschaft und Selbstbestimmung im Zusammenleben als Familie ist für die überwiegende Zahl der Menschen Keim für ein freies und glückliches Leben. Familie bedeutet für Freie Demokraten nicht nur die Lebensgemeinschaft von leiblichen Elternpaaren mit ihren Kindern. Daneben leben heute beispielsweise auch Alleinerziehende, Patchwork-Familien oder gleichgeschlechtliche Paare mit und ohne Kinder als Familie zusammen. Und auch Menschen ohne verwandtschaftliche oder geschlechtliche Beziehung zueinander bilden Gemeinschaften, die auf Dauer angelegt sein können. In all diesen Formen nehmen Menschen aus freier Entscheidung Verantwortung füreinander wahr und bilden somit Verantwortungsgemeinschaften. Diese wollen wir fördern.

1626

1627

1628

1629

1630

1631

1632

1633

1634

1635 Wir Freien Demokraten sind außerdem überzeugt, dass glückliche Familien der beste Nährboden für das Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen zu mündigen und selbständigen Personen sind. Die Politik kann das Familienglück nicht diktieren, Familien aber bei der eigenen Entfaltung unterstützen.

1636

1637

- 1638 Neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedeutet dies Hilfe bei der Familiengründung und der
 1639 Bildung der Kinder.
 1640
- 1641 • Wir wollen ein neues **Rechtsinstitut** für Menschen ohne Liebesbeziehung einführen, die eingetra-
 1642 gene **Verantwortungsgemeinschaft**. Die Verantwortungsgemeinschaft kann zwischen volljährigen
 1643 Erwachsenen geschlossen werden. Viele von ihnen wollen sich beispielsweise im Alter die Unab-
 1644 hängigkeit von Pflegeeinrichtungen möglichst lange erhalten oder einfach das Leben gemeinsam
 1645 meistern. Daneben halten wir an unserer Forderung fest, die **Ehe für homosexuellen Paare zu öff-
 1646 nen und diese somit in vollem Umfang gleichzustellen**.
 - 1647 • Das Namensrecht in Deutschland ist nicht zeitgemäß. Sofern keine Namensketten entstehen, wol-
 1648 len wir, dass alle Mitglieder einer Familie die Möglichkeit haben, den gleichen Namen zu tragen,
 1649 auch wenn es etwa ein Doppelname ist. Niemand soll sich gezwungen sehen, seinen eigenen Na-
 1650 men aufzugeben. Gleichzeitig wollen viele zugewanderte Menschen ihre Integration in die Gesell-
 1651 schaft durch eine Namensänderung verfestigen. Auch das wollen wir ermöglichen. Deshalb wollen
 1652 wir eine **Liberalisierung des Namensrechts**.
 - 1653 • Zum Schutze von Kindern und Jugendlichen sollen in Deutschland Ehen und Verantwortungsgemein-
 1654 schaften ausnahmslos erst ab 18 Jahren geschlossen werden dürfen. Im Ausland geschlossene
 1655 Ehen dürfen nur dann anerkannt werden, wenn sie zwischen nach deutschem Recht Volljährigen
 1656 geschlossen wurden oder aber mit Blick auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Ausprägung
 1657 des Rechtsstaatsprinzips eine besondere Ausnahmegestaltung vorliegt, die im Einzelfall die Aner-
 1658 kennung einer Ehe unter Beteiligung einer nicht-volljährigen Person gebietet.
 - 1659 • Ehen können scheitern. Doch von Kindern darf nicht erwartet werden, sich zwischen ihren Eltern
 1660 entscheiden zu müssen. Wir fordern eine stärkere Berücksichtigung der Betreuungspflicht für
 1661 beide Elternteile. **Kinder sollen einen Anspruch darauf haben, auch im Trennungsfall mit beiden
 1662 Eltern zu leben**, idealerweise im regelmäßigen Wechsel (Doppelresidenz/Wechselmodell).
 - 1663 • Jugendliche ab 16 Jahren sollen selbst **Anspruchsberechtigte des Kindergeldes** sein, sofern sie
 1664 einen eigenen Haushalt führen.
 - 1665 • Wir wollen die Selbstbestimmung bei der Fortpflanzung stärken, indem wir den **Zugang zur Repro-
 1666 duktionsmedizin für Frauen mit unerfülltem Kinderwunsch erleichtern**. Wir wollen zur Entlastung
 1667 bei den Behandlungskosten die Teilnahme am Förderprogramm des Bundes ermöglichen, indem
 1668 wir die erforderliche Landesbeteiligung auf den Weg bringen. Wir wollen den Zugang zu Verfahren
 1669 der künstlichen Befruchtung auch gleichgeschlechtlichen und unverheirateten Paaren sowie allein-
 1670 erziehenden Frauen eröffnen. Langfristig sollen die Krankenkassen dabei wieder die Kosten für die
 1671 ersten drei Versuche vollständig übernehmen. Zudem wollen wir die Eizellspende und die Leih-
 1672 mutterschaft unter definierten Voraussetzungen zulassen. Dazu zählen die Einwilligung der betei-
 1673 ligten Frauen, eine umfassende Aufklärung und Beratung und der Ausschluss kommerzieller Inte-
 1674 ressen.
 - 1675 • Auch **Menschen mit Behinderung haben oft einen Kinderwunsch**. Hier wollen wir eine intensive
 1676 Beratung und Unterstützung gewährleisten. Berechtigte Sorgen müssen ebenso ernstgenommen
 1677 werden wie der Wunsch nach einem selbstbestimmten Familienleben. Das frühzeitige und pau-
 1678 schale Anraten einer Sterilisierung insbesondere durch Ärztinnen und Ärzte an die Eltern minder-
 1679 jähriger Kinder lehnen wir ab.
 - 1680 • werdende Eltern sollen weiterhin die Möglichkeit haben, über die Art und Weise der Geburt frei
 1681 und selbstbestimmt zu entscheiden. Das Land muss daher mit einer Bundesratsinitiative dafür
 1682 Sorge tragen, dass sich die **Rahmenbedingungen für freiberuflich tätige Hebammen verbessern**.
 1683 Das gilt insbesondere für ihre versicherungsrechtliche Lage.
 1684

1685 **Gesundheit**

- 1686
- 1687 **Gesundheit ist ein großes Glück. Wir wollen, dass Gesundheit aber nicht nur vom Glück abhängt.**
 1688 NRW braucht auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Gesundheitsversor-
 1689 gung für alle Menschen – auch im ländlichen Raum. Dazu gehören ausreichend Arztpraxen, Kranken-

1690 häuser, Pflegeeinrichtungen und andere Anbieter von Gesundheitsleistungen, die alle zur medizini-
1691 schen Versorgung der Bevölkerung beitragen. Der demografische Wandel stellt diese Versorgung je-
1692 doch vor neue Herausforderungen. Eine zunehmende Zahl chronisch kranker Patientinnen und Patien-
1693 ten sowie der medizinisch-technische Fortschritt werden die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen
1694 deutlich steigen lassen. Darauf muss das Land reagieren.

1695

1696 • Wir wollen eine **wohntnahe ambulante Patientenversorgung** in allen Regionen des Landes si-
1697 cherstellen. Deshalb wollen wir dem drohenden Ärztemangel insbesondere im ländlichen Raum
1698 begegnen und dabei die zentrale Rolle der hausärztlichen Versorgung stärken. Dazu wollen wir die
1699 Landesförderung für die Niederlassung in Gemeinden mit der Gefahr von Versorgungslücken fort-
1700 setzen. Zudem wollen wir bürokratische Belastungen für niedergelassene Haus- und Fachärztinnen
1701 und -ärzte reduzieren, damit mehr Zeit für die Patientenversorgung zur Verfügung steht.

1702 • Wir wollen die **freie Arztwahl erhalten**, damit die Betreuung der Patientinnen und Patienten vor
1703 Ort durch die vertraute Person gesichert bleibt. Bürokratische Terminservicestellen mit der Zuwei-
1704 sung von Patientinnen und Patienten an beliebige Facharztpraxen sollen abgeschafft werden. Der
1705 zwangsweise Kauf von Arztpraxen durch die Kassenärztlichen Vereinigungen in bestimmten Ge-
1706 bieten gefährdet die freie Arztwahl.

1707 • Wir wollen das Verfahren zur Studienplatzvergabe beim **Medizinstudium weiterentwickeln** und
1708 die Studieninhalte stärker auf die Tätigkeit in einer Arztpraxis ausrichten. Dazu sind ausreichend
1709 medizinische Fakultäten in NRW vorzuhalten und an diesen Lehrstühle für Allgemeinmedizin ein-
1710 zurichten. Wir treten für eine bessere Vernetzung von Lehrpraxen mit den medizinischen Fakultä-
1711 ten und für eine Förderung von Weiterbildungsverbänden zwischen Praxen und Krankenhäusern
1712 ein.

1713 • Im Zuge des demografischen Wandels nimmt die Zahl der älteren Menschen stark zu. Deshalb
1714 müssen wir auch in der Forschung und Lehre den **Stellenwert der Gerontologie** und Gerontopsy-
1715 chiatrie anheben und diese in Vorsorge und Rehabilitation einbeziehen.

1716 • Wir wollen auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige und flächendeckende stationäre Versor-
1717 gung sichern. Dazu brauchen die **Krankenhäuser in NRW eine angemessene Finanzierung ihrer**
1718 **Investitionskosten**. Wir wollen deshalb die Haushaltsmittel des Landes zur Förderung der Investi-
1719 tionskosten sukzessive erhöhen. Wir wollen zudem bürokratische Vorgaben im Krankenhausge-
1720 staltungsgesetz abbauen. Insbesondere bei der Qualitätssicherung sind Doppelstrukturen auf Bun-
1721 des- und Landesebene zu vermeiden.

1722 • Die Vermeidung von Infektionen mit **multiresistenten Keimen** hat für uns höchsten Stellenwert.
1723 Wir wollen Eingangsscreenings ausweiten, bestehende Modellprojekte begleiten und in Forschung
1724 neuer Präventionsmethoden investieren. Die Hygieneaufklärung soll intensiviert werden.

1725 • Wir wollen die **Telematikinfrastruktur im Gesundheitswesen zum Wohle der Patientinnen und**
1726 **Patienten** und zur Verbesserung von Qualität und Effizienz der medizinischen Versorgung nutzen.
1727 Dazu wollen wir eine sektorenübergreifende Vernetzung der Leistungserbringer verstärken.

1728 • Die Telemedizin ermöglicht z. B. Online-Sprechstunden, IT-gestützte Expertenkonsile oder die
1729 Fernüberwachung von Vitalwerten der Patientinnen und Patienten. Wir wollen diese Chancen nut-
1730 zen und entsprechende Anwendungen weiter verbreiten. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung
1731 des Hausnotrufsystems, um älteren Menschen in ihren eigenen vier Wänden mehr Sicherheit ge-
1732 ben zu können. Dabei brauchen wir klare Regelungen zum Datenschutz bei der digitalen Weiter-
1733 gabe sensibler Daten.

1734 • Wir wollen die **Gesundheitsvorsorge im Kindes- und Erwachsenenalter stärken** und die Impfber-
1735 atung intensivieren. Dabei ist an die Eigenverantwortung des Einzelnen und die Verantwortung
1736 der Eltern für ihre und andere Kinder zu appellieren. Wir wollen darüber hinaus aufsuchende Impf-
1737 angebote stärken. Dazu brauchen wir Rahmenvereinbarungen, die eine Kostenbeteiligung der
1738 Krankenkassen beim aufsuchenden Impfen durch den öffentlichen Gesundheitsdienst sichern.

1739 • Darüber hinaus brauchen wir Angebote zur Prävention und **Gesundheitsförderung, die auf die**
1740 **spezifische Gesundheitssituation von Männern** ausgerichtet sind. Die merklich geringere Lebens-
1741 erwartung von Männern sowie die Gesundheitsberichte belegen, dass hier ein deutlicher Nachhol-
1742 bedarf besteht.

- 1743 • Wir wollen die **Erste Hilfe und Wiederbelebung durch Laien fördern**, um Todesfälle durch plötzlichen Herztod und Kreislaufstillstand zu reduzieren. Dazu wollen wir die Befähigung zur Ersten Hilfe über niedrigschwellige Angebote zur Unterrichtung in Wiederbelebungsmaßnahmen stärken sowie die Telefonreanimation und die standardisierte Notrufabfrage flächendeckend an allen Leitstellen in NRW einführen, ebenso wie die Ersthelfer-App. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Unterrichtung von Schülerinnen und Schülern in Erster Hilfe flächendeckend in allen Schulen in NRW ab der 7. Klasse eingeführt wird.
- 1744
- 1745
- 1746
- 1747
- 1748
- 1749
- 1750 • Zur **Bekämpfung schwerster genetischer Erkrankungen** versprechen neue Techniken (z. B. CRISPR/Cas9 oder Spindel-Transfer) die größten Aussichten auf Erfolg. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Anwendung dieser Techniken am/für Menschen sollen dazu überarbeitet, und den aktuellen Entwicklung im Life Science Bereich angepasst werden. Gentechniken sind dann nicht grundsätzlich verboten, sondern werden bei Relevanz und ethischer Verantwortbarkeit genehmigt und fortlaufend kontrolliert.
- 1751
- 1752
- 1753
- 1754
- 1755
- 1756 • Wir wollen die **selbstbestimmte und menschenwürdige Pflege** stärken. Das Berufsbild und die Rahmenbedingungen für die Pflege sind attraktiver zu gestalten. Dazu wollen wir die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte und Einrichtungsträger durch Abbau von Bürokratie, leistungsgerechte Vergütungen und einen für alle Beteiligten akzeptablen Personalschlüssel verbessern. Deshalb unterstützen wir auch eine starke berufliche Interessenvertretung der Pflegenden auf der Basis einer freiwilligen Mitgliedschaft.
- 1757
- 1758
- 1759
- 1760
- 1761
- 1762 • Wir wollen eine **Reform der Pflegeberufe, die nicht zu Lasten von Ausbildungsqualität und Ausbildungskapazitäten** erfolgt. Deshalb treten wir für eine „integrative Pflegeausbildung“ mit gemeinsamer Grundausbildung und Spezialisierung in den unterschiedlichen Abschlüssen ein. Bei einer Neuordnung der Pflegeberufe brauchen wir zudem ein Konzept zur Sicherung der Ausbildungskapazitäten in ambulanten Pflegediensten und Einrichtungen der Altenpflege.
- 1763
- 1764
- 1765
- 1766
- 1767 • Wir wollen den Einstieg in den Pflegeberuf durch eine zweijährige Ausbildung zur **Pflegeassistentenz** erleichtern.
- 1768
- 1769 • Wir wollen **Wahlmöglichkeiten bei der Pflege** zwischen ambulanter Betreuung in der häuslichen Umgebung, Pflege-Wohngruppen und stationären Pflegeheimen sichern. Einseitige Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Angebotsformen durch die Ausgestaltung der Finanzierung oder durch politische Vorgaben lehnen wir ab. Insbesondere darf die Umsetzung der Neuregelung der Investitionskostenförderung durch das Alten- und Pflegegesetz nicht dazu führen, dass ein wirtschaftlicher Betrieb von stationären Pflegeeinrichtungen in vielen Fällen nicht mehr darstellbar ist.
- 1770
- 1771
- 1772
- 1773
- 1774
- 1775 • Wir wollen die **Selbstbestimmung auch am Lebensende** erleichtern und ein würdevolles Lebensende ermöglichen. Dazu wollen wir die Hospiz- und Palliativversorgung weiter verbessern. Insbesondere sind Ansätze zur Vernetzung von Hausärztinnen und Hausärzten mit der ambulanten palliativmedizinischen Versorgung weiter zu verbreiten. Eine Strafandrohung gegen ärztliche Sterbegleitung halten wir hingegen für den falschen Weg.
- 1776
- 1777
- 1778
- 1779
- 1780 • Wir wollen eine **kontrollierte Abgabe von Cannabis** an Erwachsene durch Apotheken oder durch lizenzierte Ausgabestellen. Eine kontrollierte Abgabe ist dabei mit strikter Einhaltung des Jugendschutzes und verstärkter Aufklärung zu verknüpfen. Das illegale Inverkehrbringen von Cannabisprodukten außerhalb der kontrollierten Abgabe soll weiterhin strafbar bleiben.
- 1781
- 1782
- 1783
- 1784

1785 **Gesellschaftliche Teilhabe**

- 1786
- 1787 **Wir wollen, dass jeder Einzelne die Verantwortung für sein Leben tragen kann und nicht andere ihn bevormunden und über ihn entscheiden.** Selbstbestimmtheit in allen Lebenslagen setzt voraus, dass allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung, Religion oder Weltanschauung ermöglicht wird.
- 1788
- 1789
- 1790
- 1791
- 1792 • Vereine leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Integration und Inklusion. Wir wollen ihre Arbeit durch eine konsequente **Entbürokratisierung des Ehrenamts** und eine zuverlässige und berechenbare Unterstützung erleichtern.
- 1793
- 1794
- 1795 • Jugendliche müssen stärker in politische und gesellschaftliche Prozesse eingebunden werden. Wir

- 1796 setzen uns daher für ein **unabhängiges und direktgewähltes Landesjugendparlament** ein, welches
 1797 verbindlichen Einfluss auf die Landespolitik nehmen kann. Zudem muss auch auf kommunaler
 1798 Ebene Jugendpartizipation verpflichtend sein. Kinder und Jugendliche können etwa durch Kinder-
 1799 und Jugendräte direkt an für sie relevanten Entscheidungen und Planungen beteiligt werden.
- 1800 • Das Jugendschutzgesetz muss endlich im 21. Jahrhundert ankommen. Zeitliche **Ausgehbeschrän-**
 1801 **kungen** für den Besuch von Gaststätten, Tanzveranstaltungen usw. sollen nicht mehr für Jugendli-
 1802 che ab 16 Jahren gelten.
 - 1803 • Die offene Kinder- und Jugendarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Selbständig-
 1804 keit junger Menschen und stellt die Teilhabe an unserer Gesellschaft sicher. Um die offene **Kinder-**
 1805 **und Jugendarbeit zukünftig verlässlich zu finanzieren**, sollen die Mittel des **Kinder- und Jugend-**
 1806 **förderplans** jährlich unter Berücksichtigung der zu erfüllenden Aufgaben sowie der Sach- und Per-
 1807 sonalkosten angepasst werden.
 - 1808 • **Vorhandene Benachteiligungen von Mädchen und Frauen wollen wir abbauen.** Das gilt insbeson-
 1809 dere bei den beruflichen Chancen. So machen wir uns für eine Ausbildung abseits der klassischen
 1810 Rollenbilder stark. Das betrifft insbesondere Berufe und Werdegänge im MINT-Bereich (Mathema-
 1811 tik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik). Staatlich verordnete Quotenregelungen lehnen
 1812 wir ab. Stattdessen wollen wir die Karrierechancen über eine bessere Vereinbarkeit von Familie
 1813 und Beruf erhöhen.
 - 1814 • Wir wollen, dass unsere **Gesellschaft von der Lebenserfahrung älterer Menschen profitieren**
 1815 kann. Dazu wollen wir mehr Selbstbestimmung und Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben
 1816 in den Ruhestand. Wir wollen gesetzliche Höchstaltersgrenzen abbauen. Ehrenamtliches Engage-
 1817 ment von Senioren wollen wir mit Hilfe von passgenauen Angeboten auch unterhalb des zeitlichen
 1818 Aufwandes der Freiwilligendienste fördern.
 - 1819 • Wir wollen die **Teilhabe an der digitalen Welt für Seniorinnen und Senioren** erleichtern. Dazu
 1820 können auf die besonderen Bedürfnisse und Belange der älteren Generation ausgerichtete Bil-
 1821 dungsangebote beitragen.
 - 1822 • Wir wollen die Inklusion durch die **altersgerechte Planung von Quartieren und Wohnformen** si-
 1823 chern. Das bedeutet, dass ältere Menschen in ihrem Umfeld alles das finden, was sie für ein selbst-
 1824 bestimmtes Leben benötigen. Dazu gehört Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Versorgung mit
 1825 Waren und Dienstleistungen in erreichbarer Nähe, Mobilitätsangebote, haushaltsnahe und pfle-
 1826 gerische Dienstleistungen, Freizeitangebote und soziale Kontaktstellen.
 - 1827 • Wir wollen die **Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung stärken.** Dazu wollen wir das
 1828 Instrument eines persönlichen Budgets weiter verbreiten und die Inanspruchnahme mit Hilfe ver-
 1829 einfacher Verfahren und qualifizierter Beratung steigern.
 - 1830 • Mit dem **Budget für Arbeit** wollen wir erreichen, dass Menschen mit Behinderung bisher für die
 1831 Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) aufgewendete Mittel eigenverantwortlich zur Ar-
 1832 beitsmarktintegration in Betrieben nutzen können. So kann gemeinsam mit den Unternehmen die
 1833 erforderliche Unterstützung organisiert und zum Schritt in das Arbeitsleben außerhalb der Werk-
 1834 statt ermutigt werden.
 - 1835 • Wir zeigen **null Toleranz gegen diejenigen, die Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung**
 1836 **oder geschlechtlichen Identität diskriminieren.** Dies ist Grundsatz unserer Politik für LSBTTI (Les-
 1837 ben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle). Wir wollen, dass alle
 1838 Menschen ihren eingeschlagenen Lebenspfad freiheitlich und selbstbestimmt ohne Unterdrü-
 1839 ckung und Demütigung beschreiten können. Dazu wollen wir in der Jugendarbeit und in der Schule
 1840 der Diskriminierung entgegenwirken und mit Aufklärung für Akzeptanz werben.

1841

1842 Sport

1843

1844 **Sport ist nicht nur wichtig für die Gesundheit, sondern fördert auch die Persönlichkeitsentwicklung**
 1845 **jedes Einzelnen.** Sport vermittelt soziale Werte, Fairness und Toleranz und verbindet unsere Gesell-
 1846 schaft. Wir setzen uns daher für eine unabhängige und vielfältige Sportlandschaft in Nordrhein-West-
 1847 falen ein.

1848

- 1849 • Der Sport lebt vor allem vom ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Dieses
 1850 Engagement wollen wir durch eine umfassende Entbürokratisierung der ehrenamtlichen Arbeit
 1851 fördern. Die Dokumentation der ehrenamtlichen Arbeit darf die eigentliche gesellschaftliche Leis-
 1852 tung nicht beeinträchtigen und Menschen von einem Engagement abhalten.
- 1853 • Schulsport ist essentieller Bestandteil des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags. Er fördert
 1854 die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen gleichermaßen. Ge-
 1855 rade im Hinblick auf die starke Zunahme des Ganztagsunterrichts kommt dem Schulsport eine er-
 1856 hebliche Bedeutung zu. Um dieser Bedeutung gerecht zu werden, benötigen die Schulen Zugang
 1857 zu angemessenen Sportstätten und ausreichend Fachpersonal. Dafür wollen wir uns einsetzen.
- 1858 • Nordrhein-Westfalen ist immer ein vorzüglicher Gastgeber sportlicher Großveranstaltungen gewe-
 1859 sen. Die bestehende Infrastruktur und die große Sportbegeisterung der Menschen in Nordrhein-
 1860 Westfalen ermöglichen eine nachhaltige und ressourcenschonende Durchführung. Wir begrüßen
 1861 daher die Initiative einer Bewerbung aus NRW für Olympische und Paralympische Sommerspiele.
- 1862 • Sport ist einer der Schlüssel zu gelingender Integration und Inklusion. Damit der Sport sein Poten-
 1863 zial auf diesem Feld noch besser entfalten kann, wollen wir die Kooperation von Politik und Verei-
 1864 nen, Schulen und Hochschulen, Unternehmen und sozialen Einrichtungen erweitern und fördern.
- 1865 • Die Leistungen des Sports für unsere Gesellschaft rechtfertigen und erfordern staatliche Unter-
 1866 stützung, die verlässlich und berechenbar sein muss. Wir wollen ein sportfreundliches Umfeld
 1867 schaffen, den Zugang zu Sportstätten ermöglichen sowie den Ausbau und Erhalt der Sportinfra-
 1868 struktur sicherstellen
 1869

1870 Kultur

1871
 1872 **Wir setzen uns für eine freie und vielfältige Kulturlandschaft in unserem Land ein.** Kunst und Kultur
 1873 sind Grundlage unseres gesellschaftlichen Miteinanders und bereichern unser Leben. Sie stiften Inspi-
 1874 ration und Gemeinsinn. Kultur benötigt Freiheit und Freiräume.

- 1875 • **Kunst und Kultur** leben in erster Linie von privatem Engagement, von individueller Kreativität, von
 1876 der Arbeit und dem Einsatz der Bürgerinnen und Bürger. Die Politik muss allerdings die dafür not-
 1877 wendigen Grundlagen schaffen. Sie muss ausreichende finanzielle Mittel für den Erhalt und den
 1878 Ausbau einer vielfältigen Breiten- und Spitzenkulturlandschaft bereitstellen. Nur so können auch
 1879 die Kommunen ihrer Verantwortung im Geiste der in Artikel 18 der Landesverfassung niedergeleg-
 1880 ten Verpflichtung zur Pflege und Förderung der Kultur nachkommen.
- 1881 • Wir wollen das **Kulturförderungsgesetz NRW von ideologischen und bürokratischen Vorgaben be-**
 1882 **freien.** Kulturelles Schaffen und kulturelle Vielfalt brauchen einen ermöglichenden Staat, nicht ein
 1883 Steuerungssystem der Kulturplanung und -bürokraten. Die Klarstellung der Zweckfreiheit von
 1884 Kunst muss ebenfalls Bestandteil dieser für die Kulturförderung grundlegenden Norm werden.
- 1885 • Wir wollen die **kulturelle Bildung** aller Bevölkerungsgruppen fördern und damit Chancen und Per-
 1886 spektiven zur kulturellen Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger stärken. Dazu sollen auch bereits
 1887 erfolgreiche lokale Initiativen und Modelle stärker miteinander vernetzt und ausgebaut werden.
- 1888 • Der Staat als Eigentümer von Kunstwerken muss seiner Verantwortung für diese Kulturgüter, die
 1889 Künstlerinnen und Künstler sowie das kulturelle Erbe des Bundeslandes nachkommen. **Heimliche,**
 1890 an der Öffentlichkeit vorbeigeführte **Verkäufe von Kunst in öffentlicher Hand darf es nicht geben.**
 1891 Dafür wollen wir ein Kunstregister für Kunst im Eigentum des Landes schaffen.
- 1892 • Die bedeutende Rolle von Kultur für unsere Gesellschaft muss sich auch im **Ressortzuschnitt** der
 1893 Landesregierung widerspiegeln. Die aktuelle zersplitterte und fachfremde Zuordnung kulturpoliti-
 1894 scher Themen degradiert Kultur zum bloßen Anhängsel anderer Politikbereiche. Deshalb wollen
 1895 die Freien Demokraten Kulturpolitik aufwerten und eine klare und einheitliche Zuständigkeit in
 1896 einem Ministerium schaffen.
 1897
 1898
 1899
 1900
 1901

1902 **Wir wollen ein NRW, in dem die Politik rechnen kann**

1903

1904 **Generationengerechtigkeit**

1905

1906

1907

1908

1909

1910

1911

1912

1913

1914

1915

Gerechtigkeit muss auch zwischen den Generationen hergestellt werden. Die heutigen Schulden des Staates sind die Steuern der Generationen von morgen. Über 140 Milliarden Euro an Landesschulden – das Doppelte von dem, was das Land pro Jahr insgesamt ausgibt, gibt NRW seinen kommenden Generationen mit auf den Weg – Tendenz weiter steigend. Auch die Nettokreditaufnahme des Landes würde steigen, wenn die Landesregierung den Landesetat nicht kosmetisch schönen würde: Durch Haushaltstricks kaschiert sie Finanzierungslücken in hohem dreistelligen Millionenbereich. Dass diese Politik nicht nachhaltig ist, zeigen die Zinsausgaben des Landes: Von 1966 bis 2016 hat Nordrhein-Westfalen rund 139 Milliarden Euro an den Kapitalmarkt überwiesen. Davon hätte NRW für 8 Jahre das gesamte Budget für Schulen bezahlen können. Das darf so nicht weitergehen.

1916

1917

1918

1919

1920

Wir Freie Demokraten wollen durch eine Politik, die rechnen kann wieder **mehr Spielräume für Investitionen** in Zukunft, in Bildung oder in Sicherheit schaffen. Wir wollen die richtigen Prioritäten setzen, um unser Land fit für die nächsten Generationen zu machen und Altlasten und Investitionsrückstände abzubauen.

1921

1922

1923

1924

- **Wir wollen, dass das Land Nordrhein-Westfalen zukünftig ohne neue Schulden auskommt.** Angesichts von Rekord-Steuereinnahmen und stark gesunkenen Zinsbelastungen muss es der Politik endlich gelingen, mit der jahrzehntelangen Tradition zu brechen, höhere Schulden zu machen und gleichzeitig die Steuern anzuheben.

1925

1926

1927

1928

1929

1930

1931

1932

1933

1934

1935

1936

1937

1938

1939

1940

1941

1942

1943

- Wir wollen eine **konsequente Schuldenbremse für NRW.** Wie im Grundgesetz wollen wir auch in der Landesverfassung ein Schuldenverbot ab dem Jahr 2020 verankern. In einem ersten Schritt soll der Landesrechnungshof NRW, nach dem Vorbild des Landesrechnungshofs der Freien und Hansestadt Hamburg, ab 2017 einen Bericht zum „Monitoring Schuldenbremse“ (GG) herausgeben, der jährlich fortzuschreiben ist.

- Außerdem wollen wir durchsetzen, dass ein Verstoß gegen die Schuldenbremse auch zu verbindlichen Konsequenzen führt. Dieser **Sanktions-Mechanismus** gehört ebenso in die Landesverfassung.

- **Eine Politik, die rechnen kann, muss Schwerpunkte setzen:** Für uns steht die Sicherung der öffentlichen Haushalte ganz oben auf der Agenda. Die Konsolidierung muss mit einer Dämpfung des Ausgabenanstiegs beginnen. Dazu gehören die Verschlinkung des Verwaltungsapparates und ein effizienter Personaleinsatz in den Landesbehörden. In allen Ministerien sollen Ausgaben gestrichen werden, die nicht unbedingt notwendig sind.

- Das Land verzichtet bisher auf **ein effizientes Beschaffungs- und Einkaufsmanagement**, mit dem Millionenbeträge eingespart werden können. Dabei hat NRW einen größeren Einkaufsetat als einige DAX-Konzerne. Überfällig ist die Einrichtung eines ressortübergreifend arbeitenden Einkaufs, der für eine einheitliche Strategie sorgt und die dazugehörigen Einkaufs- und Beschaffungsprozesse steuert. Erfahrungen aus anderen öffentlichen Bereichen und der Privatwirtschaft zeigen, dass in solchen Fällen erhebliches Optimierungspotenzial besteht. Dieses gilt es zu heben.

1944 **Privat vor Staat**

1945

1946

1947

1948

1949

1950

1951

1952

1953

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Im Gegenteil: Oft führen staatliche Unternehmensaktivitäten zu überhöhten Preisen oder zu hohen Verlusten, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ausgleichen müssen. Bei vielen staatlichen Unternehmen nimmt das Land als Eigentümer seine Aufsichtsfunktion nicht ausreichend wahr und sorgt auch nicht für die notwendige Transparenz. Aktuell zeigt der Landesrechnungshof: Die geprüften staatlichen Unternehmen halten die Vorgaben des Transparenzgesetzes nicht ein.

- **Wir wollen, dass sich der Staat als Unternehmer aus der Wirtschaft zurückzieht.** Privatisierungen

- 1954 müssen beherzt angegangen werden. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und des Landes müssen wieder reduziert werden.
- 1955
- 1956 • Die **Ineffizienz einiger Landesbetriebe** kostet den Steuerzahler hohe Millionenbeträge. Diese Mittel fehlen an anderer Stelle. Sowohl der Bau- und Liegenschaftsbetrieb als auch die ehemalige WestLB sind mittlerweile im Visier parlamentarischer Untersuchungsausschüsse. Ihre Misswirtschaft wurde zu lange übersehen oder sogar geduldet. Eine Ursache dafür ist, dass das Land sich nicht an seine eigenen Regeln für staatliche Vertreterinnen und Vertreter in Aufsichtsgremien hält.
- 1957 Das müssen wir ändern. Wir wollen eine **effektivere und professionellere Aufsicht** über Landesbetriebe schaffen. Und wir wollen staatliche Unternehmen, deren Tätigkeit keine originäre Aufgabe des Staates ist, so schnell wie möglich privatisieren.
- 1958
- 1959 • Der **Bau- und Liegenschaftsbetrieb** muss grundlegend saniert und auf das Wesentliche verschlankt werden. Statt öffentlicher Leistungserbringung sollten stärker wettbewerbliche Vergaben am Markt und ÖPP-Modelle zum Einsatz kommen.
- 1960
- 1961 • Die **Portigon AG** als Rechtsnachfolgerin der WestLB beschäftigt eine große Anzahl gut bezahlter und qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die laut Betriebsrat nicht ausgelastet sind. Gleichzeitig klagen Bereiche aus der Finanzverwaltung über eine zu hohe Arbeitsbelastung. Auch hier besteht erhebliches Verbesserungspotenzial etwa durch ein **effizienteres öffentliches Personalmanagement**.
- 1962
- 1963 • Ordnungspolitik fängt in der Kommune an: Viele Kommunen treten mit eigenen Unternehmen in den Wettbewerb mit privaten Anbietern obwohl dies nicht zu den kommunalen Aufgaben gehört. Wir wollen **Handwerk und Mittelstand vor unfairer Konkurrenz durch kommunale Unternehmen schützen** und wieder sicherstellen, dass sich Land und Kommunen nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn ein dringender öffentlicher Zweck dies erfordert und wenn dies durch private Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.
- 1964
- 1965
- 1966
- 1967
- 1968
- 1969
- 1970
- 1971
- 1972
- 1973
- 1974
- 1975
- 1976
- 1977
- 1978

1979 Faire Steuern

- 1980
- 1981 **Das deutsche Steuersystem muss gerechter und unkomplizierter werden.** Angesichts steigender
- 1982 Steuereinnahmen des Staates wäre es richtig, Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft von Steuern
- 1983 und Abgaben zu entlasten. Die Bundesregierung enteignet uns alle durch die kalte Progression schlei-
- 1984 chend. Die Arbeitsanreize leiden unter einem immer steiler werdenden Steuertarif. Darüber hinaus
- 1985 wird nach wie vor und auch fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer ein Solidaritätszu-
- 1986 schlag erhoben. Dieser muss schrittweise bis zum Jahr 2019 abgeschafft werden. Auch auf Landes-
- 1987 ebene hat die rot-grüne Landesregierung vielfach die Steuern erhöht. Wir wollen eine Trendwende
- 1988 einleiten. Auf allen drei Ebenen – Bund, Länder und Gemeinden – gibt es in Sachen Entlastung der
- 1989 Steuer- und Beitragszahlerinnen und -zahler erheblichen Nachholbedarf.
- 1990
- 1991 • Ob Land oder Kommunen: In NRW sind die Steuern in den vergangenen Jahren erheblich gestie-
- 1992 gen. Wir wollen einen Politikwechsel durchsetzen: **Neue Ausgaben müssen durch bestehende**
- 1993 **Steuereinnahmen oder Einsparungen in anderen Bereichen finanziert werden.** Die Finanzierung
- 1994 neuer Ausgaben durch höhere Steuern, wie etwa die familien- und wirtschaftsfeindliche Verdopp-
- 1995 lung der Grunderwerbsteuer, oder durch neue Schulden muss beendet werden.
- 1996 • Die rot-grüne Landesregierung hat die **Grunderwerbsteuer** in zwei Schritten auf 6,5 Prozent ange-
- 1997 hoben. Damit liegt Nordrhein-Westfalen an der Spitze der Länder, die jungen Familien den Erwerb
- 1998 eines Eigenheims massiv erschweren. Gleichzeitig hält sich das Land nicht an die eigenen Regeln:
- 1999 Immobilien im indirekten Landesbesitz werden durch sogenannte Share Deals an Konzerne veräu-
- 2000 ßert. Hierbei umgehen beide Seiten die Grunderwerbsteuer. Das darf so nicht bleiben: Wir fordern
- 2001 eine deutliche **Entlastung der jungen Familien**. Wir wollen daher einen Freibetrag in Höhe von
- 2002 500.000 Euro beim ersten Immobilienerwerb einführen. Dies wäre ein wesentlicher Beitrag dafür,
- 2003 dass sich junge Familien ein Eigenheim leisten können.
- 2004 • Mit einer **Gewerbsteuer-Bremse** wollen wir die Steuererhöhungsspirale der Kommunen unter-
- 2005 brechen. Die Unternehmen in NRW sind der wichtigste Standortfaktor. Sie dürfen wegen der

- 2006 schlechten Haushalts- und Finanzpolitik des Landes und einiger Kommunen nicht in Haftung ge-
 2007 nommen werden. Darüber hinaus wollen wir die Kommunalfinanzen insgesamt und unter Berück-
 2008 sichtigung aller Finanzierungsformen langfristig auf neue FüÙe stellen und dabei die Gewerbe-
 2009 steuer in ihrer jetzigen Form abschaffen.
- 2010 • **Auf Bundesebene wollen wir eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer** durchsetzen, damit inha-
 2011 bergeführte Unternehmen Arbeitsplätze erhalten und weiter in Innovationen investieren können.
 2012 Der Steuersatz soll für alle privaten und betrieblichen Übertragungsvorgänge unabhängig von der
 2013 Vermögensart oder der Höhe von Erbe oder Schenkung einheitlich als aufkommensneutrale Flat
 2014 Tax festgesetzt werden, sofern Freibeträge überschritten werden. Eine Mehrbelastung für die Be-
 2015 triebe wird so ausgeschlossen und eine Stundungsregelung über einen Zeitraum von bis zu zehn
 2016 Jahren gewährleistet. Die Stundenregelung soll dabei allen Steuerpflichtigen offenstehen. Für die
 2017 Einnahmestabilität ist nach vorliegenden Erkenntnissen ein Steuersatz von 10 Prozent ausrei-
 2018 chend.
 - 2019 • Angesichts einer steigenden Steuerbelastung aller Beschäftigten wollen wir dafür sorgen, dass die
 2020 Bürgerinnen und Bürger vor dem Zugriff des Staates auf ihr Einkommen geschützt werden. **Eine**
 2021 **Entlastung ist zumindest bei der Einkommensteuer erforderlich**, weil insbesondere die Bezieher
 2022 kleiner und mittlerer Einkommen durch die kalte Progression jedes Jahr höhere Steuern zahlen.
 - 2023 • **Das Steuersystem in Deutschland muss grundsätzlich einfacher werden.** Das fängt bei den Um-
 2024 gehungsmöglichkeiten der Grunderwerbsteuer für Unternehmen an, geht über die missbräuchli-
 2025 che Verlagerung von Gewinnen in EU-Nachbarländer und endet bei der unterschiedlichen Besteue-
 2026 rung von Schnitt- und Topfblumen im Blumengeschäft um die Ecke.

2028 Energie

- 2029
- 2030 **Statt teurer Ideologie wollen wir eine rationale Energie- und Klimapolitik durchsetzen, die sich im**
 2031 **europäischen Konsens wiederfindet.** Bürgerinnen und Bürger sowie Handwerk, Mittelstand und In-
 2032 dustrie müssen sich im Zeitalter der erneuerbaren Energien auf eine **umweltverträgliche, sichere und**
 2033 **bezahlbare Energieversorgung** verlassen können. Denn NRW ist das Energieland Nummer eins – und
 2034 das soll auch so bleiben.
- 2035
 - 2036 • Wir sagen **Ja zum Klimaschutz.** Er muss sich aber an den internationalen Klimaschutzzielen orien-
 2037 tieren und soll zu keiner Sonderbelastung allein der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft
 2038 in NRW führen. Insbesondere weiter steigende Strompreise müssen vermieden werden.
 - 2039 • Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich auf eine Reduzierung der Treibhausgas-
 2040 emissionen um 40 Prozent bis zum Jahr 2030 verständigt. Deutschland und NRW haben sich hö-
 2041 here Ziele gesetzt und wollen diese bereits im Jahr 2020 erreichen. Diesen Sonderweg lehnen wir
 2042 ab, weil er die wirtschaftliche Basis unseres Energie- und Industrielandes schwächt und dem Klima
 2043 nicht nützt. Wir wollen daher das sogenannte **Klimaschutzgesetz außer Kraft setzen.**
 - 2044 • Wir wollen den Kommunen ihre kommunale Planungshoheit wieder zurückgeben. Staatliche Aus-
 2045 bauziele und die flächenmäßige Verpflichtung zur Ausweisung von Vorrangzonen für Windenergie
 2046 im Landesentwicklungsplan wollen wir aufheben. Raumordnung und Windenergieerlasse dürfen
 2047 solche Vorgaben nicht treffen. Zur Begrenzung des Ausbaus der Windenergie sind landesweit ein-
 2048 heitliche **Mindestabstände von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung** unerlässlich. Der Zubau
 2049 ist auf große Windparks in zahlenmäßig begrenzten Flächen oder auf Korridore entlang den Auto-
 2050 bahnen auszurichten.
 - 2051 • Wir schlagen vor, **Nordrhein-Westfalen als Standort für verlässliche Energieversorgung zu si-**
 2052 **chern.** Der Abbau von Braunkohle – dem einzigen nicht subventionierten heimischen Energieträ-
 2053 ger – soll in NRW weiterhin möglich bleiben. Dies gilt auch für den Betrieb effizienter Kohle- und
 2054 Gaskraftwerke, um zusammen mit dem Ausbau von Speichertechnologien Versorgungssicherheit
 2055 zu gewährleisten.
 - 2056 • Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist weder effektiv und zeitgemäß noch technologieoffen
 2057 und klimaschonend. Wir fordern, die **Subventionierung** der erneuerbaren Energien durch das EEG
 2058 und vielfältige **teure Landesprogramme zu beenden.** Stattdessen wollen wir den Wettbewerb um

- 2059 die besten Lösungen für den Klimaschutz und die Umsetzung der Energiewende sicherstellen. Ins-
 2060 besondere Photovoltaikstrom liegt bereits heute auf dem Preisniveau von Verbraucherstromtari-
 2061 fen und benötigt keine Förderung mehr. Gleichzeitig müssen bürokratische Hürden bei Direktver-
 2062 brauch und -vermarktung abgebaut werden, um marktbasiertere Geschäftsmodelle zu ermöglichen.
- 2063 • Auch in NRW bestehen bereits Netzengpässe. Vorrangig muss daher der **Ausbau der Stromnetze**
 2064 und die Entwicklung technisch wirksamer sowie ökologisch und wirtschaftlich sinnvoller Strom-
 2065 speichersysteme vorangetrieben werden.
 - 2066 • Klimaschutz soll durch die Weiterentwicklung des **europäischen Emissionshandels** vorgebracht
 2067 werden. Auch aus diesem Grund wollen wir die technologieoffene Energieforschung in NRW wie-
 2068 der stärken.
 - 2069 • Unser Ziel ist es, einen **europäischen Energie-Binnenmarkt** zu schaffen. Dafür benötigen wir ein
 2070 integriertes europäisches Energienetz, einen offenen Wettbewerb der Erzeugungstechnologien,
 2071 effiziente Speicher, intelligente Netze und Wahlfreiheit. Das ist auch ein Beitrag zur Sicherung
 2072 günstiger Preise für Verbraucherinnen und Verbraucher wie auch Wirtschaft.
 - 2073 • Wir setzen uns für eine dezentrale Energiepolitik ein, bei der in Forschung und Entwicklung für
 2074 **dezentrale Speichertechnologien** investiert wird. Weiterhin brauchen wir auch einen Innovations-
 2075 schub um Energie dezentral bei den Mietern und Eigentümern zu erwirtschaften. Die Energiever-
 2076 sorgung des 21. Jahrhunderts ist vielfältig. Diesen Wettbewerb unterstützen wir.
 - 2077 • **Der Erfolg der Energiewende erfordert mehr als Anstrengungen allein im Strombereich.** Auch im
 2078 Wärmebereich, bei der Energieeffizienz und der Entwicklung von Speichertechnologien sind wei-
 2079 tere Impulse nötig. Wichtige klimapolitische Instrumente sind nicht miteinander verzahnt, so dass
 2080 preiswertere Potenziale nur halbherzig angegangen werden. Dabei sind Einsparpotenziale z. B. im
 2081 Bereich der energetischen Gebäudesanierung häufig deutlich kostengünstiger zu erschließen als
 2082 bei der Stromerzeugung.
 - 2083 • **Forschung und Entwicklung** auf dem Feld der Energietechnologien müssen wieder ins Zentrum
 2084 der Energiepolitik gerückt werden. Hierzu gehören auch dringend benötigte Speichertechnologien.
 2085 Deshalb wollen wir technologische Entwicklungen stärker fördern.

2087 Umwelt

- 2088 **Wir wollen einen Umwelt- und Naturschutz mit Augenmaß:** Nordrhein-Westfalen ist das am dichtes-
 2089 ten besiedelte Flächenland in Deutschland. Das enge Nebeneinander von Mensch und Natur stellt eine
 2090 große Herausforderung dar, um eine intakte und lebenswerte Umwelt auch für kommende Generati-
 2091 onen zu erhalten. Die vorsorgende Vermeidung von Umweltschäden muss Vorrang haben vor der
 2092 nachsorgenden Beseitigung solcher Schäden.
- 2093 • Moderne Umweltpolitik orientiert sich nicht an Ideologien, sondern an dem, was gut für Mensch und
 2094 Umwelt ist. Wir stehen für den kooperativen Naturschutz, den Grundsatz „Schützen durch Nützen“
 2095 und den Schutz des grundgesetzlich verbrieften Eigentumsrechts bei der Umweltgesetzgebung. Vor
 2096 allem muss **Umwelt- und Naturschutz mit den Menschen gemeinsam gestaltet** werden.
 - 2097 • Prestigeprojekte wie die Ausweisung von Nationalparks, mit denen sich die Bevölkerung vor Ort nicht
 2098 identifizieren kann, lehnen wir ab. Nationalparks sind zudem nicht geeignet die besonders schützens-
 2099 werten Kulturlandschaften in NRW zu erhalten, sondern führen im Gegenteil aufgrund ihrer ein-
 2100 schränkenden Vorgaben in Bezug auf Nutzung und Bewirtschaftung zu deren Gefährdung.
 - 2101 • Das von der Landesregierung eingebrachte Landesnaturschutzgesetz lehnen wir in der aktuellen
 2102 Ausgestaltung ab, weil es keinen Einklang mit sozialen und wirtschaftlichen Belangen des
 2103 ländlichen Raums herstellt.
 - 2104 • In der Umweltpolitik müssen anspruchsvolle Ziele festgelegt werden. Gleichzeitig müssen aber
 2105 auch flexible Lösungen ermöglicht werden, damit diese Ziele erreicht werden können, ohne die
 2106 Akzeptanz der Menschen zu verlieren. Wir fordern deshalb einen effizienteren Einsatz von Förder-
 2107 mitteln und eine **1:1-Umsetzung von Bundes- und EU-Regelungen**. Behördliche Entscheidungen
 2108 sollen möglichst bei den Kommunen liegen. Das schafft Ortsnähe, Bürgerfreundlichkeit und Trans-
 2109 parenz.

- 2112 • Wir stehen für einen Perspektivwechsel in der Umweltpolitik. Weg von der staatsbürokratischen
 2113 Umweltpolitik, hin zu einer Umweltpolitik mit **marktwirtschaftlichen Anreizen** und einem deutlich
 2114 reduzierten Ordnungsrecht. Staatliche Reglementierung soll es nur dort geben, wo sie unverzicht-
 2115 bar ist. Deshalb lehnen wir etwa dirigistische Vorgaben im Landesentwicklungsplan zur Begrenzung
 2116 der Freiflächeninanspruchnahme ab. Allerdings ist Fläche endlich, ihr Verbrauch muss daher spar-
 2117 samer werden. Deshalb wollen wir den Flächenhandel als ökonomisches Anreizsystem für eine
 2118 sparsame kommunale Flächenausweisung weiterentwickeln und im Rahmen von Modellprojekten
 2119 einen Zertifikatshandel mit Flächen erproben. Wenn eine Kommune Freiflächen im Außenbereich
 2120 zu Bauland machen will, muss sie dafür die entsprechende Menge an frei handelbaren Zertifikaten
 2121 aufbringen. Statt behördlicher Ausweisung neuer Naturschutzflächen wollen wir vermehrt eine
 2122 ökologische Aufwertung bestehender Gebiete und eine Stärkung des Vertragsnaturschutzes.
- 2123 • Wir wollen den Verlust der **biologischen Vielfalt in NRW** stoppen. Die Ursachen für den besorgnis-
 2124 erregenden Rückgang von blütenbestäubenden Fluginsekten wie Bienen und Schmetterlingen
 2125 müssen geklärt und ein dauerhaftes Insektenmonitoring aufgebaut werden, um die Insektenviel-
 2126 falt mit gezielten Maßnahmen wieder steigern zu können. Der Erhalt der biologischen Vielfalt er-
 2127 fordert auch die konsequente und dauerhafte Bekämpfung invasiver Tier- und Pflanzenarten. Dies
 2128 wollen wir langfristig absichern, denn Pflanzen wie die Herkulesstaude können an Wegen und in
 2129 der Nähe von Spielplätzen und Kindergärten eine Gefahr für Menschen darstellen.
- 2130 • Wir stehen für eine zukunfts- und marktorientierte Landwirtschaftspolitik in NRW. Die **land- und**
 2131 **forstwirtschaftlichen Betriebe** leisten einen elementaren Beitrag zum Erhalt und der Pflege unse-
 2132 rer Kulturlandschaft sowie des ländlichen Raums. Die gesellschaftlichen Ansprüche an eine mo-
 2133 derne, multifunktionale und nachhaltige Land- und Forstwirtschaft steigen. Deshalb muss die
 2134 Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gestärkt werden. Landwirte brauchen eine Agrarpolitik, die
 2135 ihnen eine flächendeckende, leistungsfähige Nahrungsmittelerzeugung bei gleichzeitiger mög-
 2136 lichst weitgehender Schonung der Ressourcen ermöglicht, unternehmerische Freiheit und Eigen-
 2137 initiative stärkt. Wir setzen uns dafür ein, dass Landwirte wieder ein auskömmliches Einkommen
 2138 erhalten und ihre gesellschaftlichen Leistungen anerkannt werden. Zum Beispiel durch den Abbau
 2139 von Bürokratie, die Verbesserung von Vermarktungsstrukturen und die Sensibilisierung der Ver-
 2140 braucher.
- 2141 • Wir unterstützen die weitergehende **Modernisierung der Land- und Forstwirtschaft**. Deswegen
 2142 wollen wir z.B. die Förderung für moderne Maschinen und Geräte zur Ausbringung von Wirt-
 2143 schaftsdüngern oder Pflanzenschutzmitteln, die Emissionen und Umweltbelastungen verringern,
 2144 sowie Angebote für die betriebswirtschaftliche Beratung spürbar verstärken.
- 2145 • NRW braucht in Zukunft eine aktive Politik für unsere vielfältigen, lebenswerten, ländlichen
 2146 Räume. Wir wollen Strukturanpassungen unterstützen und **Kulturlandschaften** erhalten. Die Le-
 2147 bens-, Umwelt- und Wirtschaftsqualität der ländlichen Räume muss im Lichte des demografischen
 2148 Wandels, der Digitalisierung, einer modernen Infrastruktur und zeitgemäßer öffentlicher Daseins-
 2149 vorsorge weiterentwickelt werden.
- 2150 • Für uns Freie Demokraten ist **Jagd verlässlicher Natur- und Tierschutz**. Die Jägerinnen und Jäger in
 2151 NRW sind seit Jahrzehnten der Garant für artenreiche und vitale Bestände wildlebender Tiere. Mit
 2152 ihnen gemeinsam setzen wir uns für den Natur- und Tierschutz zum Wohle des Wildes, des Waldes
 2153 und der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen ein. Deshalb wollen wir die ideologische
 2154 Jagdgesetznovelle aufheben und das Jagdrecht sach- und fachgerecht weiterentwickeln.

2157 Wir wollen ein NRW, das unkompliziert und mobil ist

2159 Unkomplizierter Staat – Bürokratieabbau

2160 **Wir wollen einen unkomplizierten Staat.** Er soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und diese
 2161 effizient und zügig erledigen. Weniger ist mehr: Das gilt auch für Gesetze, Vorschriften und Verbote.

2163

- 2164 • Unzählige Landes- und Bundesgesetze, denen oft Vorgaben der Europäischen Union zugrunde lie-
 2165 gen, schränken die Vertragsfreiheit von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmerinnen und
 2166 Unternehmern erheblich ein. Ob steuerliche, technische oder administrative Vorschriften, Bilan-
 2167 zierungspflichten, Dokumentations- oder Meldepflichten: Gerade kleine und mittelständische Un-
 2168 ternehmen leiden unter erheblicher Bürokratie. **Wir wollen, dass in den kommenden Jahren Vor-
 2169 schriften wegfallen** und der Bürokratie-Aufwand spürbar sinkt.
- 2170 • **Keine neue Bürokratie für Betriebe:** Wir brauchen einen Europäischen Normenkontrollrat sowie
 2171 einen Normenkontrollrat der Länder nach Vorbild des Nationalen Normenkontrollrates. Bürokratie
 2172 muss sichtbar werden, damit Parlamente ihr einen Riegel verschieben können.
- 2173 • Wir wollen einen **regelmäßigen „Gesetzes-TÜV“**. Gesetze und Verordnungen, die ihren Zweck
 2174 nicht nachweisbar erfüllen oder bei diesem „TÜV“ durchfallen, wollen wir abschaffen.
- 2175 • Wir können den Staatsapparat reduzieren, wenn wir den **Akteuren der Wirtschaft mehr Eigenver-
 2176 antwortung** übertragen: etwa der wirtschaftlichen Selbstverwaltung wie Industrie- und Handels-
 2177 kammern oder Handwerkskammern. Diese könnten zum Beispiel die Zuständigkeit für Gewerbe-
 2178 anmeldungen von kommunalen Gewerbe- oder Ordnungsämtern übernehmen. Das wäre auch ein
 2179 Schritt hin zu „One-Stop-Shops“ für Unternehmensgründungen.
- 2180 • In Deutschland existiert eine Reihe von Landesgesetzen, die zwar in allen Ländern ein identisches
 2181 Ziel verfolgen, jedoch unterschiedliche Rahmenbedingungen schaffen. Das macht das Leben für
 2182 Bürgerinnen und Bürger oder mittelständische Betriebe unnötig schwer. Eine **Harmonisierung der
 2183 Landesgesetzgebungen** ist daher dringend notwendig.
- 2184 • Die von der rot-grünen Landesregierung geschaffene **Umweltbürokratie lähmt Betriebe und be-
 2185 lastet Verbraucher**. Neue Gebühren bei der Lebensmittelüberwachung, immer neue Auflagen für
 2186 landwirtschaftliche Betriebe, durch die „Hygiene-Ampel“ an den Pranger gestellte Lebensmittel-
 2187 betriebe oder überlange Verwaltungsverfahren beim Landesumweltamt müssen wieder abge-
 2188 schafft werden. Wir wollen dem grundgesetzlich verbürgten Justizgewährungsanspruch wieder
 2189 Geltung verschaffen, **behördliche Entscheidungsprozesse müssen wieder schneller und effizien-
 2190 ter durchgeführt werden**.

2192 Verbraucherschutz

2193
 2194 Unsere Verbraucherpolitik setzt auf eine Stärkung der Verbraucherinnen und Verbraucher im Markt.
 2195 Moderne Konsumentinnen und Konsumenten müssen nicht vom Staat bevormundet werden, sondern
 2196 wollen bessere Informationen, mehr Wissen über die Märkte und Produkte sowie wirksame Verbrau-
 2197 cherrechte. Unser Leitbild sind mündige, interessierte und verantwortungsbewusste Verbraucherin-
 2198 nen und Verbraucher. Wir wollen eine umfassende Verbraucherbildung und -aufklärung sowie freien
 2199 Zugang zu allen wichtigen Informationen.

- 2200
- 2201 • Bei der Wahrnehmung von Verbraucherinteressen und bei der Verbraucherbildung nimmt die **Ver-
 2202 braucherzentrale NRW (VZ NRW)** eine zentrale Rolle ein. Die starke Präsenz der VZ NRW in der
 2203 Fläche möchten wir darum beibehalten. Um Planungssicherheit zu schaffen, soll zudem die Praxis
 2204 der langfristigen Finanzierungsvereinbarungen fortgesetzt werden. Eine regelmäßige Überprüfung
 2205 des Aufgabenspektrums ist für uns selbstverständlich. Insbesondere sollen keine Angebote ausge-
 2206 baut werden, deren Bedarf bereits durch private Anbieter umfassend abgedeckt wird.
- 2207 • Wir wollen **Schlupflöcher für Betrug und Abzocke schließen**. Dazu müssen Informationsangebote
 2208 verbessert, unseriöse Geschäftsmodelle eingedämmt und die Rechte der Verbraucherinnen und
 2209 Verbraucher gestärkt werden. Dazu zählen beispielsweise ein besserer Schutz bei Werbeanrufen,
 2210 vor Abo-Fallen bei Smartphones oder die Stärkung der Beratungsangebote der Verbraucherzent-
 2211 ralen.
- 2212 • Wir wollen die Menschen ermuntern, selbstbestimmt auszuwählen und zu entscheiden. Die poli-
 2213 tische Steuerung des Konsums, eine Verbots- und Bevormundungspolitik sowie Werbeverbote für
 2214 vermeintlich ungesunde Lebensmittel lehnen wir daher ab. Wir setzen uns stattdessen für eine
 2215 **sachliche und informative Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln** ein, die anders als Ampel-
 2216 systeme Transparenz nicht lediglich vorgaukelt.

- 2217 • **Verbraucherinnen und Verbraucher müssen vor Gesundheitsschäden durch** irreführende Anga-
2218 ben und Täuschung geschützt werden. Dafür wollen wir die drei Säulen der Lebensmittelkontrolle
2219 – betriebliche Eigenkontrollen, amtliche Überwachung und Verbraucherverhalten – gleicherma-
2220 ßen stärken. Wir wissen, dass staatliche Kontrolle nicht ständig in jedem Stall und an jeder Laden-
2221 theke überwachen kann. Daher ist die Lebensmittelüberwachung in erster Linie ureigene Aufgabe
2222 der Unternehmen in der Lebens- und Futtermittelwirtschaft.
- 2223 • Wir wollen keine Gängelung von Wirtschaft und Konsum mit neuen Gebühren. Stattdessen sollen
2224 die Eigenverantwortung und die **Selbstkontrolle** der Wirtschaft sowie die staatliche Kontrolle der
2225 Eigenkontrollsysteme qualitativ weiterentwickelt und gestärkt werden. Die Wirtschaft muss in Ei-
2226 genverantwortung überzeugende und zertifizierte Qualitätssicherungssysteme erarbeiten.
- 2227 • Die staatliche Lebensmittelkontrolle soll hierzu **qualifizierte Beratung** leisten und sich dann auf die
2228 Kontrolle durch die Kontrolleurinnen und Kontrolleure konzentrieren. Produktion und Handel sol-
2229 len die Qualität und Sicherheit ihrer Produkte mittels entsprechender **Zertifikate** lückenlos doku-
2230 mentieren und garantieren. Das würde auch die Verbraucherin und den Verbraucher stärken.
2231

2232 **Moderne und bürgerfreundliche Verwaltung**

2233

2234 **Wir wollen eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung im digitalen Zeitalter.** Sie soll es den
2235 Bürgerinnen und Bürgern einfach machen – durch den Einsatz nutzerfreundlicher Online-Tools, trans-
2236 parente Zuständigkeiten, kurze Wege, eindeutige und verständliche Entscheidungen. Lange Wartezei-
2237 ten, unbesetzte Schalter, kundenunfreundliche Öffnungszeiten und unklare Zuständigkeiten in Bürge-
2238 rämtern und Behörden müssen der Vergangenheit angehören. **Unsere Vision ist ein Bürgeramt, in**
2239 **dem man alles von zu Hause erledigen kann.**

2240

- 2241 • **Eine moderne Verwaltung sollte alle Chancen der Digitalisierung nutzen** und exzellenten Service
2242 durch einfache Antragstellung, hohen Nutzungskomfort, elektronischen Datenaustausch, conse-
2243 quente Verfahrensbeschleunigung und elektronische Zahlungsmöglichkeiten bieten.
- 2244 • Wir wollen es den Menschen im Alltag einfach machen. Dafür setzen wir auf eine landesweite **E-**
2245 **Government-Offensive.** Damit schaffen wir eine **digitale Verwaltung** mit bürgernahen Online-An-
2246 geboten und nutzerfreundlichen Apps. Bürgerinnen und Bürger können so ihre **Anliegen in Zu-**
2247 **kunft elektronisch erledigen** und müssen nur noch im absoluten Ausnahmefall persönlich in den
2248 Ämtern erscheinen. Das Land NRW soll ein einheitliches E-Government-System entwickeln und
2249 etablieren, an das alle Kreis und Kommunen andocken und das sie für ihre eigenen Aufgaben nut-
2250 zen können.
- 2251 • **Wir wollen den Bürokratie- und Zeitaufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unterneh-**
2252 **men spürbar vermindern.** Dafür wollen wir zum Beispiel schlankere, papierlose und schnelle An-
2253 trags- und Genehmigungsverfahren schaffen.
- 2254 • Bürgerinnen und Bürger müssen sich permanent an Fristen halten. Das soll auch für den Staat gel-
2255 ten. Geeignete Verfahren können etwa durch sogenannte **Genehmigungsfiktionen** beschleunigt
2256 werden. Hat die Verwaltung nach Ablauf der Frist keinen Bescheid erteilt, gilt die Genehmigung so
2257 automatisch als erteilt.
- 2258 • **Eine für alles, alles bei einer:** Für den Bürger soll die Verwaltung eine zentrale Ansprechperson für
2259 alle Anliegen und alle Behörden-Vorgänge benennen. Dazu müssen insbesondere die Kommunen
2260 unterstützt und gestärkt werden, die einen Großteil der bürgerorientierten Verwaltung tragen.
- 2261 • **Mehr Service bedeutet auch, dass Verfahrensstände etwa bei Bauplänen und Genehmigungsbe-**
2262 **antragungen nachzuverfolgen sind** oder Gewerbeanmeldungen elektronisch erfolgen können. Mit
2263 dieser Verfahrensverfolgung behalten die Bürger den Sachstand der Bearbeitung ihrer Anträge
2264 und Begehren immer im Blick und können online jederzeit den Status einsehen. Was bei einer
2265 Paketsendung möglich ist, muss auch bei Verwaltungsverfahren funktionieren.
- 2266 • **Wir fordern eine völlig neue Verwaltungskultur mit „open government“:** Mehr Transparenz,
2267 mehr Teilhabe, mehr Information, mehr Innovation durch vorbildliche und effektive Öffnung der
2268 Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und Wirtschaft.

- 2269
2270
2271
2272
2273
2274
2275
2276
2277
2278
2279
2280
- **Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern einen freien Zugriff auf behördliche Daten** ermöglichen. Mit „Open Data“ sollen Bürgerinnen und Bürgern wie Unternehmen zukünftig Verwaltungsdaten und -informationen proaktiv und antragsfrei im Netz offengelegt werden. Zu diesem Zweck wollen wir ein freiwilliges Bürgerserviceprofil einführen, welches für jeden Bürger über seinen Personalausweis zugänglich sein soll. Die Einhaltung neuester Verschlüsselungs- und Sicherheitsstandards sowie datenschutzrechtlicher Vorgaben soll dabei die Datensicherheit gewährleisten. Das Bürgerserviceprofil könnte folgende Inhalte haben: Informationen über relevante kommunale Vorhaben und Beteiligungsmöglichkeiten daran; Teilnahmemöglichkeiten an Bürgerbegehren und unverbindlich erhobenen Stimmungsbildern; Zugang zur digitalen Behörde; Zugang zu einem Mängel-Melder, mit welchem Beschwerden und aktuelle Anregungen an die Verwaltung direkt weitergegeben werden können.

2281 **Digitale Infrastruktur**

- 2282
2283
2284
2285
2286
2287
2288
- Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen.** Alle Lebensbereiche der Menschen, alle Wirtschaftsbranchen sowie das gesellschaftliche Miteinander und der Staat werden sich durch sie verändern. Unzählige Apps, digitale Dienstleistungen, überall und jederzeit verfügbare Medien und Kommunikationswege sowie selbstfahrende Autos, denkende Maschinen oder neue Gesundheitsdienstleistungen werden den Alltag bereichern.

2289
2290
2291
2292
2293
2294
2295
2296
2297
2298
2299

Die Zukunftschancen und der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger, die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und die Handlungsfähigkeit der Politik hängen entscheidend davon ab, ob es uns gelingt, die **Chancen des digitalen Wandels optimal zu nutzen**. Dafür müssen auch die politischen Rahmenbedingungen stimmen und die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Denn ein Selbstläufer ist dieser Fortschritt nicht. NRW kann auch verlieren, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diesen Veränderungsprozess nicht selbst aktiv gestalten. Sowohl bei der Internet-Nutzung generell als auch im Bereich der Breitbandnutzung liegt NRW laut D21-Digital-Index in der unteren Hälfte aller Bundesländer. Der Anspruch des größten Bundeslandes muss aber sein, an der Spitze der digitalen Entwicklung zu stehen. NRW muss in die Offensive kommen: **Die Landespolitik muss Digitalisierung endlich vorantreiben.**

- 2300
2301
2302
2303
2304
2305
2306
2307
2308
2309
2310
2311
2312
2313
2314
2315
2316
2317
2318
2319
2320
- Das zentrale Nervensystem einer digitalen Gesellschaft ist ein **leistungsstarkes Breitbandnetz**. Der Auf- und Ausbau dieser **Infrastruktur** ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit.
 - **Wirtschaft 4.0 braucht schnelles Internet.** Ob Handwerk, Freie Berufe, Industrie, Mittelstand oder Dienstleistungen – die Zukunft ist digital. Insbesondere in ländlichen Regionen müssen noch viele Gewerbegebiete und Ortschaften mit Glasfaseranschlüssen ausgestattet werden. Dafür müssen neben der Änderung der europäischen Vorgaben auch die Rahmenbedingungen für private Investoren verbessert werden, hier insbesondere die Möglichkeit, vereinfachte Verlegetechniken zur Anwendung zu bringen.
 - Die von der europäischen Kommission vorgegebene Aufgreifschwelle von 30 Mbit im Download (NGA-Rahmenregelung) ist die wesentliche Hemmschwelle für einen zukunftsorientierten Ausbau mit Glasfaser und bevorzugt einseitig die Kupferkabel-Präferenz der Deutschen Telekom. Die Landesregierung muss dringend bei der Europäischen Kommission durchsetzen, dass diese Hürden fallen oder zumindest eine entsprechende Upload-Mindestrate vorgegeben wird.
 - Förderprogramme des Landes, des Bundes und der Europäischen Union müssen gebündelt werden. Die Landesregierung soll mit Hilfe der verfügbaren europäischen Regionalförderung und anderer Investitionsmittel einen Förderfonds zur Unterstützung der Kommunen zum flächendeckenden Glasfaserausbau auflegen.
 - Ein **flächendeckender Zugang zum Internet** ist von entscheidender Bedeutung. Auch für die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an politischen und administrativen Prozessen sowie die Transparenz von Politik und Verwaltung ist er unumgänglich. Neben dem dringend erforderlichen

- 2321 schnellen Ausbau von festnetzgebundenen und mobilen Breitbandinfrastrukturen sowie zahlrei-
 2322 chen privaten Freifunkinitiativen muss sich auch das Land seiner Verantwortung stellen. Daher
 2323 müssen **sämtliche Landeseinrichtungen offene W-LAN-Zugänge** für die Bürgerinnen und Bürger
 2324 einrichten. Das würde nicht nur einen Beitrag zum Ausbau der digitalen Infrastruktur leisten, son-
 2325 dern auch einen Schub für die Verbreitung von E-Government-Angeboten bringen. Die Anerken-
 2326 nung der Gemeinnützigkeit soll für **Freifunkinitiativen** gewährleistet sein, um beispielsweise den
 2327 entsprechenden steuerrechtlichen Erleichterungen zu unterliegen.
- Die Digitalisierung als allgegenwärtiges Megathema erfordert eine Abkehr von althergebrachten
 2328 politischen Zuständigkeiten. Die Zersplitterung der Ministerien, Behörden und parlamentarischen
 2329 Gremien, die sich mit einzelnen Aspekten der Digitalisierung befassen, ist kontraproduktiv. Sie
 2330 führt zu einer behäbigen, unkoordinierten und wenig zielführenden Digitalpolitik. Deshalb wollen
 2331 wir die **Zuständigkeiten für digitale Themen in einem Ministerium und einem Landtagsausschuss**
 2332 **bündeln.**

2335 Mobilität

2336 **Individuelle Mobilität ist eine unverzichtbare Lebensgrundlage unserer Gesellschaft.** Sie erweitert
 2337 Aktionsradien und Möglichkeiten der Lebensgestaltung, sie bedeutet wirtschaftlichen Austausch und
 2338 effiziente Arbeitsteilung – sie ist unverzichtbar für Freiheit und Wohlstand in unserem Land. Zeitge-
 2339 mäßige Mobilität heißt, per Flugzeug die Welt kennenzulernen oder auf dem Rad die eigene Umgebung
 2340 zu erkunden. Motorisierte Dienstleistungen helfen alten Menschen, in ihrer eigenen Wohnung leben
 2341 zu bleiben. Moderne, barrierefreie Verkehrssysteme ermöglichen es jedem, am gesellschaftlichen Le-
 2342 ben teilzunehmen und sozial aktiv zu sein.

2343 Um die individuelle Mobilität in ihrer Vielfalt sicherzustellen, brauchen wir eine **leistungsfähige, be-**
 2344 **darfsgerechte und effiziente Infrastruktur.** Dabei stellt die dynamische Entwicklung und Veränderung
 2345 des Konsum- und Mobilitätsverhaltens Nordrhein-Westfalen vor wachsende Herausforderungen. Hier
 2346 bietet die Digitalisierung enorme Chancen: durch eine intelligente Vernetzung zwischen den Verkehrs-
 2347 teilnehmerinnen und -teilnehmern sowie zwischen diesen und einer leistungsfähigen Infrastruktur.

- Wir brauchen **Verkehrssysteme, die Mobilität für alle garantieren – bezahlbar, sicher und kom-**
 2350 **fortabel.** Die Menschen müssen in eigener Verantwortung wählen können, welches Verkehrsmi-
 2351 ttel für sie das geeignete ist. Wir lehnen es ab, dass der Staat das Mobilitätsverhalten der Menschen
 2352 einschränkt, Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer gängelt und bestimmte Verkehrsträger
 2353 diskriminiert. Ob Fahrrad oder Auto, Schiff oder Flugzeug, Bus oder Bahn: Die knappen öffentlichen
 2354 Mittel müssen ideologiefrei dort eingesetzt werden, wo sie den größten Grad an individueller Mo-
 2355 bilität stiften und dem Land, den Menschen sowie der Wirtschaft am meisten nutzen.
- Aufgabe der öffentlichen Hand ist es, die zur **Befriedigung der individuellen Mobilitätsbedürfnisse**
 2356 notwendige Infrastruktur anzubieten. Dieser Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bür-
 2357 gern, gegenüber Unternehmen und Arbeitskräften, gegenüber Steuerzahlerinnen und Steuerzah-
 2358 lern und Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern ist weder die rot-grüne Landesregie-
 2359 rung in NRW noch die große Koalition aus Union und SPD im Bund bisher gerecht geworden. Trotz
 2360 Steuereinnahmen von den autofahrenden Verkehrsteilnehmern in Höhe von zig Milliarden pro
 2361 Jahr haben sie die Verkehrswege verkommen lassen, anstatt sie den geänderten und wachsenden
 2362 Bedürfnissen der Gesellschaft durch zeitgemäßen Ausbau anzupassen. Wir verstehen uns als **An-**
 2363 **walt der Infrastruktur** und wollen der Mobilität endlich den ihr gebührenden Rang in der politi-
 2364 schen Prioritätenliste verschaffen.
- Die nachholende Sanierung ist das zentrale Thema für die kommenden 10 bis 15 Jahre. Mit einer
 2365 gesicherten und zugriffsfesten Finanzierung werden wir die **Wiederherstellung der vorhandenen**
 2366 **Verkehrsinfrastruktur sicherstellen.** Dazu wollen wir Strukturen schaffen, die eine effiziente Mit-
 2367 telverwendung und zügigste Umsetzung gewährleisten. Den Status quo lediglich konservieren und
 2368 reparieren zu wollen, reicht aber schon lange nicht mehr aus, um den wachsenden Anforderungen
 2369 an die Verkehrsinfrastruktur gerecht zu werden. Wir brauchen beides: Erhalt und Ausbau.

- 2374 • Ferner wollen wir durchsetzen, dass das Land regelmäßig eine **Bilanz über den Zustand und die**
2375 **Inanspruchnahme der Verkehrsinfrastruktur und der Breitbandnetze** in Nordrhein-Westfalen
2376 vorlegt, in der auch betriebswirtschaftliche Kennzahlen über den Zustand, die Wertentwicklung
2377 und Abschreibungen der Infrastruktur dargestellt werden. Damit wollen wir sicherstellen, dass die
2378 Infrastruktur erhalten, nachhaltig bewirtschaftet und wo nötig ausgebaut wird.
- 2379 • Mit rund einem Drittel aller Staus ist **Nordrhein-Westfalen Stauland Nr. 1** in Deutschland. Dabei
2380 macht es keinen Unterschied, ob die Staus wegen kaputter oder wegen absichtlich knapp gehalten-
2381 ter Straßeninfrastruktur entstehen. Beides kostet die Menschen wertvolle Lebenszeit und die Un-
2382 ternehmen viel Geld, führt zu unnötigen Belastungen der Umwelt und immensen volkswirtschaft-
2383 lichen Schäden. Unser Ziel ist, möglichst große Anteile des Straßenverkehrs auf leistungsfähige Au-
2384 tobahnen mit hochwertigem Lärmschutz zu konzentrieren und damit aus den Siedlungsbereichen
2385 und Städten herauszuhalten. Dafür brauchen wir eine **Offensive gegen den Verkehrstau**: eine
2386 zielstrebige Beseitigung der zahllosen Engpässe und Defizite im Fernstraßennetz, ein darauf abge-
2387 stelltes Baustellenmanagement sowie die Vernetzung zwischen Infrastruktur und Nutzer mittels
2388 intelligenter Verkehrsleitsysteme.
- 2389 • Was den individuellen Straßenverkehr betrifft, sprechen wir uns bei allen Regulierungsvorhaben
2390 grundsätzlich für das vorhandene Fremdgefährdungspotenzial als ausschlaggebenden Regulie-
2391 rungsfaktor aus. Deshalb setzen wir uns entschieden gegen jede Form unbegründeter Geschwin-
2392 digkeitsbegrenzungen ein, hierzu gehören für uns auch Geschwindigkeitsbegrenzungen aus nicht
2393 nachgewiesenen Umwelt- und Lärmschutzgründen.
- 2394 • Zur Gewährleistung der Mobilität unserer Bevölkerung und unserer Wirtschaft wollen wir bedarfs-
2395 gerechte Mittel für den **Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur aller Verkehrsträger** mobilisie-
2396 ren. Während es bei der Finanzierung der Bundesverkehrswege eine Trendwende gibt, bleiben die
2397 Investitionen in die Landesstraßen – die einzigen Verkehrswege, die ganz unmittelbar in Verant-
2398 wortung des Landes stehen – weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück: Die Erhaltungsmittel
2399 liegen deutlich unter dem Betrag, der notwendig wäre, um den weiteren Verfall der Landesstraßen
2400 aufzuhalten. Und die Mittel für Neu- und Ausbaumaßnahmen befinden sich auf einem historischen
2401 Tiefstand. Deshalb wollen wir mit einer **Investitions-Offensive in das Landesstraßennetz** dafür
2402 sorgen, dass Siedlungs- und Gewerbegebiete in allen Landesteilen, auch in den weniger dicht be-
2403 siedelten Regionen, zuverlässig an die Fernstraßen des Bundes angebunden werden.
- 2404 • Wir wollen die zur Verfügung stehenden Bundesmittel künftig in größtmöglichem Umfang nach
2405 Nordrhein-Westfalen holen – statt wie in der Vergangenheit Gelder mangels baureifer Projekte
2406 zurückzugeben. Durch eine **vorausschauende Planung** wollen wir für eine ausreichende Zahl plan-
2407 festgestellter Bundesfernstraßenprojekte sorgen. Dazu müssen die Planungskapazitäten des Lan-
2408 desbetriebes Straßen.NRW verstärkt sowie die Projektzuweisungen an externe Ingenieurbüros
2409 und die DEGES gesteigert werden. Zudem müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, **Pla-
2410 nungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen**. Insbesondere wenn eine marode Brücke
2411 wie die Autobahnbrücke Leverkusen an gleicher Stelle durch ein neues Bauwerk ersetzt wird, muss
2412 die Genehmigung deutlich schneller und einfacher als bei einer Neubautrasse zu erreichen sein.
- 2413 • Wir wollen **Nordrhein-Westfalen zu einer führenden Logistik-Drehscheibe in Europa** ausbauen
2414 und die geographische Lage als Transitland nutzen, um Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze
2415 daran zu knüpfen. Für einen reibungslosen Güterverkehr brauchen wir die Stärken aller Verkehrs-
2416 träger. Wir unterstützen die Wirtschaft dabei, Verkehre noch effizienter zu organisieren, Auslas-
2417 tungen zu optimieren und die Umwelt zu schonen. Die Wirtschaft in NRW benötigt ausreichende
2418 Verlademöglichkeiten für kombinierten Verkehr sowie moderne und entwicklungsfähige Hafен-
2419 standorte.
- 2420 • Die **Binnenschifffahrt** als günstiger, sicherer und energieeffizienter Verkehrsträger mit großen Ka-
2421 pazitätsreserven wollen wir stärken. Ein Landesförderprogramm zur Senkung der Hafengebühren
2422 für Schiffe mit Umwelttechnologien, die über die gesetzlichen Anforderungen bei Lärm, Verbrauch
2423 und Immissionsschutz hinausgehen (z. B. nach dem Vorbild des niederländischen Green Award),
2424 würde einen betriebswirtschaftlichen Anreiz für die Reeder und Partikuliere schaffen, die Binnen-
2425 schifffahrt noch sauberer und umweltfreundlicher zu machen. Dies würde die Wirkung des jüngst

- 2426 erlassenen Landeswassergesetzes verstärken und könnte im Rahmen des vom Landeshafenkonzept
2427 in Aussicht gestellten Hafengesetzes geregelt werden.
- 2428 • NRW ist in besonderer Weise auf **leistungsfähige Hinterlandanbindungen** der ZARA-Häfen ange-
2429 wiesen. Zentral sind dabei schnelle Schienengüterverbindungen zu den Seehäfen Rotterdam und
2430 Antwerpen durch den zügigen Ausbau der Betuwe-Linie und den Eisernen Rhein.
 - 2431 • Der bundesweite Feldversuch mit bis zu 25,25 Meter langen und maximal 40 Tonnen schweren
2432 LKWs hat bestätigt, dass **zwei Lang-LKWs drei normale LKW-Gespanne ersetzen** können. Das spart
2433 Treibstoff, verringert Emissionen und senkt die Belastung der Straßen durch Verteilung des Ge-
2434 wichts auf mehr Achsen. Während sich NRW unter Rot-Grün noch nicht einmal an dem Feldversuch
2435 beteiligt hat, wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Lang-LKWs im Regelbetrieb auf dafür geeig-
2436 neten Strecken zugelassen werden.
 - 2437 • Eine Politik gegen den LKW wird es mit uns nicht geben, denn nur auf der Straße sind flächende-
2438 ckend Nah- und Regionalverkehr, Versorgung der Bevölkerung und wirtschaftliche Verknüpfung
2439 gerade für kleine und mittlere Betriebe überhaupt möglich. Wir wollen **keine ausufernden PKW-
2440 oder LKW-Mautsysteme**, die noch das letzte kleine Handwerksfahrzeug mit einer zusätzlichen Ab-
2441 gabe belasten. Die Nutzerinnen und Nutzer unseres Straßennetzes sind bereits heute die Melkkuh
2442 der Nation. Mit Steuern und Abgaben von jährlich über 50 Milliarden Euro tragen sie ein Vielfaches
2443 des Betrages bei, der zur Deckung der Infrastrukturkosten erforderlich ist. Vielmehr fordern wir,
2444 die Finanzierungssysteme etwa durch Zweckbindung und Überjährigkeit weiterzuentwickeln, um
2445 die Mittel passgenau und bedarfsgerecht zur Verfügung zu haben. Zudem wollen wir **privates Ka-
2446 pital für öffentliche Investitionen mobilisieren** und die konventionelle Realisierung von Ver-
2447 kehrsprojekten durch ÖPP-Modelle sinnvoll ergänzen.
 - 2448 • Neben Investitionen in die bauliche Infrastruktur – die letztlich entscheidende Voraussetzung für
2449 die Beseitigung von Staus und Engpässen – wollen wir verstärkt **innovative Instrumente zur Opti-
2450 mierung der Verkehrsströme und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit** voranbringen: Digitale
2451 Verkehrsleitsysteme, interaktive Nutzungen zwischen FahrerIn oder Fahrer, Fahrzeug und Infra-
2452 struktur, automatisiertes und vernetztes Fahren. Im konzentrierten Austausch mit Wissenschaft,
2453 Entwicklung und Unternehmen wollen wir Nordrhein-Westfalen zum führenden Standort der Mo-
2454 bilität 4.0 machen. **Konsequenter Datenschutz** ist dabei eine herausragende Aufgabe. Mit uns wird
2455 es keine gläsernen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, keine Bewegungsprofile, keine Kon-
2456 trolle des Einzelnen durch ein allmächtiges System geben.
 - 2457 • Mit dem Ziel, Innovationen zu befördern, Ressourcen zu schonen und die Lärm- und Emissionsbe-
2458 lastung zu senken, wollen wir die **Rahmenbedingungen für innovative Antriebssysteme weiter
2459 verbessern**. Speziell in verkehrlich hoch belasteten Innenstädten müssen zur Erhöhung der Le-
2460 bensqualität emissionsarme Verkehrsmittel stärker zur Anwendung kommen. Den Anfang müssen
2461 Flottenfahrzeuge machen, die überwiegend innerhalb der Städte verkehren und dort hohe Fahr-
2462 leistungen erbringen. Omnibusse, Service-Fahrzeuge und Lieferverkehre können durch elektrische
2463 Antriebe viel dazu beitragen, dass die Luft besser wird und der Lärm abnimmt. Wie zum Beispiel
2464 ein gut ausgebautes Radwegenetz, welches einen signifikanten Beitrag zur Entlastung des Verkehrs
2465 und zur Reduzierung des Schadstoffbelastung der Luft leisten.
 - 2466 • Wir wollen ein **grundlegend neues Finanzierungssystem für den ÖPNV**. Wo Milliarden ausgege-
2467 ben werden, müssen Kostenwahrheit, Transparenz und Wettbewerb die herrschenden Prinzipien
2468 sein. Das Gegenteil ist aber aktuell der Fall. Darum haben wir ein Konzept zur Neuordnung der
2469 Finanzierung und Betriebsorganisation vorgelegt, das zu einer wesentlich besseren Verwendung
2470 der vorhandenen Mittel führt, ohne dass die Ticketpreise teurer werden. Die Verkehrsunterneh-
2471 men sollen stärker unternehmerisch handeln und den ÖPNV attraktiver machen. Insbesondere für
2472 die vielen Berufspendlerinnen und -pendler, die unter überfüllten und verspäteten Zügen leiden,
2473 müssen die Mobilitätsangebote auf der Schiene nachhaltig verbessert werden.
 - 2474 • Wir wollen die **Organisationsstrukturen des Nahverkehrs** in NRW überprüfen und die derzeit acht
2475 unterschiedlichen Verkehrsverbände bzw. Kooperationsräume an der Leistungsfähigkeit orientiert
2476 neu ordnen. Die Verwaltungen müssen effizienter aufgestellt und der Schienenpersonenverkehr
2477 insgesamt durch **Vereinfachung der Tarife** attraktiver gestaltet werden. Dort, wo die siedlungsbe-
2478 dingt geringere Nachfrage keinen wirtschaftlich vertretbaren Schienenverkehr erlaubt, wollen wir

- 2479 die Möglichkeiten **moderner Linienbusnetze** stärker nutzen. Im ländlichen Raum müssen jenseits
 2480 des standardisierten Linienbetriebs privates Engagement unterstützt und flexible Angebote wie
 2481 Taxibusse und Bürgerbusse fortentwickelt werden.
- 2482 • Noch immer sind viele Bahnhöfe in NRW sanierungsbedürftig. Die eingeleitete **Modernisierungs-**
 2483 **offensive** muss zügig auch auf die kleinen und mittleren Bahnhöfe in NRW ausgedehnt werden.
 2484 Innovativen Konzepten und Privatengagement etwa für die **Schaffung von Coworking Spaces** soll
 2485 Raum gegeben werden. Zugleich muss die Zugänglichkeit des öffentlichen Personennahverkehrs
 2486 für alle Kunden gewährleistet werden. Dafür müssen Bahnhöfe, Bus- und Straßenbahnhaltestellen
 2487 **kundenfreundlich und barrierefrei** gestaltet werden. Neben Einstiegshilfen zählen dazu auch
 2488 leicht zu bedienende Fahrkartenautomaten sowie eine Überdachung und Sitzmöglichkeit an jeder
 2489 Haltestelle, um Wartezeiten für ältere Menschen oder Menschen mit Beeinträchtigungen erträg-
 2490 lich zu machen.
 - 2491 • Luftverkehr ermöglicht inzwischen fast allen Teilen der Gesellschaft, über den geographischen Tel-
 2492 lerrand zu sehen und damit auch den geistigen Horizont zu erweitern. Zugleich erfordern auch
 2493 unsere Exportwirtschaft und hochwertige Dienstleistungen die enge Einbindung in weltweite Be-
 2494 ziehungen. Deshalb brauchen wir **leistungsfähige Flughäfen auf internationalem Niveau**, die zu-
 2495 sammen mit mehreren Regionalflughäfen die flächendeckende Versorgung des Landes gewähr-
 2496 leisten. Damit hat der Luftverkehrsstandort NRW eine gute Basis, die es an geänderte Bedürfnisse
 2497 anzupassen gilt. Dass Anwohnerinnen und Anwohner an Flughäfen angemessen vor Lärm ge-
 2498 schützt werden müssen, ist für uns selbstverständlich.
 - 2499 • In einer Zeit, in der Mobilität immer größere Bedeutung gerade auch für junge Menschen besitzt,
 2500 fordern wir die Herabsenkung der **Altersgrenze für das begleitete Fahren** von derzeit 17 auf 16
 2501 Jahre.

2503 Handlungsfähige Kommunen

2504 **Wir wollen handlungsfähige und lebendige Kommunen**, in denen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort
 2505 möglichst viel selbst entscheiden können. Ob Kindergarten, Schule oder Altenpflege – unser Leben
 2506 gestalten wir im Alltag vor Ort, zu Hause in unseren Städten und Gemeinden. Gerade in den Städten
 2507 und Gemeinden beginnen Menschen, sich für ihre Familie, ihre Nachbarn und ihr Viertel einzusetzen.
 2508 Damit sind die Kommunen und die Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort der wichtigste Baustein im Kampf
 2509 gegen Politikverdrossenheit. Wir wollen die Kommunen endlich wieder in die Lage versetzen, ihren
 2510 Aufgaben gerecht zu werden.

- 2511 • **Wir wollen, dass Verwaltungsstrukturen straffer, effizienter und für den Bürger kostengünstiger**
 2512 **organisiert werden.** Einigen kleineren Gemeinden fällt es zunehmend schwer, ihre immer komple-
 2513 xeren Aufgaben alleine zu erfüllen. Mit geeigneten Rahmenbedingungen für freiwillige Gemeinde-
 2514 zusammenschlüsse oder Verwaltungsgemeinschaften wollen wir hier Abhilfe schaffen.
- 2515 • Wir setzen auf **interkommunale Zusammenarbeit.** Wir wollen Anreize schaffen, um Tätigkeiten,
 2516 die in allen Kommunen gleich oder ähnlich sind, wie etwa die Personalverwaltung, interkommunal
 2517 zu bündeln.
- 2518 • Auch Mittelinstanzen wie z. B. Bezirksregierungen oder Regionalverbände haben in einem einwoh-
 2519 nerstarken Flächenland wie NRW ihre Existenzberechtigung. Ihre Zuschnitte sind jedoch nicht
 2520 mehr zeitgemäß. Eine Neuordnung und Zusammenlegung etwa der Regierungsbezirke darf in Zu-
 2521 kunft kein Tabuthema mehr sein.
- 2522 • **Die Kommunen benötigen auskömmliche Finanzierungsgrundlagen** und geeignete Rahmenbe-
 2523 dingungen, um sich von ihren teilweise erdrückenden Schuldenlasten befreien zu können. Ent-
 2524 scheidungen der EU, des Bundes oder des Landes dürfen zukünftig nicht mehr dazu führen, dass
 2525 Städte und Gemeinden immer neue Kredite aufnehmen müssen.
- 2526 • Dazu wollen wir in einem ersten Schritt den auskömmlichen Bedarf der Kommunen wissenschaft-
 2527 lich untersuchen lassen.
- 2528 • Daran anschließend muss die Gemeindefinanzierung auf Grundlage der wissenschaftlichen Er-
 2529
 2530

- 2531 kenntnisse überarbeitet werden. Dabei sollen sich die fiktiven Hebesätze **nach den Bevölkerungs-**
2532 **größen** der Städte und Gemeinden richten. Einheitliche fiktive Hebesätze negieren die Tatsache,
2533 dass Großstädte über wesentlich höhere Steuereinnahmepotenziale verfügen als kleinere, ländli-
2534 che Kommunen. Bedingt durch die Systematik der einheitlichen fiktiven Hebesätze werden grö-
2535 ßere Städte zu Lasten kleinerer Kommunen übervorteilt. Diese ungerechtfertigte Besserstellung
2536 würde durch gestaffelte Hebesätze abgeschwächt und führt zu einer höheren Verteilungsgerech-
2537 tigkeit in der kommunalen Familie. Die bestehende Abundanzumlage soll abgeschafft werden.
- 2538 • Wir setzen uns dafür ein, den Kommunen eine **kommunale Mindestfinanzausstattung** zur Verfü-
2539 gung zu stellen. Diese soll ihnen ermöglichen, sowohl ihre Pflichtaufgaben als auch einen Grund-
2540 stock an freiwilligen Leistungen zu erbringen. Die Mindestfinanzausstattung muss frei von kon-
2541 junkturellen Schwankungen und landesseitigen Bedingungen sein. Wir erwarten vom Bund die
2542 zeitnahe Anpassung der Abgabenordnung. Zuviel gezahlte Gewerbesteuern sollen Kommunen nur
2543 noch marktüblich verzinsen müssen.
 - 2544 • Unternehmensbeteiligungen an internationalen Energiekonzernen gehören nicht zu den kommu-
2545 nalen Aufgaben. Auch die generelle Unternehmertätigkeit von Kommunen beschränkt die Privat-
2546 wirtschaft und gehört an vielen Stellen nicht zu den kommunalen Aufgaben. Wir wollen klare **Gren-**
2547 **zen für die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen**. Um dies zu kontrollieren und durchzuset-
2548 zen, muss die Kommunalaufsicht mehr Handlungsmöglichkeiten erhalten und gestärkt werden.
 - 2549 • Die über Jahrzehnte praktizierte „**Politik des goldenen Zügels**“ **muss ein Ende haben**. Unsere Kom-
2550 munen brauchen keine komplizierten Förderprogramme, mit denen die Landesregierung sie in ih-
2551 rem Sinne beeinflussen will. Wir sprechen uns dafür aus, diese vielen hoch bürokratischen Förder-
2552 programme zu überprüfen und zu reduzieren. Wir wollen den Kommunen lieber insgesamt höhere
2553 Pauschalen für die lokale Ebene zur Verfügung zu stellen. Damit führen wir kommunal Freiheit und
2554 Verantwortung wieder zusammen.
 - 2555 • **Ausgabenprogramme des Bundes und des Landes auf Kosten der Kommunen müssen ein Ende**
2556 **haben**. Wer bestellt, soll auch bezahlen. Deshalb soll der Bund den Kommunen insbesondere für
2557 Schulen, Bildung und Sozialhilfe mehr Geld zur Verfügung stellen.
 - 2558 • **Mehr Kompetenzen für die Kommunen**: Viele Entscheidungen des Landes haben keine entschei-
2559 dende überregionale Relevanz und sind für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort schwer nachzuvoll-
2560 ziehen. Deshalb sollten alle Entscheidungen immer auf der niedrigsten möglichen Verwaltungse-
2561 bene getroffen werden. Dazu benötigen wir eine **Transparenz-Kommission**. Diese soll sämtliche
2562 Landeskompetenzen durchforsten und Potenziale aufzeigen, welche Entscheidungen besser und
2563 effizienter vor Ort getroffen werden können.